

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3,50 Mk. monatlich 1,10 Mk.
Einzelheft 28 Pf. frei ins Haus.

Vormärz

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die festgesetzte Kolonnen-
größe oder deren Raum 60 Pf. für
politische und geschäftliche Anzeigen

Erscheint täglich.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 5. März 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Presse und Organisation

sind die schärfsten Waffen im Befreiungskampfe der
Arbeiterklasse. Jeder Klassenbewusste Arbeiter kennt den
Wert dieser Waffen. Auch unsere Gegner wissen, daß

Presse und Organisation

die wichtigsten Waffen im Klassenkampfe sind. Durch
sogenannte wirtschaftsfriedliche Organisationen und eine
„unpolitische“ Presse suchen sie die indifferenten Arbeiter
zu ködern, sie ihren Klassengenossen abtrünnig zu machen.

Presse und Organisation

der Klassenbewußten Arbeiterschaft weitmögliche Ver-
breitung unter den bisher uns fernstehenden Arbeiter-
kreisen zu verschaffen, ist in der mit dem Frauentag
beginnenden Roten Woche Pflicht eines jeden Genossen.

Rüstet zur Roten Woche!

Der alte Kurs.

Die sieben Jahre, die seit Inkrafttreten der neuen
Handelsverträge verstrichen sind, waren lang genug, um alle
Schädigungen wirksam zu machen, die von der Sozialdemo-
kratie als wahrnehmbare Folgen des Zolltarifs vorausgesagt
worden sind. Für jeden objektiven Beurteiler ist es un-
zweifelhaft, daß der Hochschutzzoll zwar den Agrariern und
Großkapitalisten reiche persönliche Profite gebracht hat, daß
aber für alle anderen nur nachteilige Wirkungen zutage ge-
treten sind. Die Entwicklung der Landwirtschaft hat sich nicht
den Ansprüchen des Konsums anpassen können; der einseitigen
Steigerung des Roggenanbaus steht die Vernachlässigung der
Viehzucht gegenüber. Die Ernährung des deutschen Volkes
mit eigenen Produkten ist eine leere Phrase geblieben; einige
agrarische Produkte werden über den deutschen Bedarf hinaus
produziert und sind trotzdem erheblich teurer als im nicht
zollgeschützten Auslande, während andere durch die Zollmauer
ferngehalten werden, ohne daß die Landwirtschaft sich be-
mühte, diese Produkte selbst in genügendem Maße zu schaffen.
Die Industrie zeigt zwar einen gewaltigen Aufschwung, der
aber nicht infolge, sondern trotz des Zollschutzes eingetreten
ist. Hat doch selbst der Syndikus des Zentralverbandes
deutscher Industrieller anlässlich der amerikanischen Zolltarif-
reform es ausgesprochen, daß hohe Zölle der Entwicklung der
Industrie schaden. Deshalb auch sollte somit, um nur ein
Symptom zu nennen, seit 1906 ein deutliches Abwandern zahl-
reicher industrieller Unternehmungen nach dem Auslande statt-
gefunden haben! Die für Deutschland so wichtige Fertig-
fabrikatindustrie mit ihrer in aller Welt bekannten Qualitäts-
arbeit klagt nicht minder über die Zölle auf Rohprodukte als
über die auf Lebensmittel, die ihre Lohnpolitik entscheidend
beeinflussen. Diese Kritik der Verfeinerungsindustrie ist ja
der Regierung und ihren Helfershelfern so unangenehm,
daß sie noch heute nicht wagen, der Organisation jener In-
dustrie (dem Bund der Industriellen) Sitz und Stimme in
dem zollpolitischen Ausschuss zu geben. Und klagt nicht minder
der Mittelstand über die Verteuerung aller Existenzmittel,
wenn es ihm auch an der wahren Einsicht in die Ursachen der
eigenen Not fehlt und er Abhilfe auf falschen Wegen sucht?
Wer sich der Erkenntnis aller dieser Wirkungen verschließen
wollte, könnte aber endlich nicht übersehen, welche Schädigungen
der Arbeiterklasse aus dem Zolltarif erwachsen sind. Um die
Wende des Jahrhunderts zeigte sich ein Aufschwung in der
Lebenshaltung der Arbeiterklasse, aber durch die Wucherzölle
ist diesem Aufstieg ein Ende bereitet worden. In vielen Er-
werbszweigen ist sogar die Lebenshaltung der arbeitenden
Klasse auf ein tieferes Niveau als vor 1902 bis 1906 herab-
gedrückt worden, was zahlreiche Untersuchungen über das Ver-
hältnis von Lohnneinkommen und Preissteigerung in dem
letzten Jahrzehnt beweisen.

Eine Regierung, die auch nur ein wenig versuchen würde,
neben den Interessen der bestehenden Klassen auch die des
Proletariats zu berücksichtigen, müßte bei der bevorstehenden
Erneuerung der Handelsverträge diesen Tatsachen Rechnung
tragen. In außerdeutschen Ländern bemühen sich wenigstens
die Regierungen, durch fortlaufende umfassende statistische
Erhebungen ein möglichst zutreffendes Bild von der Lebens-
haltung der Bevölkerung zu gewinnen. Statt dessen fühlt
sich in Preußen-Deutschland die Regierung so sehr als Werk-
zeug der herrschenden Sippen, daß sie in fast noch aufreizen-

derer Sprache als die Vertreter des Zollwuchers die Wünsche
der arbeitenden Volksmassen verhöhnt.

Gestern hat im preussischen Abgeordnetenhaus, das
ja ohne Rücksicht auf die rechtliche Kompetenz in Wahrheit
die Handelspolitik des Reiches bestimmt, der Handels-
minister v. Sydow auf einige Anzuspaltungen von national-
liberaler und konservativer Seite wiederum völligen Gehor-
sam gegenüber den Wünschen der zollwucherischen Mehrheit
zugehört. Der Staatssekretär Delbrück hatte Ende
Januar dieses Jahres im Reichstag mitgeteilt, daß die Regierung
die Handelsverträge nicht kündigen wolle. Agrarier und
Großindustrielle haben inzwischen ihre Mißbilligung darüber
ausgedrückt, daß dadurch ihre Wünsche auf Ausfüllung der
„zollpolitischen Lücken“ wohl keine Berücksichtigung fänden.
Und so hat denn gestern das gesamte Staatsmini-
sterium durch Herrn v. Sydow diese Berücksichtigung
schleunigst zugesagt. Herr v. Sydow führte an:

Namens der Staatsregierung habe ich folgende
mit den Darlegungen des Herrn Stellvertreters des Reichs-
kanzlers im Reichstag vom 20. Januar in Einklang stehende und sie
in einigen Beziehungen ergänzende Erklärung abzugeben. Der
auf der gleichmäßigen Berücksichtigung der gewerblichen und der
landwirtschaftlichen Interessen aufgebaute Zolltarif vom 25.
Dezember 1902 hat sich nicht nur in seiner zolltechnischen Gestaltung
bewährt, sondern auch den Anforderungen einer gesunden Wirt-
schaftspolitik, die produktiven Kräfte des Landes möglichst
zu entwickeln, im wesentlichen entsprochen. Mit seiner
Hilfe ist ein hinreichender Schutz des Inland-
marktes erreicht, soweit dieser gegenüber einem unter
günstigeren wirtschaftlichen Bedingungen arbeitenden Ausland
erforderlich ist. Er hat sich auch als brauchbares Werkzeug für den
Abschluß zahlreicher Handelsverträge erwiesen, die zur Erleichterung
und Sicherung der Ausfuhr geführt haben. Daß dabei die Interessen der
inländischen Verbraucher, insbesondere der arbeitenden Klasse,
nicht Schaden genommen haben, ist aus der allgemeinen
Lohnsteigerung und der mit ihr verbundenen Hebung der
Lebenshaltung gerade der minderbemittelten
Volksschichten zu erkennen. Für grundlegende Änderungen
oder die Erhebung des Zolltarifs von 1902 durch einen
neuen Tarif sind deshalb die Voraussetzungen nicht ge-
geben. Vom Standpunkt des zu vertretenden Gesamtinter-
esses kann weder von einem Abbau der gewerblichen
oder landwirtschaftlichen Zölle die Rede sein, noch liegt
zurzeit ein Bedürfnis für eine allgemeine Verstärkung des
Zollschutzes vor. Die Frage der unveränderten Auf-
rechterhaltung unseres Zolltarifs läßt sich trennen von der
anderen Frage, ob die bestehenden Tarifverträge mit der gegen-
wärtigen Vertragsperiode ablaufen werden oder ob sich eine Ver-
ständigung über ihre Verlängerung wird erzielen lassen. Bei dem
Interesse, das das Geschäftsleben an der Fortdauer einzelner Ver-
hältnisse hat, will die Regierung der Möglichkeit der Verlängerung
der bestehenden Verträge nicht entgegenstehen und ihrerseits nicht
darauf drängen, daß deren Ablauf im Wege der Abmündung herbei-
geführt werde. Wenn dagegen andere Vertragsstaaten glauben, sich
nicht auf den gleichen Standpunkt stellen zu können, dann freilich
wird die Frage einer Zolltarifnovelle brennend, die unsere Rüst-
mittel für den Abschluß neuer Verträge vergrößert, neue Erleichterungen
auf dem wirtschaftlichen Gebiete herbeiführt und zugleich einzelne
Mängel des Zolltarifs beseitigt. Um alsdann ein schnelles Vorgehen
zu ermöglichen, sind, worauf auch der Herr Stellvertreter des Reichs-
kanzlers bereits hingewiesen hat, unter den beteiligten Reichs- und
preussischen Ressorts Vorarbeiten im Gange, die bereits so weit ge-
fördert sind, daß Deutschland rechtzeitig einer veränderten Situation
wird entgegensehen können. (Lebhafte Beifall rechts.) Die für
diesen Fall beschlossenen Maßnahmen vor der Zeit anzugeben, er-
scheint aus naheliegenden Gründen nicht angezeigt. (Lebhafte
Beifall richtig.) Unter allen Umständen wird die Regierung aus einer
veränderten Situation gegenüber an der bisher befolgten Zoll- und
Handelspolitik festhalten. (Lebhafte Beifall rechts und in der
Mitte) und sorgfältig darauf bedacht sein, daß durch etwa erforderlich
werdende neue Maßnahmen der Zusammenschluß der schaffenden
Stände in Gewerbe und Landwirtschaft, dem das Zolltarifgesetz von
1902 zu verdanken ist, nicht in Frage gestellt werde. (Lebhafte
Beifall.)

Zwar wird in dieser Erklärung gesagt, daß ein Bedürfnis
für eine „allgemeine“ Verstärkung des Zollschutzes nicht
vorliege. Aber das bedeutet nur die indirekte Zusage,
für Erhöhungen einzelner Zollpositionen einzutreten.
Insbesondere fordern die Agrarier bekanntlich einen Zoll
auf Milch, Säge, Butter, Gemüse und Obst. Auch die weitere
Erklärung, daß die Regierung Vorarbeiten für die Erneue-
rung trifft und ihre Rüstmittel vergrößert, kann trotz der vor-
sichtigen Fassung nur den Sinn haben, daß die Regierung
dem Ausland gegenüber durch erhöhte Forderungen eine
günstigere Position einzunehmen gedenkt.

Die Arbeiterklasse muß also auf jeden Fall für
eine neue Zollkampagne gerüstet sein. Die Rote Woche
und der Frauentag geben uns Gelegenheit, sofort mit Nach-
druck auf die neuen Anschläge hinzuweisen und die Arbeiter
und Arbeiterinnen, die unter der herrschenden Verteuerung schon
genug leiden, zum Kampf gegen die Gefahr einer weiteren
Verteuerung notwendiger Existenzmittel aufzurufen.

Die Zollwucherer an der Arbeit.

Ueber die gestrige Sitzung im Abgeordnetenhaus erhalten wir
noch folgendes Stimmungsbild:

Der nationalliberale Zollschutzbau, über den das preussische
Abgeordnetenhaus am Mittwoch beriet, hat, wie Abg. Schifferer
in seinem Schlusswort ausdrücklich betonte, den Zweck, der Regie-
rung den Rücken zu stärken. Dieser Zweck ist erreicht worden, die
„großen Parteien“ des Hauses haben sich, wenn auch die formelle
Abstimmung noch ausgefallen ist, für den durch ein freikonservatives
Amendement noch verschärften Antrag ausgesprochen. Nur sind die
großen Parteien des Dreiklassenparlaments nicht auch die großen
Parteien im Lande. Konservativ, Freikonservativ, National-
liberal und Zentrum bilden zwar im Abgeordnetenhaus eine über-
wältigende Mehrheit, aber im Volk ist ihr Anhang geringer als der
der Fortschrittler und Sozialdemokraten, die den Antrag bekämpft
haben.

Im Grunde genommen sollte der Antrag nur die Grundlage
zu einer Agitation der Hochschutzzöllner bilden. Wer aber geglaubt
hat, daß es nötig ist, der Regierung erst noch besonders den Rücken
zu stärken, der wurde durch den Handelsminister eines anderen
belehrt. Herr Sydow verlas namens der Staatsregierung eine
Erklärung, in der klipp und klar das Verbleiben zu der heutigen
Wirtschaftspolitik zum Ausdruck kommt, zu jener Wirtschaftspolitik,
die nach den Worten ihrer Anhänger nicht nur den Produzenten,
sondern auch den Konsumenten so große Vorteile gebracht haben
soll, während sie in Wirklichkeit die Lebenshaltung des werktätigen
Volkes ungeheuer verteuert hat.

Diese Tatsache mit aller Deutlichkeit den Schlot- und Kraut-
jüngern vor Augen geführt zu haben, ist das Verdienst unseres
Genossen Leinert, der in groß angelegter Rede den Zollwuchereien
die Maske vom Gesicht riß, ihre selbsttätige Interessenpolitik
geißelte und mit aller Schärfe und Deutlichkeit den Zusammen-
hang zwischen der Wucherpolitik und dem auf eine Entrechtung
und Knebelung der Arbeiterklasse hinielenden Schrei nach einem
Justizhausgesetz darlegte. Nicht ein Wort der schaffenden Stände
ist es, wie Leinert unter lebhaftem Beifall seiner Freunde und
unter großer Anruhe der Mehrheit hervorhob, was man anstrebt,
sondern ein Wort der rassenden Hände, dem entscheidenden
Widerstand zu leisten Pflicht aller Arbeiter sei.

Außer Leinert hatte nur noch Dr. Pagnide von den
Fortschrittlern den Antrag bekämpft. Aber so gut seine Argumente
auch waren, die Mehrheitsparteien wollen sie nicht gelten lassen;
höher als alle Vernunftgründe steht ihnen der Wille zur Aus-
beutung des Volkes.

Nach Erledigung des nationalliberalen Antrags begann die
Generaldebatte zum Handelsetat, die nach einer ebenso langen wie
inhaltslosen Rede des konservativen Renommielandwärtlers
Hammer auf Donnerstag verlagert wurde.

Russische Proteste.

Riew, 3. März 1914. Der Kongress der Exporteure hat
eine Resolution angenommen, in der es heißt, Rußland müsse
sich von der für eine Großmacht erniedrigenden
wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland
befreien. Unzweifelhaft sollen Maßregeln ergriffen werden,
um die Handelsbeziehungen zu anderen Staaten zu fördern.
Der Vorschlag des Staatssekretärs Delbrück, den bestehen-
den Handelsvertrag mit Rußland zu verlängern, sei nach der
Meinung des Kongresses für Rußland mehr als ver-
lethend. Bei Abschluß des neuen Handelsvertrages müßten
schriftliche Kontrakte für die nach Deutschland gehenden russi-
schen Arbeiter gefordert werden und den russischen Ar-
beitern müßte in Deutschland der Arbeiterstatus nach
deutschen Gesetzen zugutekommen. Außerdem beschloß der
Kongress in der Frage des Arbeiterabgangs zu erforschen,
ob nicht innerhalb Rußland für die jetzt abwandernden Ar-
beiter Arbeit unter Bedingungen zu finden sei, die denen in
Deutschland nicht nachstünden.

Kardinal Kopp.

In der Nacht vom 3. zum 4. März ist Kardinal Kopp ruhig
verschieden, ohne seit dem Abend des 1. März das Bewußtsein
wiedererlangt zu haben. Schon vor zwei Tagen erwarteten die
Kerze stündlich seinen Tod, aber der Siebenund-fiebigjährige
bewies eine fast unerwähnte Lebensfähigkeit. Endlich in voriger
Nacht, um 1 Uhr 30 Minuten stellten die Ärzte den Eintritt
des Todes fest. Am Sterbelager weilten die Richter des Kardinals,
Weißbischöf Augustin, Propst Klein, die Konviktsvorsteher P. Sney-
berla und P. Nowak, der Geheimsekretär Dr. Regwer und Sekretär
Dr. von Pohl junior.

Ein eigenartiger willenstarker Mensch und ein eigenartiges
Leben voller Kämpfe und voller Erfolge schwindet mit dem Fürst-
bischöf Kopp dahin. Aus den einfachsten kleinstädtischen Ver-
hältnissen hervorgegangen, Sohn eines armen hannoverschen Be-
lehrten, stieg Kopp zu einer der höchsten kirchlichen Würden
empor, die Rom zu vergeben hat. So steht die Organisation der
römisch-katholischen Kirche auf einemarren, in fast zweitausend-
jähriger Ueberlieferung ausgebildetem Autoritätsprinzip aufgebaut
und so aristokratisch ihr eigenes Regiment ist, herrscht doch inso-
fern in der römischen Hierarchie ein „demokratischer“ Geist, als
sie selbst bei der Vergebung ihrer höchsten Würden nicht auf Her-
kunft und Geburt sieht, sondern auf Tüchtigkeit und Kirchentreue
— auf die Fähigkeit, im Kampf der streitbaren Kirche um die
Obergewalt auf Erden seinen Raum zu sehen. Und diese sogen.
demokratische Grundlage hat dem römischen Priestertum zu man-
chen fähigen Köpfen verholfen.

Vorbedingung für den nach solchen Würden Strebenden ist
nur, daß er sich in den Rahmen der Kirche einfügt und sich völlig

ihrer Traditionen, ihren Anschauungen und ihrem Machtstreben anpaßt. Und in dieser Beziehung hat es Kardinal Ropp nie an dem Nötigen fehlen lassen. Je höher der Webersohn aus Duderstadt auf der hierarchischen Leiter emporstieg, um so aristokratischer, um so würdevoller, um so ergebener gegen Rom wurde er. Der ehemalige bescheidene kleine hannoversche Telegraphenbeamte wurde zum stolzen Feudalaristokraten, der, als er 1886 zum Herrenhausmitglied ernannt wurde, bald die feudalen Mitglieder des preussischen Herrenhauses an Feudalität übertraf und auf seinen reichen, zur Breslauer Diözese gehörenden Besitzungen wie ein Grundbesitzer des Mittelalters lebte. Und ebenso stellte er sich seinem Alerus gegenüber, den er fast despotisch regierte. Nam-polla dürfte kaum stolzer gewesen sein, als er.

In seinem Verhältnis zu Rom erwies sich Kardinal Ropp nicht als der getreue Sohn des Papstes. Die Wünsche Roms waren ihm Befehl, dem er blindlings folgte, wohl selbst dann, wenn er im einzelnen anderer Ansicht war, als die römische Kurie. Die Macht und das Ansehen des Papsttums ging ihm über alles, denn in diesem Papsttum verkörperte sich für ihn gewissermaßen die römische Kirche. Diese Auffassung zwang ihm auch seine Stellung im Streit der Meinungen um die christliche Gewerkschaftsfrage auf. Als strenger Anhänger der römischen Lehre und der in den Enzykliken Leo's XIII. niedergelegten Gesellschaftsauffassung konnte er nicht anders, als sich auf die Seite der sogenannten „Integrale“ zu stellen. Schließend hielt er über die Berliner Richtung seine Hand. Die Nachricht von seinem Tode mag deshalb von so manchem seiner Gegner kühner Richtung mit Verleichterung aufgenommen sein; doch ist kaum auf eine Abklärung des inneren Streites im kirchlichen Lager zu rechnen, denn die Ursache des Streites liegt in der widersprüchlichen Stellung des Zentrums selbst, in seiner völligen Abhängigkeit vom Alerus und seinen Lebensbedingungen als politische Partei.

Die Ziele, die Ropp in diesem Richtungsstreit verfolgte, sind und sehr wenig sympathisch, aber, daß er, aufrecht auf dem Boden seiner Welt- und Religionsanschauung stehend, fest und unbezogen durch den Tageslärm seinen Weg ging, eine starke und in sich gefestigte Persönlichkeit, nötigt uns trotz alledem Respekt ab, besonders wenn man seine Haltung mit der Heigheit, der Rechensträgererei und dem prinzipienlosen Lobieren der Kaiser vergleicht.

Breslau, 4. März. Die „Schlesische Volkszeitung“ meldet: Die Beisetzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Kardinal Fürstbischof von Ropp werden im Hohen Dome stattfinden. Am Dienstag, den 10. März, vormittags 10 Uhr, wird Erzbischof Hartmann von Köln die Beisetzung vornehmen.

Troppau, 4. März. Heute vormittag nahmen die Herzöge die Einbalsamierung der Leiche des Kardinals Ropp vor. Nachmittags wird die Leiche in der Minoritenkirche aufgebahrt werden. Freitag, 10 Uhr vormittags, erfolgt die feierliche Einsegnung, um 1 Uhr mittags werden die sterblichen Ueberreste mittels Sonderzuges nach Breslau übergeführt, wo die Beisetzung erfolgt. Als Vertreter des Kaisers von Oesterreich wird Unterrichtsminister Ritter v. Sullacek hier eintreffen.

Politische Uebersicht.

Kraetke in Räten.

Der Staatssekretär des Reichspostamts, der ohnehin nicht gern im Reichstag ist, befand sich heute in einer besonders unbehaglichen Situation. Am ersten Tage der Generaldebatte hatte er beinahe nur Lob geerntet, gestern war er schon von bürgerlichen Abgeordneten geläutert worden und heute schloß die Generaldebatte für ihn mit einer überaus schmerzlichen Abfuhr. Im übrigen hat Herr Kraetke in dieser Debatte auch alle bisher von Ministern aufgestellten Reserven geschlagen, indem er sich zwei Ordnungsbrüche holte.

Einzelne Fragen der Postverwaltung und des Postbetriebs wurden von dem Zentrumsredner Herrn Diez-Konstanz, von dem Nationalliberalen Jäger und dem Fortschrittler Subrich zur Sprache gebracht. Aber schon dieser Redner führte dem empfindlichen Herrn Kraetke zu Gemüte, daß er nach seinem eigenen Verhalten gar keine Ursache habe, anderen Parteien vorzuwerfen, daß sie zu Unrecht erhobene Angriffe nicht zurücknehmen. Ganz besonders deutlich zeigte sich die gute Begründung dieses Einwands, als wiederum der Zaberger Fall zur Erörterung gelangte, in dem der Staatssekretär seine Postbeamten ohne ein Wort der Verteidigung den absolut unmotivierten Angriffen des Obersten v. Reuter und der konservativen Presse preisgegeben hat. Der Elßässer Dr. Haegy brachte zuerst Material auf diesem Gebiete bei, nachdem in den vorhergegangenen Jahren bereits Ebert und Zubeil davon geredet hatten, und Genosse Koske gab noch zu diesen Aufklärungen manche wertvolle Ergänzung. Koske, der auch noch eine Reihe Verwaltungsfragen kritisch behandelte, zeigte dem Staatssekretär des Reichspostamts mit aller Klarheit, wie unglaublich unempfindlich er gegen die Angriffe des Obersten v. Reuter gewesen war. Herr Kraetke hatte die unglückliche Idee, darauf antworten zu wollen, und nach einigen Bemerkungen des Zentrumsabgeordneten Stuchoffers erhob er sich, um wiederum die Behauptung aufzustellen, die Sozialdemokratie habe ungerechte Angriffe gegen Beamte zurückzunehmen sich geweigert. Und er zitierte zum Beweis einen Fall aus dem Jahre 1904, bei dem Genosse Haage beteiligt war. Das betam Herrn Kraetke außerordentlich schlecht. Schon als der Volksparteiler Dr. Strube ihm das Unzulässige seines Verhaltens in dürren Worten auseinandersetzte, wurde er äußerst verlegen — soweit Herr Kraetke, der über eine gefährliche Portion Selbstsicherheit verfügt, überhaupt verlegen werden kann! Aber selbst diese Zurechtweisung schwand, als Genosse Haage unter gespanntester Aufmerksamkeit des ganzen Hauses und der Regierungsvertreter dem Leiter des Reichspostamts haarscharf und unwiderleglich bewies, daß seine Vorwürfe auf nichts beruhen oder höchstens auf einer absoluten Umkehrung der tatsächlichen Verhältnisse. Herr Kraetke, der keiner und kleiner geworden war, suchte sich mit irgend einer Redensart zu rächen, aber er erreichte nur, daß ihm an der Hand seiner eigenen Behauptungen der Nachweis geführt werden konnte, daß er aus einem Saal nicht einmal nachgeprüfter Bitate geschöpft hatte. Dieser dokumentarische Nachweis ließ vollends erkennen, wie ungeeignet Herr Kraetke zur Erhebung solcher Anklagen gegen irgend eine Partei ist.

Mit dieser Klare und glatten Niederlage für den Postminister schloß die Generaldebatte.

Krupp-Schneider-Floda.

Die internationale Verhuppung der Rüstungsindustrie macht weitere Fortschritte. Die österreichische Kanonensfirma Floda Werke wird mit russischem und französischem Kapital in Kreuzot, dem Sitz der französischen Kanonensfirma Schneider, eine Stahlhütte er-

richten. Die Firma Schneider wird dazu die technische Einrichtung liefern. Da die gleiche Firma Schneider vor einiger Zeit auch Kapital und technische Erfahrungen zum Ausbau der russischen Rüstungsfabrik Putilow gestellt hat, bedeutet die Errichtung der neuen Floda Werke in Kreuzot eine Annäherung der französischen, russischen und österreichischen Rüstungsindustrie. Nun hat im vergangenen Jahre sich aber auch der Deutsche Krupp an den Floda Werken beteiligt, insbesondere Patente geliefert, so daß auch die deutsche Rüstungsfirma an der neuen Verbrüderung „nationaler“ Rüstungswaffen-Lieferanten teilnehmen wird. Diese Vorgänge sind so wichtig, daß sich hoffentlich recht bald die Regierung und die Presse der Rüstungsindustrie weiteres Material darüber verschaffen und zur Aufklärung der Öffentlichkeit unterbreiten werden.

Die Unglücksfälle auf dem Flugplatz Johannisthal.

Auf eine Anfrage der Fortschrittler über die Ursachen der Unfälle auf dem Flugplatz Johannisthal hat das Reichsamt des Innern eine umfangreiche Auskunft erteilt. Nach den Ermittlungen ist der Grund für den jüngst erfolgten Zusammenstoß zweier Flugmaschinen in dem unglücklichen Sturz des Doppeldeckers zu erblicken. Hätte der Führer des Doppeldeckers nicht gegen die bestehenden Fahrbestimmungen, welche bestimmte Abstände von 100 bzw. 200 Metern zwischen den Flugzeugen vorschreiben, verstoßen, so wäre der Unfall vermieden worden. Es ist in der Öffentlichkeit behauptet worden, daß der Unfall der Ueberlastung des Fluges durch zwei gleichzeitig schwebende Flugzeuge zuzuschreiben ist. Demgegenüber steht fest, daß sich zur Zeit des Zusammenstoßes zufällig nur wenige Flugzeuge in der Luft befanden, nämlich zwei außer den beiden beteiligten. Es sind nimmere als Flugleiter zwei Persönlichkeiten angestellt worden, deren Eigenschaften die Gewähr dafür bieten, daß die Flugordnung streng befolgt wird. Sie regeln von einer Zentralfeste aus den Luftverkehr mit Hilfe der Platzmeister und sind somit in der Lage, einer Ueberfüllung des Fluges durch Verringerung weiterer Starturlaubnis vorzubeugen. Um ihren Anordnungen die erforderliche Geltung zu verschaffen, werden sie mit ausreichenden Nachbefugnissen ausgestattet. Außerdem wird kein Mittel unversucht gelassen, Vorkehrungen zu treffen, die, soweit Organisation und Einrichtungen des Flugplatzes überhaupt in Betracht kommen können, eine Wiederholung dergleichen Unfälle ausschließen.

Konservative für Sozialdemokraten.

Das „Leipziger Tageblatt“ vom 4. März schreibt zur Wahl in Vorno-Begou: Als kürzlich die „Sächsische Umschau“ andeutete, 1912 hätten bei der Reichstagswahl verschiedene Konservative erklärt, sie würden, wenn der nationalliberale Kandidat Rißhake in die Stichwahl komme, lieber sozialdemokratisch wählen, begehrten die „Kreuzzeitung“ und andere konservative Blätter heftig auf und verlangten Namen zu wissen. In der Nummer der „Sächs. Umschau“ vom 1. März lesen wir folgende Antwort auf diese Frage:

„Als diejenigen Agrarkonservativen im Reichstagswahlkreis Vorno, die öffentlich erklärt haben, daß sie in der Stichwahl lieber den Sozialdemokraten als den Nationalliberalen wählen würden, benennen wir nachfolgende Herren: Grundbesitzer und Militärvereinsvorsitzer Günther in Jöden, Gutbesitzer Weigle in Priedsnig, Rittergutsbesitzer Bonapper in Hausdorf, Gutbesitzer Zieger in Hohnbach, Gutbesitzer Eyrich in Hohnbach. Das sind ihrer fünf, vielleicht kommen noch einige hinzu.“

Die Fortbildungsschule im Dienste der Kirche und der „nationalen“ Phrasen.

In den Bundesstaaten, die die Fortbildungsschulpflicht einführen, gefeilt sich auch der Ministerpräsident Schaumburg-Lippe. Dem Bundtags dieses Fürstentums ist bereits eine Vorlage über die Durchführung der allgemeinen Fortbildungsschulpflicht zugegangen, und es ist nicht zweifelhaft, daß sie angenommen wird. Das wäre soweit gut und schön, wenn nicht die verantwortlichen Urheber des Gesetzentwurfs dabei ihre besonderen reaktionären Absichten zu veranschaulichen gedächten.

Man lese sich nur einmal folgende Sätze aus der Begründung der Vorlage an:

„Die aus der Volksschule entlassene Jugend steht in einem Alter, in dem sie mehr denn je der erzieherischen Beeinflussung bedarf und doch in vielen Fällen fast jeder erzieherischen Einwirkung entbehrt. Da soll nun die Fortbildungsschule durch ihre besonderen erzieherischen Maßnahmen und durch das ganze, von sittlichem Geiste getragene Schulleben dazu helfen, daß die jungen, innerlich noch unselbständigen Menschenfinder inucht und Ordnung gehalten, gegen schädliche Einflüsse widerstandsfähig gemacht und in ihrem Charakter gefestigt werden, und zugleich soll ihnen durch entsprechende Belehrungen, sowie durch die Einrichtungen des Schullebens das Verständnis und die Kraft zur Erfüllung derjenigen Pflichten vermittelt werden, die ihnen später als Staatsbürger obliegen werden, und über die sie sonst von anderer Seite in einem nicht erwünschten Sinne belehrt werden.“

Was aber könnte unter solchen Umständen, da die bösen Sozialdemokraten sich auch im Schaumburg-Lippischen Ländchen als Lehrer der Jugend aufspielen, wohl bessere Dienste leisten als die Religion? Sie ist die wahre Wundersalbe für das große, große Zeitweil. Darum heißt es weiter in der Begründung:

„Die Frage, ob eine besondere religiöse Unterweisung in der Fortbildungsschule stattfinden soll, läßt sich aus verschiedenen Gründen gefehlich nicht wohl regeln. Die ergebende Ausführungsverordnung wird aber die Bestimmung erhalten, daß da, wo ein Geistlicher oder ein Lehrer seit, Gelegenheit und Reigung hat, religiöse Unterweisung in der Fortbildungsschule zu erteilen, mit Zustimmung des Schulvorstandes über die 4. bzw. 6 wöchentlichen Unterrichtsstunden hinaus noch eine halbe Pflichtstunde für religiöse Unterweisung angeordnet werden kann.“

Die gesetzliche Festlegung des Religionsunterrichts steht auf Schwierigkeiten, aber die potentiellen Staatsräuben mögen beruhigt sein: auf dem bequemeren Verordnungswege wird das alles schon gemacht werden!

Der Aufstand in Epirus.

Durazzo, 4. März. Montag früh räumten die griechischen Truppen Santi Quaranta und zogen nach Brevesa. Die orthodoxe Bevölkerung begleitete das Militär. Als der letzte Soldat den Boden Albanien verlassen hatte, wurde von den Führern der Menge die Autonomie der von den griechischen Truppen geräumten Gebiete unter dem Namen Nord-Epirus proklamiert. Sodann bildeten die Führer eine provisorische Regierung. Als Wappen der autonomen Gebiete wurde ein großes weißes Kreuz in blauem Felde mit einem schwarzen Adler in der Mitte aufgestellt. Bei einem darauf abgehaltenen großen Anzuge wurden Vorschüsse auf Griechenland und die Autonomie von Nord-Epirus ausgedrückt.

Italienische Besorgnisse.

Rom, 4. März. Die Vorgänge im Epirus, die in Paris mit ziemlichem Gleichmut betrachtet werden, erregen hier andauernd die größte Aufmerksamkeit. Auf der Konsulta ist man andauernd über die nahe Zukunft besorgt. Man fürchtet, daß die einzige Lösung der Frage sich nur durch eine gewaltsame Intervention wird erzielen lassen, und daß es dabei zu neuen Differenzen zwischen den Ansparungen der Mächte der

Triple-Entente und des Dreikundes kommen wird. In Rom will man durch einen Druck auf Athen, womöglich durch eine Flottenmonstration, die heimliche Unterstützung, der sich die apolitische Bewegung in Griechenland erfreut, ausschalten, fürchtet jedoch, daß die Mächte des Dreiverbandes sich dergleichen Maßnahmen widersetzen werden.

Frankreich.

Die Partei vom Boulevard Sebastopol.

Paris, 2. März. (Fig. Ver.) In einem Sälehen auf dem auch sonst nicht gut beleuchteten Boulevard Sebastopol hat gestern und heute die „Parti Ouvrier“, d. h. die Gruppe der Abplitterer unter dem Kommando Alleanes und Gambiers, einen „Kongress“ abgehalten, für den die Brändstiftlichen Blätter viel Klatsch machen. Ganz ernst nehmen auch sie wohl die Gründung nicht, immerhin können sie mit Behagen die Beschimpfungen der geeinigten Partei mitzusehen, aus denen der erste Teil der Verhandlungen bestand. Weiter hat sich die neue „Partei“ ein Statut, einen Vorstand und eine Prinzipien-erklärung gegeben. Daß unsere Genossen von der Gesellschaft einen erheblichen Schaden zu befürchten haben, ist nicht zu erwarten. Charakteristisch für diese ist der Beschluß, im zweiten Wahlgang in seinem Fall für Kandidaten anderer Parteien, die geeinigten Sozialisten mit eingeschlossen, einzutreten. Ein Redner hat unter Applaus erklärt, Graf de Mun — der hierale Kriegshüter — sei ihm lieber als Jaurès. — Die „Arbeiterpartei“ will ihre Zulassung im Internationalen Bureau fordern und sich nötigenfalls den Zutritt zum Internationalen Kongress mit Gewalt verschaffen. Die Firma „Französische Föderation der Internationalen“ hat sie sich schon jetzt zugelegt — ein Fallschirm, die niemand täuschen wird.

Rußland.

Ein Proteststreik.

Petersburg, 4. März. Auf den Putilowwerken sind heute 15 000 Arbeiter in den Ausstand getreten, um dadurch gegen die Vorschrift zu protestieren, den heutigen Gedenktag der Befreiung der Bauern nicht zu feiern.

Japan.

Die oppositionelle Bewegung.

Tokio, 4. März. Fünf Vertreter von Zeitungen haben eine Eingabe mit 62 Unterschriften mit den Anklagen gegen den Minister des Innern Hara an den Kaiser gerichtet. Es ist bezeichnend für den Stimmungsumschwung in Tokio, daß es der Abordnung gestattet wurde, diese Eingabe persönlich dem Großsiegelbewahrer zu überreichen.

Um das Budgetrecht.

Tokio, 4. März. Das Oberhaus beschloß als Protest gegen die Mißbräuche in der Flotte den vom Unterhaus um 30 Millionen verringerten Kredit für den Bau von Schiffen um 67 Millionen zu kürzen. Das Unterhaus widerlegt sich dieser Abänderung, weil dies für das Oberhaus als Präzedenzfall dienen könne, um an dem vom Unterhaus angenommenen Staatsbudget in Zukunft Abänderungen vorzunehmen. Ein Konflikt zwischen beiden Häusern ist unvermeidlich.

Aus der Partei.

Genosse Wilhelm Opificius gestorben.

Am 2. März ist in Frankfurt a. M. Genosse Wilhelm Opificius nach schwerem Leiden gestorben. Mit seinen Brüdern Reinhold und Louis, welche letzterer vor einigen Jahren gestorben ist, kam er früh zur Partei. Seine Haupttätigkeit entfaltete er in Baden. Jahrelang war er in Pforzheim, seinem früheren Wohnort, und in anderen Teilen Badens für die Partei tätig. Er gehörte vor ca. 10 Jahren auch dem badischen Landtage als sozialdemokratischer Abgeordneter an. Seit einer Reihe von Jahren hatte er seinen Wohnsitz in Frankfurt a. M. Für die Partei war er in den letzten Jahren wegen Krankheit nicht mehr öffentlich tätig. Seine Freunde und Bekannte aus früheren Jahren werden ihm ein gutes Andenken bewahren.

Propaganda für die „rote Woche“ macht auch die Vollzeiterwaltung in Wülhausen i. El. Sie hat die öffentliche Verbreitung eines die „rote Woche“ einleitenden Flugblattes: „Auf zum Frauentag!“ verboten. Vermutlich hat's den Herren eine Stelle des Flugblattes angetan, die das militärische System beim richtigen Namen nennt und seine Auswüchse à la Johnson gebührend kennzeichnet. Der militärische Staat, der so ängstlich gehütet werden muß, sieht auf sehr unglücklichem Boden.

Parlamentarisches.

Schutz militärischer Geheimnisse.

Die Beratung über § 8 des Regierungsentwurfs wurde in der Reichstagskommission am Mittwoch fortgesetzt. Von Regierungsvertretern wurde dargelegt, daß die Notwendigkeit gegeben werden müsse, Personen zu bestrafen, die zwar noch nicht zu einer Spionagedelikt gelangt sind, die aber falsche Personalien angeben und verdächtig erscheinen. Von sozialdemokratischer Seite wird betont, daß durch diese Bestimmung die Bestrafung eines hohen Verdachts eingeführt werden würde und Gefahren für recht harmlose Personen entstehen. Der § 8 wird schließlich in folgender gegenüber dem Regierungsentwurf etwas vorzüglicheren Fassung angenommen:

„Wer vorsätzlich in einer Festung, einem Reichskriegshafen oder einer militärischen Anlage, auf einem Schiff der Kaiserlichen Marine oder innerhalb der deutschen Hoheitsgewässer gegenüber einer Behörde, einem Beamten oder einer Militärperson über seinen Namen, seinen Stand, seinen Beruf, sein Gewerbe, seinen Wohnort oder seine Staatsangehörigkeit eine unrichtige Angabe macht oder die Angabe verweigert, wird, wenn nach den Umständen anzunehmen ist, daß der Aufenthalt an dem Orte oder die unrichtige Angabe oder die Verweigerung der Angabe mit verbrecherischen Zwecken der in den §§ 2, 4 bezeichneten Art zusammenhängt, mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark bestraft.“

Einer Festung, einem Reichskriegshafen oder einer militärischen Anlage stehen gleich deren amtlich bekanntgemachte Sicherungsgebiete, sowie gewerbliche Anlagen, in welchen Gegenstände für die Bedürfnisse der inländischen Kriegsmacht hergestellt, ausgearbeitet oder aufbewahrt werden.“

Nach § 9 des Regierungsentwurfs soll derjenige, der fahrlässig ein militärisches Geheimnis in die Öffentlichkeit gelangen läßt oder ein militärisches Geheimnis, das ihm kraft seines Amtes, Berufes oder Gewerbes zugänglich war, an einen anderen gelangen läßt, mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft werden. Das ist diejenige Bestimmung des Entwurfs, die von den Vertretern aller Parteien mit Recht als unannehmbar bekämpft worden ist. Allerdings ist durch die von der Kommission zu § 1 beschlossenen Streichung des Begriffs „Nachrichten“ aus der grundlegenden Bestimmung über das, was als militärisches Geheimnis gelten soll, die Anwendbar-

Zeit des § 9 bis zu einem gewissen Grade eingeschränkt worden. Von dieser Bedeutung des § 9 war aber dem Kriegsminister v. Falkenhayn, als er zur Befürwortung dieses Paragraphen das Wort nahm, merkwürdigerweise noch nichts bekannt gewesen. Es machte der Kriegsminister ganz abwegige Behauptungen über die Kritik der Presse an militärischen Einrichtungen. Sodann führte er einige Fälle an, in denen Zeitungen fahrlässigerweise Nachrichten über militärische Veranlassungen gebracht haben sollen, die für das Ausland von Wert gewesen seien. Nach einigen Bemerkungen eines fortschrittlichen Redners wurde die Debatte verlagert.

Der Streit um die Diamantenregie.

Die Beratungen in der Budgetkommission des Reichstages begannen am Mittwoch mit der Erlebung des Nachtragses zum Etat für Schiffsahrt auf das Rechnungsjahr 1913. Dieser Nachtragsetat ist übrig geblieben infolge der ungewöhnlichen Steigerung des Einnahmetats um 18 Millionen Mark Steuern aus der Diamantenregie, wodurch der frühere Etat gesprengt worden ist. Die 18 Millionen sollen folgende Verwendung finden: Für den Umbau der Bahnstrecke Karibib-Windhof und den Bau der Nord-Südbahn (S. Rate) 14,6 Millionen Mark, für den Erwerb der Anteile der Diamantenregie und Bereitstellung des vollen Grundkapitals derselben 1 Million Mark, als Anteil am Grundkapital der zu gründenden Gesellschaft 0,8 Millionen Mark. Die fällige Diamantendebatte wurde eingeleitet durch längere Ausführungen des Staatssekretärs Dr. Solf über die zwischen Förderern, Bankvertretern, Aufsichtsrat und Regierung in der Diamantenregie geführten Kämpfe. Es handelt sich dabei besonders um die Frage der Kontingentierung und die Beziehungen zur De Beers Comp. Da sich die Unmöglichkeit eines Ausgleichs zwischen Regierung und Aufsichtsrat herausstellte, mußte die Regierung an eine Reform des Aufsichtsrates nach ihrem Wunsche herangehen. Die zur Erreichung dieses Zweckes angebotene Verschärfung der Diamantenregie erforderte hohe Mittel zum Einkauf von Anteilen, die aus Dispositionsfonds genommen werden sollten, jezt aber im Nachtragsetat verlangt werden. Zugleich ist auf dem Wege des Vergleichs eine Erleichterung des Konflikts dahin erfolgt, daß 50 Proz. der Anteile den Förderern verbleiben, die Regierung aber im Aufsichtsrat über die Mehrheit verfügt. Trotz der berechneten Rechtfertigung stieg das Forderen der Nationalverwaltung in der Kommission auf Widerspruch. Abg. Waldstein (Sp.) bezeichnete die von der Regierung beliebte Auslegung des § 51 der Statuten als gegen Treu und Glauben verstoßend. Genosse Hoch kritisierte die ganze Diamantenpolitik der Regierung, ihr Verhältnis zum Antwerpener Syndikat und zur De Beers Comp. und tarifierte die Lösung des Konflikts in der Diamantenregie als einen sehr fragwürdigen Erfolg. Abg. Erzberger (Z.) erklärte, es begreift sich zu finden, daß die Förderer den Eindruck hatten: Macht geht vor Recht. (Die im weiteren Verlauf der Debatte von der Regierung wie von Mitgliedern der Kommission gemachten Ausführungen trugen vertraulichen Charakter.) Lebhaften Widerspruch begegnete die von der Nationalverwaltung versuchte Finanzgebarung, die die Einnahmen Ueberhörsche von 18 Millionen sofort wieder mit Hilfe des Nachtragses auszugeben. Abg. Erzberger beantragte, 9 Millionen zur Abtragung des Reichsausgleichs für Südwestafrica zu verwenden. Dagegen sträubte sich natürlich Dr. Solf und der Staatssekretär Kühn trat ihm bei; auch Konservative, National-Liberale und Fortschrittler stellten sich auf seine Seite. Zu einer Abstimmung über den Antrag kam es nicht.

Unzulässiges Reichstagsmandat.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte am Mittwoch das Mandat des konservativen Abgeordneten Dösch für unzulässig. Abgeordneter Dösch wurde 1912 im Wahlkreis Stenbal-Osternburg in der Stichwahl mit 13.288 Stimmen gewählt, gegen 10.995, die auf den nationalliberalen Schwarzmaier Führmann entfielen. In der Hauptwahl war das Stimmverhältnis folgendes: Konservativ 10.512, Nationalliberale 8021, Sozialdemokratie 7434. Während des Wahlkampfes erschien ein konservatives Flugblatt, das etwa 1100 Unterschriften trug; darunter befanden sich eine Anzahl Amtsbekanntmachungen, die ihren Namen den Amtsblättern hinzugefügt hatten. Das gilt noch während der Wahlprüfungskommission als amtliche Wahlbeeinflussung. Die in den fraglichen Amtsbezirken abgegebenen laienhaften Stimmen mußten deshalb salfiert werden und damit verlor Abgeordneter Dösch die Mehrheit, so daß das Mandat für unzulässig erklärt werden mußte. Daß das Plenum des Reichstages diesem Beschluß zustimmen wird, ist als sicher anzunehmen. — Für die bevorstehende Radwahl werden, wie wir hören, die Nationalliberalen nicht wieder den Schwarzmaier Führmann aufstellen, sondern den Vorsitzenden des Deutschen Bauernbundes, Bachhoff de Wente.

Soziales.

Unsere Forderungen.

Mit allem Nachdruck demonstriert die Sozialdemokratie durch die Veranstaltung der roten Woche für ihre grundsätzlichen Forderungen. Vor allem betont sie ihr Ziel: die Umwandlung der Kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaftsordnung, durch Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln.

Aus unseren grundsätzlichen Forderungen ergeben sich die praktischen, die wir auf politischem, sozialem und allgemeinem kulturellem Gebiet, sowie dem der Rechtsprechung erheben.

Von den wichtigsten sozialen Forderungen heben wir hier die folgenden heraus:

- Freies, geschütztes Koalitionsrecht für alle Arbeiter und Angestellte.
- Freies Vereins- und Versammlungsrecht für alle Arbeiter und Angestellte.
- Wochenarbeitszeit als Maximalarbeitszeit.
- Verbot der Kinderarbeit.
- Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche.
- Verbot besonders gesundheitsgefährlicher gewerblicher Arbeit für Frauen.
- Regelung der Feinarbeit, Festsetzung von Minimallohnen.
- Verbesserung der Gewerbeaufsicht.
- Mitwirkung der Arbeiter in der Gewerbeaufsicht.
- Beschärfung der Strafbestimmungen betreffend Uebertretung von Arbeiterschutzbestimmungen.
- Arbeitslosenfürsorge. — Weisungen zu den von den Gewerkschaften gezahlten Arbeitslosenunterstützungen; Schaffung von passenden Koststandsarbeiten und Beschäftigung Arbeitsloser zu den tariflich festgelegten Lohnsätzen. Vorbereitung zur Schaffung einer Reichsarbeitslosenversicherung.
- Verbot der Konturenkaufes.
- Verbot der Sonntagarbeit, mit Ausnahme dringender Fälle.
- Einbeziehung aller Erwerbstätigen mit einem Einkommen von unter 5000 M. in die soziale Versicherung (Krankheit, Unfall, Invalidität).
- Oeffentliche Gesundheitspflege. — Einführung kostenloser Krankenpflege, Errichtung von Krankenhäusern, Badeanstalten, Einführung der Schulpflicht, des Schularztsystems, kommunaler Säuglingsfürsorge usw.
- Erhöhung der Unfallrente nach Maßgabe des wirklich verdienten Lohnes. — Bei vollständiger Arbeitsunfähigkeit Rente in voller Höhe des früheren Verdienstes.
- Erhöhung des Krankengeldes und der Invalidenrenten nach demselben Grundsatz.
- Ordnung der Altersgrenze für den Bezug von Invalidenrente auf 60 Jahre.

Wohnungsreform. — Schaffung gesunder und billiger Wohnungen durch die Gemeinden. Einführung eines kostenlosen kommunalen Wohnungsnachweises. Verbot, das Mietverhältnis mit dem Arbeitsverhältnis zu verknüpfen (Werkwohnungen). Bestimmungen, die alle bei fogen. Werkspensionskassen erworbenen Ansprüche auf alle Fälle, also auch nach dem Auscheiden aus dem Arbeitsverhältnis, sicherstellen.

Strenges Verbot, durch fogen. Privatverträge Rechtswohlthaten und Staatsbürgerrechte für den Arbeiter und Angestellten unwirksam zu machen.

Einheitliches Arbeitsrecht, einschließlich der Landarbeiter, Dienstboten, sowie den in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern und Angestellten. Allgemeine Einführung gewerblicher Gerichte (Gewerbe- und Kaufmannsgerichte) für alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten und für alle aus dem Arbeitsverhältnis entspringenden Streitigkeiten.

Selbstverwaltung in allen Zweigen der sozialen Versicherung und Rechtsprechung.

Schaffung eines Reichsarbeitsamts, dessen sämtliche Träger in gleicher Zahl aus freigeählten Vertretern der Arbeiter und Unternehmer zusammengesetzt werden. — Landesgerichte und Polizeiverordnungen, die in das Arbeitsrecht eingreifen, sind rechtsunwirksam.

Aus den aufgeführten Forderungen ergaben sich naturgemäß noch sehr viele Spezialforderungen. Es erübrigt sich, sie hier einzeln aufzuführen.

Die herausgestellten Forderungen, die im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sogar leicht durchgeführt werden könnten, lassen deutlich erkennen, wie weit wir auf sozialem Gebiete noch zurück sind.

Die Forderungen vertritt die Sozialdemokratie mit allem Nachdruck. Wer sie darin unterstützen will, der schließe sich der Partei an und werde Leser der Arbeiterzeitungen.

Aus Industrie und Handel.

Kapitalerhöhung der Deutschen Bank.

Um die Vergisch-Märkische Bank in Elberfeld zu erwerben, erhöht die Deutsche Bank ihr Aktienkapital um 50 Millionen auf 250 Millionen Mark. Die Deutsche Bank, die bisher mit einem Aktienkapital von 200 Mill. Mark neben der Dresdner Bank und der Diskontogesellschaft stand, wird dadurch als deutsche Aktienunternehmung durch die Höhe ihres Kapitals übertrifft. Der Entschluß der Deutschen Bank bedeutet einen neuen Schritt auf dem Wege der Kapitalkonzentration, wie er sich besonders im Bankgewerbe manifestiert. Die Kapitalsummen, die in dem einen Institut zusammenlaufen, sind ganz gewaltig. Die Deutsche Bank mit allen ihren Tochterbanken umfaßt an Aktienkapital, Reserven und verwaltetem Kapital rund 4800 Millionen. Die neue Kapitalerhöhung ändert an diesen Zahlen wenig, da das neue Kapital zur Aufnahme der Vergisch-Märkischen Bank benutzt werden soll. Für je 9000 M. Aktien der Bank in Elberfeld werden je 6000 M. Aktien der Deutschen Bank eingetauscht. Da die Deutsche Bank aber bereits etwa für 50 Millionen M. Aktien ihrer Tochterbank in Elberfeld besitzt, bleibt ein Teil der Kapitalerhöhung noch für andere Zwecke der Deutschen Bank frei.

Nach dem Geschäftsbericht für 1912 betragen die Gesamtumsätze 120 Milliarden Mark gegen 132 Milliarden im Jahre 1911. Der Reingewinn stieg von 34,85 auf 36,75 Millionen Mark. Unter den Ausverbräuchen und der Einkürzung der Finanzgeschäfte hat auch diese Großbank gelitten, während der hohen Zinssätze des vergangenen Jahres die Einnahmen für Provision, Wechsel und Zinsen vermehrt. Aus dem Reingewinn werden wie im Vorjahre 12 1/2 Prozent Dividende gezahlt. Die in der Bilanz ausgewiesenen Reserven erhöht sich auf 115 Millionen Mark; sie betragen also bereits mehr als die Hälfte des Aktienkapitals von 200 Millionen.

Die A.-G.

Nach dem Geschäftsbericht der bekannten Größtenfabrik A.-G., die in den Kreisen Kalau und Hoherswerda ihre Brau-Lothengruben und Größtenfabriken hat, belaufen sich die Erträge des Brauereis in den letzten vier Jahren auf:

Jahr	Reingewinn	Zinselemente	Dividende	in Proz.
1910	2.090.420	384.406	2.180.000	24
1911	2.247.855	347.382	2.400.000	24
1912	2.256.285	348.159	2.400.000	24
1913	2.584.529	409.214	2.600.000	26
In 4 Jahren:	13.029.029	1.439.254	9.580.000	

Die A.-G. hat seit 1910 einen Reingewinn von rund 32 Millionen Mark erzielt. Davon hat sie über 12 Millionen Mark zu Abschreibungen verwendet und außer den oben angeführten 11 Millionen an Dividenden und Zinselementen noch weitere 2.800.000 M. für persönliche Ausgaben verbraucht. Außerdem besitzt sie einen Ausgleichsreservefond und einen großen Spartopf als außerordentliche Reserve. Was bedeuten solchen Reichthümern gegenüber die 140.000 M. Bezugssteuer, die die A.-G. zu zahlen hat. Wäre der Staat selbst Eigentümer der niederschlesischen Kohlenfelder — wie es sein sollte —, dann könnte er ganz andere Summen dort für sich herauskühlen.

Ludwig Böhme A.-G. zahlt bei erhöhten Abschreibungen eine Dividende von 18 Proz., wie im Vorjahre.

Reicher Dividendenbesitzer. Die Jute- und Weberei Bremen ist bekannt als ein Betrieb, in dem bei außerordentlich niedrigen Löhnen eine intensive Ausnutzung der Arbeitskräfte betrieben wird. Es werden mit Vorliebe unorganisierte polnische und galizische Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt. Dafür ist alljährlich der Segen für die Aktionäre um so größer. Für das verfloffene Geschäftsjahr sollen 80 Proz. Dividende verteilt werden.

Aus der Frauenbewegung.

Kinderschutz in der belgischen Gesetzgebung.

Aus Brüssel wird uns geschrieben: Sozialpolitik, wenn die Klassen sich gezwungenermaßen zu ihr verstehen, wird von ihnen, wie man hier zu sagen pflegt, nur „par petits paquets“ — in möglichst kleinen Paketen — in die Gesetzgebung eingeführt. Diese Praxis wird ihnen bei der eingeborenen Feindseligkeit ihrer Partei gegen jeglichen geschlichen Schutz der Schwachen und dem dominierenden mandatorischen Zug im belgischen Liberalismus nicht allzu schwer gemacht. Nicht zuletzt zeigt sich diese Methode in dem mäßigen Vorwärtsschritt auf dem Gebiet des Kinderschutzes. Das unzulängliche Gesetz von 1890 erfährt im Jahre 1896 durch einen Erlass eine Verbesserung, von dem namentlich die in den Ziegeleien beschäftigten Kinder ein wenig profitierten. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es dort die mörderischste Ausbeutung. Kinder von 7 und 8 Jahren wurden bis zu 16 und 17 Stunden zur Arbeit angehalten. Dabei gab es Löhne von 73 Centimes pro Tag für eine erwachsene Person und im Winter verdiente eine mehrlköpfige Familie 1 Franc 25 Centimes pro Tag! Im Jahre 1894 gab es dann einen Streik in den Ziegeleien von Boom bei Antwerpen und im Jahre 1896 den erwähnten Erlass, demzufolge Kinder unter 12 Jahren nicht mehr verwendet werden durften.

Die Einführung des obligatorischen Schulunterrichts bis zum 14. Lebensjahre erfordert naturgemäß die Ausdehnung des Verbotes der Kinderarbeit bis zum vollendeten 14. Jahre. Die Kammer hatte sich demnach wieder etwas mit dem Kinderbeschutz zu befassen. Das einfachste wäre natürlich, wie die Sozialisten es verlangt hatten, gewesen, dem Schulgesetz eine entsprechende Formulierung zu geben, wie das sogar der erste Entwurf Scholkaert seinerzeit getan hat, indem er dem Schulgesetz das Verbot der gewerblichen Kinderarbeit unter 14 Jahren anfügte. Statt dessen führte man eine Bestimmung über die Erhebung von der Schulpflicht für die Zeit der Saisonarbeit in der Landwirtschaft ein und die Regierung behielt sich ihren Weg zu weiteren Schwächungen des Schulgesetzes offen.

Bei der Beratung über die Ausdehnung des Kinderschutzes bis zum 14. Lebensjahre zeigte sich denn auch, daß der Arbeitsminister die Arbeit des Unterrichtsministers nach Möglichkeit zu „sabotieren“ trachtete und daß es bei einer Abschwächung des Schulgesetzes nicht bleiben soll. Er schlug einen Zusatzantrag vor, wonach Kinder vom 13. bis zum 14. Lebensjahre und bis zur vollen Wirkung des neuen Schulgesetzes — in der „Uebergangszeit“ — vom 12. bis zum 14. Jahre „nach den Erfordernissen der Industrie“ eine bestimmte Anzahl Stunden gewerbliche Arbeit verrichten dürfen. Das ist eine Dinauscheidung der Kinderarbeit auf Kosten des Schulunterrichts bis zum Jahre 1921.

Das ist aber für die Unternehmer der Ziegeleien und Glasbläserien, in denen vor allem, abgesehen von der Feinarbeit, Kinderarbeit betrieben wird, nicht genügend und sie wünschten noch besondere Maßnahmen, damit ihnen auch unter dem obligatorischen Unterricht die Ausnutzung der kindlichen Arbeitskraft gesichert bleibt. Der Besitzer der Ziegeleien in Boom bei Antwerpen, der liberale Deputierte Reeth, erklärte mit schamlosem Ironismus, daß das Ziegeleischuppen für zwölfjährige Kinder eine gute gymnastische Übung sei! Zudem wäre es ihnen gesünder, im Freien zu arbeiten, als in den warmen Schulzimmern zu lernen! (Dahon daß man auch im Freien lernen kann, weiß der christliche Ausbeuter wahrscheinlich nichts!)

Ein anderer liberale, diesmal ein Vertreter der Glasindustrie — die Herren sind ganz ungeniert ihre eigenen Anwälte —, erklärte wieder, die Lehrlinge müßten schon vom 12. Lebensjahre an gebildet werden, sonst taugten sie nichts als spätere Arbeiter. — Im übrigen fürchte auch der Arbeitsminister Erfordernisse der Industrie ins Treffen und schaute sich nicht, die Kinderarbeit mit humanen Gründen aufzuklären, genau wie der Ziegeleibesitzer, der meinte, es sei besser, die Kinder tragen Ziegel, als daß sie die Schule schwänzen und auf der Straße herumlaufen oder selbst sterben. — Man kann sich denken, was aus dem obligatorischen Unterricht werden wird, wenn Leute mit Auffassungen wie dieser Reeth — der Mann ist nämlich Bürgermeister — das Gesetz überarbeiten werden. Wieviel von den 21.000 Kindern, die heute in irgendeiner Form Arbeit verrichten, werden da vom Schulgang profitieren?

Bei einigen guten Willen könnte es natürlich unschwer gelingen, dem Schulgesetz schon heute, wie bis zum Jahre 1921 volle Wirkung zu sichern, aber den Liberalen ist es sympatischer, die kleinen Hände der Kinder der Industrie zur Verfügung zu stellen, als für die Entwicklung der Kindergeschichte und damit für die Vermehrung des geistigen Bestandes der Nation zu sorgen. Das Gesetz wurde demnach in erster Lesung angenommen, ohne daß indes dem Spezialausbeutungsbedürfnis der Industriellen der Glasindustrie und des Ziegeleibesitzers von Boom — Ausnutzung der Kinderarbeit auch nach der Uebergangsperiode — Rechnung getragen worden wäre.

Letzte Nachrichten.

300 Mark Belohnung

find auf die Entzifferung des Hausdienecks Gustav Wride ausgelegt, der, wie jetzt zweifellos feststeht, der Mörder seiner Mutter, der Frau Reich aus der Krefelder Straße, ist. Seitern nachmittag ist dieser noch um 2 Uhr, wie sich Nachforschungen noch spät abends ergeben haben, bei seiner verheirateten Schwester, einer Frau Moos in der Hofsteiner Straße 17, gewesen. Er sah dort ruhig zu Mittag und borgte sich 200 M. unter dem Vorwande, daß er nach Ruzow fahren müsse, um sich dort zu erholen. Die Schwester dachte nicht im entferntesten daran, daß ihr Bruder die schwere Missetat begangen hätte. Erst um 5 Uhr nachmittags hat er sich, als ob nichts vorgefallen sei, aus der Wohnung seiner Schwester entfernt. Weiter fehlt jedoch noch jede Spur von ihm. Der Mörder ist 1,70 Meter groß, geht nach vornübergebogen, hat ein hartes Gesicht, eingefallene Wangen und tiefgelegene Augen und macht den Eindruck eines Schwindsüchtigen und auch den eines Irren.

Leutnant v. Forstner wegen Soldatenmißhandlung verurteilt.

Bischof, 4. März. (S. B.) Vor dem Kriegsgericht hatte sich hier in den letzten Tagen, wie erst jetzt bekannt wird, Leutnant v. Forstner wegen Soldatenmißhandlung zu verantworten. Hier anderem war ihm vorgeworfen worden, daß er eine große Anzahl schwerer Vergehens des Sergeanten Hösslich gegen offizierliche Rekruten geduldet habe. Sergeant Hösslich wurde zu 15 Tagen Mittelarrest, v. Forstner zu 14 Tagen Stubenarrest verurteilt. Die Soldaten, die über den Vorfall gesprochen hatten, erhielten 3, 4 und 2 Wochen strengen Arrest.

Der Waffenarbeiterstreik in Solingen.

Solingen, 4. März. (S. B.) Die Waffenarbeiter aller Werke nahmen gestern abend in einer Versammlung Stellung zu dem Aussperrungsbeschluß der Waffenfabrikanten. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Ausstand bei der Firma Eckhorn nicht aufzuheben, sondern den Kampf fortzusetzen. Zu Verhandlungen sei man aber jederzeit bereit.

Milde Strafen für Duellanten.

Düsseldorf, 4. März. (S. B.) Das hiesige Kriegsgericht verurteilte wegen Herausforderung zum Zweikampfe mit tödlichen Waffen den Leutnant im hiesigen Mannen-Regiment Nr. 5, Graf Weiffel von Gynnisch zu drei und den Leutnant der Reserve im Dragoner-Regiment von Wedel (Pommersches Nr. 11) Eckardt zu vier Monaten Festungshaft, sowie wegen Morddrohungen den Leutnant v. N. O. J. Mann von der Leve zu einem und den Oberleutnant Ferdinand Verbs zu zwei Tagen Festungshaft. Die Verhandlungen fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Eine jungtschechische Spiegelaffäre.

Prag, 4. März. (S. B.) Das Organ der Jungtschechen bei heute den Obmann der tschechisch-robotischen Partei, den Abgeordneten Svaha, beschuldigt, daß er im Dienste der Staatspolizei stehe und von dieser ein Jahresgehalt von 6000 Kronen dafür bezogen habe, daß er die Staatspolizei über alle Vorgänge innerhalb der tschechischen Partei rechtzeitig informierte. Das Exekutivkomitee berief den schwer kompromittierten Abgeordneten aus Senftenberg in Böhmen, wo er Bezirksrichter ist, nach Prag und forderte ihn auf, sich dieser Anklage des Blattes gegenüber zu äußern. Svaha erklärte, die Behauptung des jungtschechischen Organs, das sich in seinen Ausführungen auf die hinterlassenen Papiere des jungtschechischen Abgeordneten Amos stütze, als eine perfide Lüge und gab die Erklärung ab, daß er gegen diese nach seiner Behauptung vollkommen gegenstandslosen Beschuldigungen den Klageweg beschreiben werde. Die Affäre erregt in ganz Böhmen und darüber hinaus ungeheures Aufsehen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Ordentl. Mitglieder-Versammlung der Kino-Operateure Groß-Berlins
in Wwe. Augustins Festhallen, Draniensstr. 103.
Tagesordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Neuwahl der Gruppenleitung.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Für Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Laden- und Kontormöbelbranche.
Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Hermel, Holzmarktstr. 21:
Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute.
3. Verbandangelegenheiten.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Extra-Unterstützungskasse f. Buchbinder und verw. Gewerbe zu Berlin.
General-Versammlung
am 8. März, vorm. 10 Uhr, im „Restaurant“ Dresdenstr. 116.
Tagesordnung:
1. Beriefung der Protokolle. 2. Bericht des Rentanten und Decharge-erleitung. 3. Wahl eines Vorstandsmittgliedes. 4. Verschiedene Kasien-angelegenheiten.
Der Vorstand. H. H. Rhanda, Vorsitzender, Luisenpark 17, 1.

„Freier Bund“
Einkaufs- u. Produktionsgenossenschaft freier Gast- u. Schankwirte
Berlins und Umgegend.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Berlin.
Bilanz
31. Dezember 1913.

Aktiva.	Passiva
Rassenbestand. 72,33	Mitglieder-Guthabenskonto 1783,49
Deutsche Bank-Guthaben 24,10	Referendatskonto 1052,01
Brauerei-Guthabenskonto 2740,10	Genossenschaftskonto 85,75
Brauereianteilkonto 300,—	Reingehinn 915,28
3136,53	3136,53
Debet	Gewinn- und Verlustkonto
Robiliarfondo 95,—	Vortrag aus 1912 182,08
Unkostenkonto 70,70	Zinsenkonto 136,90
Reingehinn 215,28	
380,98	380,98

Mitgliederbewegung. Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1913 109, Zugang 2, Abgang 4, mithin Mitgliederzahl am 1. Januar 1914 105. Am Laufe des Geschäftsjahres haben sich die Mitgliederzahlen um 274 N. vermindert und die Postsummen um 80 N. verringert. Die Gesamtsumme aller Mitglieder beträgt am Jahresabschluss 2100 N.
Berlin, den 26. Februar 1914.
Ferd. Matthes. Joh. Greth. 103/14

ff. Schlack- und Salami-Wurst a Pfd. 1.20
in bekannter Güte von heute ab wieder zu haben [32/17]
Hermann Leissner, Berlin C.,
Kaiser-Wilhelm-Str. 11, Ecke Klosterstraße.

Ohne jede Anzahlung
Pianos
Flügel und Harmoniums
gegen kleine monatl. Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige Garantie.
Lieferung nach allen Orten Deutschlands frachtfrei!
Conrad Krause Nehfg., Berlin, Ansbacher Str. 1.
Ecke Kurfürstenstraße. Tel. Steinplatz 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Planamstellen für „Kleine Anzeigen“
Berlin C. H. Bahnhofs, Adress 174.
W. G. Schmidt, Kirchhofstr. 14.
O. Petersburger Weg 4. Gustav Vogel, Köpenicker Str. 62.
R. Wengel, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. 2. Juch, Baumwallstr. 12. J. Neuf, Bornholmer Str. 42.
N. H. Wolgast, Hellstraße 9. F. Fischer, Postamtstr. 6.
Karl Wars, Orthenbagenstr. 22. J. Gantsch, Müllerstr. 31a.
S. Vogel, Lorenzstr. 37. H. Fies, Invalidenstr. 124.
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshagenstr. 48.
SW. G. Schmidt, Gneisenaustr. 72. Tachn, Vogelberger Str. 27.
S. Z. Preis, Brinzenstr. 31. S. Lehmann, Kolben Dam 8.
SO. Paul Böhm, Lützowstr. 14/15. S. Horich, Engelauer 15.
Adlershof, Karl Schwarzsche, Bismarckstr. 28.
Baumschulenweg. S. Hornig, Marienbader Str. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienek, Mühlstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Schornberg, Seelenbinder Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werfmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedenstr. 10.
Johannisthal. Max Goussier, Parkstr. 6.
Karlshorst. Richard Rüter, Mühlstr. 9, II.
Köpenick. Emil Wähler, Siegenstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Zeitel, Bartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneeweide. Wilh. Hurrub, Bräudenstr. 10.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Lutherstr. 2.
Ober-Schöneeweide. Alfred Bader, Büchelminnenhofstr. 17, Laden.
Pankow. Otto Rißmann, Mühlstr. 30.
Reinickendorf. P. Gurlich, Brovingstr. 56, Laden.
Neukölln. W. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
G. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg. H. Rosenkrantz, III-Hofstr. 56.
Schöneberg. Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Breiter Str. 64.
Steglitz. S. Bernice, Mühlstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Bornholmer Str. 62.
Treptow. Robert Gramenz, Niebholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schiller, Berliner Allee 253.
Wilmerdorf. Paul Schubert, Wilhelmstraße 27.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7. Sonntags 10-12.
Spezialarzt
Dr. med. Weckenfuß.
Friedrichstr. 125 (Oranienbor).
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8-3, Sonntags 9-11

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 5. März 1914.
Anfang 8 Uhr.
Neues Opernhaus (Kroll).
Saterland.
Anfang 6 Uhr.
Eines Palast am Zoo. Varieté-
Lichtspiele.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Eines Nollendorfer-Theater. Varieté-
Lichtspiele.
Anfang 7 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Die Reißerfinger
von Nürnberg.
Deutsches Opernhaus. Parsifal.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Peer Gont.
1. Abend.
Deutsches. Romeo und Julia.
Königgrätzer Straße. König
Richard III.
Lesing. Peer Gont.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Dir. Fürst: Hochspannung.
Hörsaal: Dr. A. Piotrowski: Das
materielle Substrat des Seelen-
lebens.
Kammertheater. Der Snob.
Deutsches Künstler-Theater.
Cafard.
Neues Opernhaus (Kroll).
Saterland.
Trianon. Er und der Andere.
Komödienhaus. Kammermusik.
**Theater an der Weidendammer
Brücke.** Reformmännerin.
Theater am Nollendorferplatz.
Feinjeu. Gretl.
Schauspielhaus. Die spanische Fliege.
Schiller O. Das Glück im Winkel.
Schiller Charlottenburg. Die
Maschinenbauer.
Theater des Westens. Polenblut.
Woniis Operetten. Jung-England.
Berliner. Wie einst im Mai.
Kleines. Zeitigen Geber.
Thalia. Die Langgängerin.
Reibenz. Der Regimentspapa.
Friedrich-Wilhelms-Theater.
Fräulein Trallala.
Kofe. Die Maschinenbauer von
Berlin.
Kafino. Die alle Webern.
Gerechtfeld. Die von oben und unten.
Reichshallen. Sittlicher Sängere.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Der Stolz der 3. Kom-
pagnie.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Paisen. Unser Junge.
Walballe. Langgänger.
Folies Caprice. Café Kingshelm.
Der Heiratgraf. Neperstein.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Th. Frau Warrens
Gewerbe.
Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Die lustige Puppe.
Berliner Spielplatz. Im Krieg
zum grünen Kranz.
Eines Nollendorfer-Theater. Varieté-
Lichtspiele.
Sternwarte. Invalidenstr. 67-62

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Freitag, abends 8 Uhr:
Woh dem der lügt.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
**Schiller-Theater
Charlottenburg.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
Theater in der Königgrätzer Straße
7 1/2 Uhr:
König Richard III.
Komödienhaus.
8 Uhr: „Kammermusik“, 8 Uhr.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: Zum 150. Male:
Wie einst im Mai.
Theater am Nollendorferplatz 5.
8 Uhr: Prinzeß Gretl.
Residenz-Theater
8 Uhr:
Der Regimentspapa.
Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Sonn. im. W., II.: Der liebe Augustin.
Friedr.-Wilhelms-Theater.
Anfang 8 Uhr:
Fräulein Trallala.
Sonn. nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin.
Deutsches Künstlertheater
Sozietät.
Nürnbergger Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.
Donnerstag, 8 Uhr:
Cafard.
Freitag, 8 Uhr:
Schirin und Gertraude.

Passage-Panoptikum.
Der englische
Riese
Teddy Bobs
Der größte Mensch,
der je gelebt!
160 mm größer als
Machnow
19 Jahre alt.
Ohne Extra-Entree!

Brauerei Friedrichshain
Mittwoch, den 11. März 1914, abends 8 Uhr:
**Extra-Konzert des
Blüthner-Orechesters**
60 Künstler. Dirigent: Eugen Sauerborn.
Solisten: Klaviervirtuosin Käthe Heinemann
und namhafte Gesangs-Solisten.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orechester
Dirigent: Franz v. Blon.
Musikk. Kaiser-Alexander-Garde-Regts. Dirig. Kgl. Musikdir. Brass.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem
Wochentagen: Eintritt.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
Heute Donnerstag, den 5. März 1914:
in den
Bockbierfest bayerisch. Alpen.
Heute: **Große Schweine-Braterei!**
Ausschnitt 9 Uhr. Portion 90 Pf.
Im neuen Saale: **Großer Ball.**
Anfang 7 Uhr. 6 Kapellen. Entree 30 Pf.

URANIA Taubenstr.
48/49.
8 Uhr:
Dir. A. Fürst: Zum ersten Male:
Hochspannung.
Hörsaal 8 Uhr:
Dr. A. Piotrowski:
**Das materielle Substrat
des Seelenlebens.**
Casino-Theater
Zofingener Straße 37. Täglich 8 Uhr
Ein neues Berliner Volksstück:
Die alle Webern.
Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
Einziges Theater in diesem Genre!
Im Stile der alten Waller-Bühne.
Sonn. 4 Uhr: **Mädchenreue.**
Concordia-Festsäle
64 Andreasstraße 64
Jeden Donnerstag u. Sonntag:
Soiree der Hoffmann-Sänger
Anfang 8 Uhr.
Nach der Soiree: **Frei-Tanz.**
Vorzugskarte, haben Gültigkeit

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr:
Unser Junge.
Volksstück mit Gesang und Tanz.
Walballe-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr: **Tangofieber.**
Gr. Hofe m. Ges. u. Tanz in 3 Akten
von C. Urban. Russl. u. Hugo Dieck.

Zirkus Alh. Schumann.
Heute Donnerstag, den 5. März
abends 7 1/2 Uhr:
Große Sport-Vorstellung.
U. a.: Neu! **The Arrigonia**
1 Dame, 3 Herren
Ein Potpourri in den Lüften
Original Little Freds
Akrobat u. kunstreich Hundo.
Geschw. Blumenfeld,
vier römische Grazien zu Pferde
und die übrigen
neuen März-Attraktionen.
Um 9 1/2 Uhr:
Das gr. Ausstattungsst. l. 7 Bildern
„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.

Zirkus Busch.
Heute Donnerstag, den 5. März,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Galavorstellung.
Mad. Garniers
Sprung mit dem Fahrrad
aus der Zirkus-Kuppel.
Ferner: Balé Troupe, Kunststrabfahr.
Die Revells, groteske Redner,
sowie Kunst aller gr. Attraktionen.
Zum Schluss:
„Pompeji“.
Orig. Ausstattungs-Parfomime.

Zirkus Barun-
Schau.
Premiere
in
Berlin-Pankow
An der Berliner,
Ecke Binzstraße
heute Donnerstag
den 5. März
abends 8 1/2 Uhr
mit 22 Welt-Attraktionen.

Zirkus Barun-
Schau.
Premiere
in
Berlin-Pankow
An der Berliner,
Ecke Binzstraße
heute Donnerstag
den 5. März
abends 8 1/2 Uhr
mit 22 Welt-Attraktionen.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Unsere süßen
Dienstmädel.
Bestes von Regiel
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu ermäß.
Preisen:
**Cavalleria
schufficann**

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Idette | **Mado Minty**
Brémonval | in ihrer Szene
Paris. Sängerin | „Die Spinne“
The Piccolo Company
Ludwig | **Paul Jolich**
Amann | in der Szene:
Mimiker | „In d. Putzstunde“
und eine Auslese
hervorragender Kunstkräfte!
— Rauchen gestattet! —
Apollo-Theater.
Tel.: Lützow 2757.
8 Uhr. Zum 74. Male: 8 Uhr.
Der Stolz d. 3. Kompagnie
mit
Hartstein.
Sachen ohne Banke! Rauchen gestattet!
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Er und der Andere.
Sonn. 3 Uhr: Die Liebe wacht.

Folies Caprice.
8 1/2 (Café Pingsheim
Der Heiratgraf
Meyerstein)

Admiralpalast.
Eis-Arena.
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eis.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.
Für den Inhalt der Jucrate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Metropol-Theater.
Abends prägnant 7 Uhr 55:
**Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.**
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Unsere süßen
Dienstmädel.
Bestes von Regiel
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu ermäß.
Preisen:
**Cavalleria
schufficann**

Gewerkschaftliches.

Internationale Organisation.

Eine Darstellung über internationale Beziehungen, die von Arbeiterangestellten- und Arbeiterorganisationen unterhalten werden, gibt das Kaiserl. Statistische Amt im 9. Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“.

Die Angestelltenorganisationen pflegen bei ihren internationalen Beziehungen vornehmlich das Gebiet des Rechtsschutzes und der Stellenvermittlung.

- das Schiffahrtsgewerbe, das Baugewerbe, das Schneidergewerbe, das Malergewerbe, das Gärtnergewerbe, die Edelmetallindustrie.

In Vorbereitung sind dergleichen Abmachungen für die Metallindustrie. Nichtentstellung Streikender und Ausgeperrter ist der fast ausschließliche Zweck der internationalen Beziehungen der Unternehmerverbände.

Es ist erfreulich, daß diese Tatsachen nun durch eine amtliche Erhebung wenn nicht gründlich, so doch wenigstens in einem Auschnitt beleuchtet werden.

Berlin und Umgegend. Der Streik bei der Firma Weermann.

Eine öffentliche Versammlung, die sehr stark besucht war, beschloß sich am Dienstag mit dem Streik bei der Firma Weermann in Treptow.

Behrendt vom Deutschen Metallarbeiterverband rekapituliert die Vorgänge, die den Streik verursacht hätten. In erster Linie sei es das geradezu ungeheuerliche Entlohnungssystem, das die Arbeiter endlich mal nach langen Jahren zur hellen Empörung getrieben hat.

Als die Empörung wuchs und als der Firma Vorhaltungen über ihr Vorgehen gemacht wurden, wollte sie den Arbeitern zuletzt großmütig gestatten, den von früheren Arbeitern aufgenommenen Vorschlag, der allmählich auf 1800 M. angewachsen war, durch Ueberstunden abzuarbeiten.

Scharfe Worte fand Redner für das überaus rigorose Vorgehen der Treptower Polizei gegen die Streikenden gegenüber, während die Streikbrecher wie rohe Eier behandelt werden, obgleich auch unter diesen die satzsam bekannten Gestalten vorhanden sind.

Der Vertreter der Hirsch-Dunderscher Arbeiter, Joseph, erklärte, daß angesichts der Krise den Arbeitern klar gemacht worden sei, was ihnen bevorstehe, wenn sie die Arbeit niederlegten, daß sie aber andererseits für ihre berechtigten Forderungen dann einzustehen hätten.

Von den anwesenden Gemeindevorstellern nahm Genosse Hartmann das Wort und führte aus, daß die Streikenden nicht daran denken sollten, daß sie von den bürgerlichen Gemeindevorstellern etwas zu erhoffen hätten.

Aus den Reihen der Streikenden wurde das Vorgebrachte noch reichlich ergänzt. War es doch zuletzt schon so weit gekommen, daß Arbeiter, die die ganze Woche geküsst hatten, gar nichts oder ein paar Pfennige ausgezahlt erhielten.

In seinem Schlußwort sagte Behrendt nochmal den ganzen Sachverhalt zusammen und ermahnte einige Abgesandte der Firma, nur wahrheitsgetreu zu berichten.

vertreter richtete er den Wunsch, dafür zu wirken, daß den Schülern mehr Zurückhaltung auferlegt wird.

„Die heute in Treptow tagende Volksversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Zuständen, die bei der Firma Weermann herrschen und spricht den von ihr Recht streikenden Arbeitern ihre volle Sympathie aus.“

Achtung, Metallarbeiter! Die Firma Richard Weise in Weihensee, Albertinenstr. 25 (Drahtindustrie: Vogelkäfige und Drahtwaren), ist wegen Tarifvertragsverletzungen für Drahtarbeiter gesperrt.

Achtung, Kupferschmiede! Die Unternehmernachweise versuchen, unorganisierte Kupferschmiede nach Breslau zu locken, damit diese in den Linke-Hofmannwerken als Streikbrecher fungieren.

Deutsches Reich. Die letzte Ehrung Albert Töblers.

Ohne besonderen Prunk, aber dennoch außerordentlich eindrucksvoll gestaltete sich die Trauerfeier, die dem langjährigen Vorsitzenden des Zentralverbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Deutschlands am Dienstag, den 3. März, in Hamburg bereitet wurde.

Zum letzten Male senkten sich die Banner vor dem Grabe und wehmütig verließen die Trauernden die Ruhesstätte des im Leben so rastlos kämpfenden.

Ueber dem Grabe hinaus ruht die Feindschaft, das haben selbst seine politischen und wirtschaftlichen Gegner anerkannt und dem Verbandsvorsitzenden einen letzten Abschied gewidmet.

Das Gelübde, das die Trauerredner den Versammelten abnahmen, im Sinne des Verstorbenen für die Interessen des Verbandes und zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft zu wirken, wird von den Delegierten nun weiter verkündet werden.

So wie die Arbeiterschaft die Verdienste ihrer Vorkämpfer anerkennt, so wird sie auch bei jedem neuen Verlust, den der unererbte Tod ihr bringt, versprechen, ihre ganze Kraft im Leben im Interesse der Volksbefreiung einzusetzen.

Ein Generalappell des Buchbinderverbandes.

In der Woche vom 14. bis zum 22. März veranstaltet der Buchbinder-Verband im ganzen Reich rund 300 Agitationsver-

Kleines Feuilleton.

Rüstungskapitalistische Logik. Der Schießtechniker Generalleutnant Rohne hat untersucht, welche Arbeitsleistung das Geschöß eines modernen 35,5-Zentimeter-Geschößes mit einer Pulverfüllung von etwa 500 Pfund entwickelt: sie beträgt rund 2000 Meter-tonnen, d. h. die Kraft, die das Pulver entwickelt, reicht aus, um 28 000 Tonnen einen Meter hoch zu heben!

Ein kriegstaugliches Bataillon verfügt über insgesamt 80 000 Gewehrpatronen von je 3,2 Gramm Pulverfüllung als Tagesmunition. Nach der Berechnung Rohnes reichen diese Patronen gerade aus, um damit zwei Geschöße für ein 35,5-Zentimeter-Geschöß zu laden! Verfügt ein Linienschiff über 10 solcher Kanonen, so entspricht die Gesamtmenge seiner Munition, wenn für jedes Geschöß 100 Schüsse vorgesehen sind, der Taschenmunition von 20 deutschen Armeekorps!

Aus diesen Zahlen geht hervor, welche ein fürchterliches Werkzeug ein modernes Linienschiff ist. Aber dennoch: ein einziger Treffer aus einem 35,5-Zentimeter-Geschöß genügt vollständig, um es in die Luft zu sprengen oder zu versenken. Das ist eben rüstungskapitalistische Logik: je größer die Geschöße und Geschütze, um so größer ihre Zerstörungswirkung, um so größer aber auch die Armierung und Verpanzerung der Kriegsschiffe — und endlich um so größer die Rüstungsdividenden! Und diese sind letzten Endes das Ziel aller Kriegsvorbereitung.

Keir Hardie und die Geister. Unser englischer Genosse Keir Hardie erzählt in seinem Blatte „The Pioneer“ eine interessante Geschichte über seinen Verkehr mit den Geistern von Abgeschiedenen. Ein Freund von ihm ist ein begeisterter Spiritist und lud ihn zu einer Sitzung ein.

Konseratismus durchgemauert haben und im Gegensatz zu ihrer früheren Stellungnahme (bei Lezbeien) zu solchen begeisterten Feinden von Home Rule wurden.

Die Mutterliebe des Tieres. Selbst die heiligsten Gefühle bleiben von dem Sektarismus der Wissenschaft nicht verschont. So erfahren wir jetzt, daß die Mutterliebe, die man bisher für den höchsten Trieb der Nächstenliebe hielt, in seiner Urform, in der Tierwelt, ursprünglich nichts weiter bedeutet, als der Wunsch des Muttertieres, Gelegenheit zur Entleerung ihrer Brustdrüse zu erhalten.

Der Rächer von Leinach. Wehe dem Dichter, der es wagt, die Komik der Wirklichkeit in Lachen und Spottlust so zu zeichnen, daß die Wirklichkeit sich ohne Ironie erraten läßt! Und dreimal Wehe, wenn er sie gar selbst bei Namen nennt!

Notizen. Das Gutachten der Akademie des Bauwesens über die Entwürfe zum Neubau des Volkshausparks in Washington ist jetzt endlich im „Zentralblatt der Bauverwaltung“ veröffentlicht worden.

Im Dorf Leinach, Haus für Haus, Wenn ihr wolleet zählen, Morgens früh aufs Betteln aus Geh'n dort alle Seelen;

Et, wenn ihm die Schuhe fehlen, Soll' er sich die Schuhe fehlen. Freilich wohl, allein, ach! Schuhe gibt es nicht zu stehlen, Darfuß gehen alle Seelen In dem Dorfe Leinach.

Seit im Volksschulunterricht auch der Heimat ihr Recht wird, lernen nun sogar im weltverlorenen „Dorf Leinach“ die Abscheulichkeiten, was vor Zeiten ein Großer über ihr irdisches Wesen zu denken beliebte. Daß die Vermengenheit, die sich die Lehrer erlaubten, anfangs nicht ohne lauten Ingrimm hingenommen wurde, läßt sich denken.

Die sitzen zu dreien im „Koch“ und tun sich gültig an einem feurigen Frankenstein. Plötzlich beginnt der Lehrer: Nun, das Rächer-Denkmal sollten sich die Herren heute denn doch einmal ansehen! „Was?“ entgegnete sofort der eine. „Den Kerl, der unser Dorf so schlecht gemacht hat, mag ich nicht ankauf!“

Der Kaiser hat nunmehr die Vorschläge der Akademie, die Architekten Dülfer, Ihne und Möhring zur Einreichung neuer Entwürfe aufzufordern, genehmigt.

Der Kaiser hat nunmehr die Vorschläge der Akademie, die Architekten Dülfer, Ihne und Möhring zur Einreichung neuer Entwürfe aufzufordern, genehmigt, das Auswärtige Amt hat den 31. Mai dieses Jahres als Endtermin festgesetzt, und nun erhält auch die Öffentlichkeit die Erlaubnis, das Gutachten der Akademie des Bauwesens kennen zu lernen.

Die königliche Bibliothek wird wegen Umstellung größerer Bücherbestände vom 20. März bis vierzehn Tage nach Ostern geschlossen.

sammungen. Nahezu überall dort, wo der Verband einige Verbindungen mit dem feinsten Zuständigkeitsgebiet unterstehenden Berufsgruppen und -genossinnen hat, werden Versammlungen stattfinden, in denen die Referenten über: „Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation“ sprechen werden. Eine lebhaftige Agitation ist im Gange, um diese Versammlungen zu einer Heereschau über die dem Verbande bereits angeschlossene Arbeiterschaft zu gestalten, aber auch, um die große Zahl der noch abseits Stehenden für sie zu interessieren. Das letzte Jahr ist das erste seit langer Zeit gewesen, das ihm keine Zunahme an Mitgliedern brachte. Die überaus laue Geschäftslage, die — vornehmlich in der Kartonnagenbranche — schon eine Reihe Zusammenbrüche gewerkschaftlicher Unternehmungen brachte, ist die Ursache dieser nicht angenehmen Erscheinung.

In den 200 Agitationsversammlungen des Buchbinderverbandes soll den Berufangehörigen der Weg gezeigt werden, der zu einer Milderung der aus dieser Sachlage geborenen Notstände in den einzelnen Haushaltungen führt. Mehr als 33.000 Berufsgenossen und -genossinnen sind dem Buchbinderverbande heute angeschlossen. Fast die dreifache Anzahl könnte es aber sein. Durch die statistischen Erhebungen, die der Verband im November 1910 veranstaltet hat, wurden über 60.000 Berufsgenossen in 6602 Betrieben ermittelt. Wenn an dieser Zahl auch einige Abstriche gemacht werden müssen, weil verschiedene dieser Berufsgenossen für die Organisation nicht in Betracht kommen können, dann bleibt doch noch eine so große Zahl Indifferenter übrig, daß man es wohl verstehen kann, wenn der Buchbinderverband alle Anstrengungen macht, in das Meer dieser Unorganisierten einzudringen. Deshalb ergeht auch an die gesamte Arbeiterschaft das Ersuchen, alle ihre Bekannten, die in Betrieben arbeiten, welche dem Organisationsgebiet des Buchbinderverbandes angehören, auf dessen Agitationsversammlungen aufmerksam zu machen und zum Besuche dieser aufzumuntern. Vornehmlich richtet sich dies Ersuchen an die organisierten Arbeiter, ihre Frauen und Töchter zu veranlassen, dem Rufe des Buchbinderverbandes zu folgen.

Städtische Arbeiterauswahl in Zittau.

In Zittau fanden zum ersten Mal die Wahlen zu einem von der Stadtverwaltung eingesetzten Arbeiterausschuß statt. Dabei liegt die Liste der Kandidaten des Staats- und Gemeindefacharbeiterverbandes trotz einer von den Gegnern und Unorganisierten aufgestellten Liste. Der rühmlichst bekannte Oberbürgermeister Dr. Kütz in Zittau wird daran wenig Gefallen finden.

Gegen den staatlichen Gebärzwang.

Gegen die Absicht, im vermeintlichen Interesse der Volksmehrheit den Betrieb der empfängnisverhütenden Mittel zu verbieten, protestierte eine vom Groß-Berliner Zentralverband einberufene Volksversammlung, die am Dienstag unter ungeheurem Andrang in Obiglos Festsaal in der Kopenstrasse tagte. Drei Referenten behandelten das Thema nach verschiedenen Gesichtspunkten, aber darin übereinstimmend, daß ein Gesetz, wie es der Initiativantrag der bürgerlichen Parteien fordert, unbedingt zu verwerfen ist.

Der erste Referent, Reichstagsabgeordneter Brey, führte aus: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es jedermanns eigene Sache ist, ob und wie er in seiner Familie die Geburten regeln will. Daran werden weder Versammlungsbeschlüsse noch Gesetze etwas ändern. Würde das Gesetz, was der Initiativantrag verlangt, dann reicht die polizeiliche Reglementierung und Ueberwachung bis in die Schlafkammer. Hinter dem Antrage steht die bürgerliche Mehrheit des Reichstages; er wird also wohl angenommen werden. Wir protestieren gegen ein derartiges Gesetz, weil es einen schmachvollen Eingriff in die persönliche Freiheit darstellt und weil es als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse wirken muß. Die Frauen der Besten werden auch nach Erlaß des Gesetzes in der Lage sein, sich die Mittel zu beschaffen, die es ihnen ermöglichen, nicht mehr Kinder zu bekommen als sie haben wollen. Aber die Arbeiterfrauen, denen diese Wege verschlossen sind, werden sich in den Schlingen des Gesetzes fangen. Das Gesetz wird nicht die Wirkung haben, daß sich die Geburten vermehren und die Bevölkerung so zahlreich wird wie der Sand am Meer, aber es wird einen ungeheuren Mangel an Kindern zeitigen: Die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten, denn gegen die Ansteckungsgefahr schützen ja auch die Mittel, welche die Empfängnis verhüten. Die Befürworter eines solchen Gesetzes reichen bis weit in die bürgerliche Linke hinein. Dadurch wird die Situation gekennzeichnet. Da das Gesetz wohl nicht verhindert werden kann, so wird uns Sozialdemokraten die Aufgabe zufallen, wenigstens die schlimmsten Bestimmungen desselben zu beseitigen. Also große Aussicht auf Erfolg haben wir allerdings nicht. Bei der Bekämpfung dieses Gesetzes stehen die Männer der Wissenschaft fast ohne Ausnahme auf unserer Seite. Sollte das Gesetz zustande kommen, dann tragen die Urheber desselben die Verantwortung für die schlimmen Folgen, welche ein derartiges Gesetz verurteilt. Um dem Geburtenrückgang Einhalt zu tun, sind andere Mittel nötig: Soziale Reformen, die wir verlangen, die aber die bürgerlichen Parteien immer abgelehnt haben. (Lebhafte Beifälle.)

Stadtoberordneter Dr. Silberstein war der zweite Referent. Er beleuchtete die Frage hauptsächlich vom Standpunkt des Kindes. Er sagte unter anderem: Neben den wirtschaftlichen und sozialen Ursachen wirken auch die Geschlechtskrankheiten auf den Rückgang der Geburten hin. Verboten man die Mittel, welche nicht nur die Empfängnis verhüten, sondern auch vor Ansteckung schützen, so trägt man zur Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten und damit zur Verminderung der Geburten bei. Ein solches Gesetz hat aber noch andere Schattenseiten. Wenn es einem großen Teil der Bevölkerung unmöglich gemacht wird, empfängnisverhütende Mittel zu bekommen, dann werden die Eheverhältnisse eingeschränkt werden, die Prostitution aber wird sich noch weiter ausbreiten. Auch die kriminellen Aborte werden sich vermehren. Die arbeitende Bevölkerung hat keine Veranlassung, Kinder in unbeschränkter Zahl zu produzieren, damit sie auf dem Schlachtfelde der Arbeit und des Krieges niedergemäht werden können. Es sind faule Nebenarten, wenn behauptet wird, die Geburtenreduktion habe uns einen Rückgang der Bevölkerung gebracht. Es steht fest, daß es nach 150 Jahre so wie bisher weitergehen kann, ehe ein Stillstand der Bevölkerungszahl eintritt. Wer die Vermehrung der Bevölkerung will, der muß Maßnahmen zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit und der Tuberkulose verlangen. Wir können uns vom Standpunkt des Professors Wagners anschließen: „Will die Regierung einen größeren Kinderreichtum, dann soll sie die Steuern herabsetzen oder einen Teil der Kinder auf Staatskosten erziehen lassen.“ — Die Gesetzentwürfe stellt sich hier als eine Ausgeburt der Unvernunft. (Lebhafte Beifälle.)

Luisa Brey, die als dritte Referentin sprach, bezeichnete es als eine Ungeheuerlichkeit, daß man eine Erscheinung, die in unseren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen wurzelt, aus

der Welt schaffen will, indem man empfängnisverhütende Mittel verbietet und gewissermaßen jedem einen Volkgisten zur Seite stellen will, der über die Durchführung derartiger Vorschriften zu wachen hat. Wenn wir das von der bürgerlichen Mehrheit verlangte Gesetz bekommen, so würde der polizeiliche Schnüffel und dem Demunziantentum Tür und Tor geöffnet werden. Polizeibüffel vor! Strafschüler vor! So rufen alle Rückwärtler und der Ruf kommt von denen, die auf dem Gebiet der Sozialpolitik die Ursachen geschaffen oder doch verstärkt haben, auf welche die Furcht eines großen Teils der Bevölkerung vor einem reichen Kindersegen zurückzuführen ist. Gerade wir sind berechtigt, gegen den staatlichen Geburtenzwang zu protestieren, denn wir haben stets betont, daß es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die die eigentümlichste Sache jedes einzelnen ist und in die niemand, am allerwenigsten der Gesetzgeber und der Polizeibüffel, hineinzureden hat. — Scharf und treffend polemisierte die Rednerin gegen den Standpunkt, den Raumann im „Berl. Tagebl.“ vertreten hat. Dann führte sie aus, daß die verurteilten Wirkungen der kapitalistischen Produktion mit ihren in sozialer und gesundheitlicher Hinsicht verderblichen Folgen die eigentlichen Ursachen des Geburtenrückganges sind. Der Kapitalismus hat das Familienleben gelockert, die Elternfreundlichkeit, die Freude der Frau am Kinde erlöset. Da soll nun der Büffel helfen. Doch das ist ein verächtliches Mittel. Helfen können nur durchgreifende soziale Reformen. Die Rednerin begründet dieselben im einzelnen und schließt: Wir wissen, daß mit der Durchführung dieser Reformen, so wertvoll sie auch sind, noch nicht allen Frauen die Möglichkeit gegeben ist, Mutterglück zu genießen. Das wird in vollem Maße erst in der sozialistischen Gesellschaft möglich sein. Aber unsere Reformen können viel helfen. Wenn Raumann und seine Freunde nach dem Polizeibüffel rufen, so sagen wir: Her mit durchgreifenden sozialen Reformen; wir werden uns aus eigener Kraft helfen. (Lebhafte Beifälle.)

Als einziger Diskussionsredner sprach Dr. Alfred Bernstein, der sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden erklärte.

Eine Protestresolution wurde einstimmig angenommen und die Versammlung vom Vorsitzenden Eugen Ernst mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Die Resolution lautet:

Die am 3. März in „Obiglos Festsaal“ Versammelten erheben den schärfsten Protest gegen: „den Entwurf eines Gesetzes betreffend den Verkehr mit Mitteln zur Verhinderung von Geburten“.

Sie sehen in dem geforderten Gesetz einen unerträglichen Eingriff in die persönliche Freiheit des einzelnen, der sich zudem in der Praxis zu einer scharfen Klassenmaßregel gegen die Verfallenen gestalten würde. Die geforderten Geburtenbestimmungen werden keineswegs den Geburtenrückgang hemmen, wohl aber schwere gesundheitliche und moralische Gefahren für die Bevölkerung mit sich bringen.

Die Versammelten halten eine Einschränkung des Geburtenrückganges nur für möglich durch weitgehende soziale Reformen, die geeignet sind, den materiellen und geistigen Aufstieg der Arbeiterklasse zu erleichtern. Dazu gehören:

- 1) Ein gründlicher Ausbau des Arbeiterinnenschutzes, insbesondere eine Verkürzung der Arbeitszeit für Jugendliche und Frauen; Schutz vor dem Einfluß gewerblicher Gifte auf den Organismus der Arbeitenden, Schutz vor schädlichen Arbeitsmethoden und Arbeitsarten.
- 2) Weitgehende Erweiterung des gesetzlichen Schutzes und der Fürsorge für Mütter und Säuglinge.
- 3) Staatliche und kommunale Einrichtungen, die der arbeitenden Frau die Mutter- und Hausfrauenpflichten erleichtern: Schulpflicht, Errichtung von kommunalen Kindergärten, Kinderhorten usw.
- 4) Verbilligung der Lebensmittel durch Abbau der Zölle und indirekten Steuern und Beschaffung von Lebensmitteln durch die Kommunen.
- 5) Wirksame Wohnungsreform.
- 6) Sicherung eines freien Koalitionsrechts als Mittel zur Erringung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen.
- 7) Ein demokratisches Wahlrecht für alle volljährigen Staatsbürger beider Geschlechter zu allen gesetzgebenden und öffentlichen Verwaltungskörperschaften als Mittel zu ihrer wirklichen Interessvertretung.

Gerichtszeitung.

Ein Erpresser als Kläger.

Eine Privatklage wurde beschäftigt gestern mehrere Stunden lang das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Böllner. Als Kläger trat der Kaufmann Artur Seefeldt gegen die Verkäuferin Martha Voelker auf.

Bei dem Kläger, der mehrere Konfitürengeschäfte betreibt, war vor längerer Zeit die jetzige Beklagte als Verkäuferin angestellt. Wie diese behauptet, habe er sie, trotzdem er verheiratet ist, fortgesetzt mit Liebesanträgen verfolgt und sie auch eines Tages mit Wein und Sekt betrunken gemacht. Er habe ihr dann versprochen, sich von seiner Frau scheiden zu lassen und sie zu heiraten. Auf diese Weise habe er es verstanden, sie völlig unter seinen Einfluß zu bringen, habe auch erfahren, daß sie in Beziehungen zu einem sehr wohlhabenden Sanitätsrat stehe und habe ihm auch eine Reihe Liebesbriefe, die dieser an sie geschrieben habe, gezeigt. Wie der vor Gericht als Zeuge benommene ältere Herr unter seinem Eide erklärte, habe er von diesem Augenblick an keine ruhige Minute mehr gehabt. Offenbar von Eifersucht und gleichzeitig Dabühlig getrieben, habe ihm der Kläger in einer fürchterlichen und fast schon grausam zu nennenden Weise zugesetzt. Eines Tages habe während seiner Abwesenheit in seiner Wohnung ein Mann telephonisch angerufen, der sich als „Detektiv Neumann“ ausgegeben habe, der aber nach seiner festen Ueberzeugung der Kläger Seefeldt gewesen sei. Dieser habe seiner Gattin mitgeteilt, daß er sich mit der Beklagten in der Potsdamer Straße getroffen habe. Als er, Zeuge, nach Hause kam, habe ihm seine Frau eine fürchterliche Szene bereitet. Von nun an habe der „Detektiv Neumann“ fast täglich bei seiner Frau angeklingelt, so daß er aus der Aufregung gar nicht mehr herauskommen sei. Da er zu dieser Zeit von den Beziehungen des E. zu Frau A. noch nichts wußte, habe er sich sogar mehrfach an ihn gewandt und ihn gebeten, der B. Urlaub zu geben, um mit ihr eine Reise zu unternehmen. Am Abend habe dann seine Frau schon wieder gewußt, daß er betrogen wurde. Ihm sei schließlich ganz unheimlich zumute geworden, da seine Frau über die intimsten Angelegenheiten, über Ausgaben und Gehehen, ja sogar über den Inhalt seiner Briefe genau informiert gewesen sei. Der „Detektiv Neumann“ habe förmlich wie ein Geistes in seinem Hause herumgesperrt. Schließlich kam er dahinter, daß die B. zu Seefeldt in Beziehungen getreten war und diesem alles erzählt. In derselben Zeit trat auch E. mit Darlebensgelegen an ihn heran. Dr. B. ließ sich auch bestimmen, durch Rechtsanwalt Bremer 1250 M. als Darlehen an den Privatkläger zahlen zu lassen, der kurz vorher den Offenbarungseid geleistet hatte. Nach Zahlung des Geldes hatte Dr. B., wie er bekundete, sechs Wochen Ruhe. Kurz vor Weihnachten 1910 meldete sich plötzlich der „Detektiv Neumann“ wieder am Telephon und bei der Frau Rätin drei kompromittierende Briefe ihres Gatten für 200 M. zum Kaufe an. Einige Tage später erschien bei dem Rechtsanwalt Billner, dem Anwalt der Frau, ein Mann und bot zwei dieser Briefe zum Kaufe an. Der Anwalt erkannte sofort, daß der Un-

terratententel vorantw.: Th. Wlad. Berlin. Frau u. Verlag. Vorwärts

terratententel vorantw.: Th. Wlad. Berlin. Frau u. Verlag. Vorwärts

terratententel vorantw.: Th. Wlad. Berlin. Frau u. Verlag. Vorwärts

terratententel vorantw.: Th. Wlad. Berlin. Frau u. Verlag. Vorwärts

35 000 M. unterschlagen.

Am eine raffinierte Fälschung einer Quittung über 35 000 M. handelt es sich bei einer Anklage, die gestern in einer ganzen Tagessitzung die 11. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Esche beschäftigte. Unter der Anklage der Fälschung einer Quittung über 35 000 M. und der rechtswidrigen Aneignung dieser Summe zum Schaden der Kommerz- und Diskontobank steht der Bankbeamte Otto Thiele, ein in sehr geordneten Verhältnissen lebender, verheirateter Mann, der sich Strafbares in seinem Leben noch nie hat zuschulden kommen lassen. Er war zehn Jahre lang in der Depositenkasse F. F. der Kommerz- und Diskontobank in der Chausseestrasse zuerst als Hilfskassierer, dann als Hauptkassierer tätig, ist infolge der in der vorliegenden Strafsache gegen ihn ausgesprochenen Verdächtigung freiwillig aus der Bank ausgeschieden und bekleidet seitdem eine Vertrauensstelle bei einer anderen Großbank.

Der Angeklagte bestritt entschieden, mit der Strafsache irgendwie in Beziehung zu stehen und hat umfangreichen Entlastungsbeweis angetreten. Die Verhandlung wird voraussichtlich mehrere Tage dauern. Neben den Anwälten wird berichtet.

Die ruhende Rumphe.

Der Inhaber der Volksbühnen-Buchhandlung stand im September v. J. wegen Feilhaltens unzüchtiger Abbildungen vor Gericht, weil er eine Reproduktion von Feuerbachs „Ruhender Rumphe“ im Schaufenster ausgestellt hatte. Die Verhandlung ist damals vertagt worden, weil die Staatsanwaltschaft Sachverständige dafür laden wollte, daß das Material und die Ausführung der im Jugendverlag erschienenen Reproduktion derart sei, daß beim Betrachten nicht ein künstlerisches Empfinden ausgelöst, sondern lediglich die Ueberzeugung erweckt werde, es solle unter dem Deckmantel der Kunst durch den nackten Frauenkörper die Sinnlichkeit des Betrachters erregt werden. Für die am 7. d. M. wiederum anberaumte Hauptverhandlung hat die Staatsanwaltschaft den Polizeirat Prof. Brunner, ferner Dr. Stork von der Zeitschrift „Der Thürmer“ und den Rektor Engel als Leiter des Städtischen Schulinstituts geladen; außerdem den Direktor der Photograph.-A. G. zur Beurteilung der Frage, ob die Reproduktion eine künstlerische ist. Auf Veranlassung der Verteidigung sind als Sachverständige die Herren Karl Scheffler, Dr. Peri und Rektor Bregel geladen.

Turnen eine Anregung zu Gewalttätigkeiten?

Vom polnischen Kriegsschauplatz ist abermals ein juristisches Turnfeststücken zu melden. Der Redakteur Joseph Balkowiat hatte sich vor dem Landgericht Posen am 26. September wegen Anreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten zu verantworten. Und das deshalb, weil er in seinem polnischen Blatt „Die Dämmerung“ der akademischen polnischen Jugend vorgehalten hatte, daß sie zu wenig Sport und Leibesübungen treibe, sie solle sich an den turnerischen Bestrebungen der preussischen Jugend ein Beispiel nehmen. Sonst könnte es, wenn es einmal nötig werde, auf polnischer Seite an einem kräftigen Arm fehlen. Gesundheit, Kraft und Munterkeit einer Nation seien die Hauptbedingungen. Die Staatsanwaltschaft nahm an, da der Inhalt des Artikels die Hoffnung auf Wiedererreichung des Polenreichs durchglübe und in dem Artikel zum Ausdruck gelange, daß dies Ziel vielleicht nur mit Waffengewalt zu erreichen sei, so würden hier verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten angereizt. Das Gericht gelangte aber zu einer Freisprechung. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Der Reichsanwalt verlangte, ihr stattzugeben, da in dem Artikel auf die Möglichkeit eines Kampfes zwischen Polen und Preußen angedeutet sei. Das ging dem Reichsgericht denn doch zu weit. Es verworf am Dienstag die Revision.

Der „böse Blick“.

Als dem Frankensache, 3. März. Wie sehr Regenwahn und Aberglaube in den Frankensaltdörfern noch verbreitet sind, zeigte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht zu Kronach. In Pöffel wurde die Familie des Wäfflers Scharbel seit Jahren vom ganzen Dorfe gemieden, weil sie den „bösen Blick“ haben sollte und Mensch und Tier ein Leid anheben könne. Die Familie Scharbel hatte unter diesem Gerüchte schließlich zu leiden. Einmal bekam der Landwirt Elmer einen Streit mit Scharbel und sagte ihm dabei in den kräftigsten Ausdrücken, was man sich in der ganzen Gegend über ihn und seine Angehörigen erzählt. Das Gericht beurteilte Elmer mit Rücksicht auf den großen moralischen und finanziellen Schaden, den die Familie Scharbel durch solch Gerüchte erleide, wegen Verleumdung zu 100 M. Geldstrafe.

Wasserstands-Nachrichten

bet. Landesamt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	3.	2. 3.		3.	2. 3.
Remel, Mühl	311	-3	Saale, Großh.	182	-3
Regel, Ansbere	187	-9	Saale, Dambau	90	-2
Widder, Thorn	229	-1	Kathenow	91	+3
Ober, Rathor	232	-23	Spree, Ehrenberg	98	+1
Kroiten	251	+9	Spree, Menden	128	-1
Frankfurt	229	+14	Spree, Menden	252	-1
Wartze, Schimm-	204	+2	Spree, Menden	298	-10
Landsh.	146	-1	Rhein, Darmhansau	280	-2
Rege, Borsdam	35	+1	Rhein	289	-13
Silbe, Zeimertz	149	-17	Rhein	292	-19
Preßden	46	-17	Regar, Heilbronn	115	-5
Borbe	337	+9	Rhein, Hanau	234	-8
Roggeburg	273	+7	Rhein, Lier	144	-3

1) + bedeutet Hoch, - Fall. - *) Unterpostel. - *) Zeitliches Streben.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW.

Arbeiterinnen, sorgt für eine würdige Demonstration am Frauentag!

Mord oder Selbstmord.

Die Tragödie, die sich am 18. Oktober v. J. zwischen einem jungen Mädchen und einem Unteroffizier im Grünauer Forst abgespielt hat, bildete den Gegenstand einer Verhandlung gegen den Unteroffizier Ernst Kust von der 6. Kampagne des Königin-Augusta-Garde-Grenadier-Regiments, die am Mittwoch begann. Kust ist angeklagt, seine Geliebte, die 19jährige Herta Johneleit, die Stieftochter des Porzellanmalers Haag, durch einen Revolverbeschuss getötet zu haben.

Der Angeklagte bestritt, seine Geliebte erschossen zu haben. Diese hätte sich vielmehr selbst den Tod gegeben. Sie habe sich längere Zeit mit Selbstmordgedanken getragen und bereits mehrfach Selbstmordversuche gemacht. Aus einem Kohlenbrieff der Johneleit an den Unteroffizier, der unmittelbar vor der Tragödie geschrieben wurde, geht auch hervor, daß sich das Mädchen mit Todesgedanken getragen und ihren Geliebten aufgefordert hat, gemeinsam mit ihr in den Tod zu gehen. Sie hat Kust auch, zu diesem Zwecke einen Revolver zu kaufen.

Andererseits legt der Umstand, daß die Johneleit ihren Tod durch einen Schuß in die linke Schläfe gefunden hat, obwohl sie rechts-handed ist, und das ganze Verhalten des angeklagten Unteroffiziers sowie seine vielfach widersprüchliche Darstellung des Vorganges den Verdacht nahe, daß Kust seine Geliebte erschossen habe. Vielleicht in der Absicht, sich später selbst zu töten, wogegen dann wahrscheinlich der Mut gefehlt hat. Die beiden sachverständigen Gerichtsärzte erklären es für höchst unwahrscheinlich, daß ein rechts-handeder Mensch sich durch einen Schuß in die linke Schläfe tötet. Auch scheint der Schuß in einiger Entfernung von der Schläfe abgefeuert worden zu sein. Ebenso sei die Darstellung des Angeklagten, daß seine Geliebte nach dem Schuß noch 400 Meter weit in den Wald gelaufen sei und sich dort versteckt habe, gänzlich unwahrscheinlich, da die Verletzung eine tödliche gewesen war. Immerhin erklärte der eine Sachverständige die Möglichkeit eines Selbstmordes nicht für gänzlich ausgeschlossen.

Der Angeklagte selbst macht einen recht unsympathischen Eindruck. Er erklärt, daß er das Mädchen nicht habe heiraten, im Gegenteil gerne los sein wollen. Mit dem Selbstmord ist es ihm nach seinem eigenem Geständnis nicht ernst gewesen, obwohl er tatsächlich den Revolver kaufte und mit zu dem Stellwächter in den Grünauer Forst brachte, von dem die tödliche Wunde des Mädchens stammt. Auch hat der Angeklagte den Stiefvater des Mädchens erst zwei Tage nach dem Vorfall Mitteilung von dem angeblichen Selbstmordversuch gemacht. Dem Stiefvater gegenüber behauptete er, die Verlechte sei nach ihrer Verwundung in das Dichticht gelaufen, so daß er sie nicht habe finden können. Bei dieser Mitteilung soll er ruhig seine Zigarre geraucht haben.

Das Opfer der Tragödie wird von den Eltern als leicht erregbar und etwas überspannt geschildert. Es habe viele Liebesromane gelesen und gerne die Kinos besucht. Ihr Brief an Kust zeugt denn auch von einer gewissen Ueberpanntheit.

Laubenzolonisten und Generalpächtertum.

Seit Jahren führen die Laubenzolonisten einen heftigen Kampf gegen die Generalpächter, die für die Laubenzolonisten ein wahres Martyrium bilden. Ausbeutungsgier gepaart mit Selbstherrlichkeit und Willkür sind die Kennzeichen des Generalpächtertums. Wer das Bier nicht vom Generalpächter bezieht, wer sich bei dem Allgewaltigen mißliebig macht, kurz, wer sich nicht alles ruhig gefallen läßt, wird unarmbarbzig von seinem Laubenzolonisten gemordet, wodurch dem Laubenzolonisten großer Schaden zugefügt wird. Wir haben seit Jahren gegen die Ausbeutung der Laubenzolonisten Sturm gelaufen und die Praktiken bestimmter Generalpächter an den Pranger gestellt. Besonders heftig war der Kampf der Laubenzolonisten gegen die Generalpächterin des Böhawischen Geländes, Frau Vina Keucher, der sich im Oktober vergangenen Jahres abspielte. Die Pächter besaßen sich über große Härten, Ungerechtigkeiten und Ueberwertung, ohne daß es ihnen möglich gewesen wäre, von dem Kommerzienrat Böhaw Abhilfe zugefügt zu erhalten. Die erregten Kolonisten gründeten den Pflanzerverein „Nordring“, prompt erhielten die Mitglieder des Vorstandes die Kündigung zugesandt. Alle unternommenen Schritte der Kolonisten, eine Einigung zu erzielen, scheiterten, weil Frau Keucher jede Verhandlung in der schroffsten Weise ablehnte. Die Mitglieder des neugegründeten Vereins beschloßen, gemeinsam mit den gemäßigten Vorstandmitgliedern diese Generalpächterin zu verlassen und eine neue Kolonie ohne Generalpächter zu gründen. Ein passendes Gelände war bald gefunden und 81 Pächter, zu denen noch 30 bis 40 hinzugekommen waren, verpflichteten sich unterschrieben, ihre Parzellen der Generalpächterin zur Verfügung zu stellen.

Hätte man auf jener Seite der Zuversicht gelebt, durch die Kündigung des Vorstandes unter den Pächtern Furcht und Schrecken verbreiten zu können, so sah man sich angezogen dieses Ergebnisses fürchterlich enttäuscht. — Der Verein der Generalpächter — mit Herrn Lange an der Spitze — (es ist dies derselbe Herr Lange, der s. Zt. von den städtischen Wasserwerken befehligt wurde, daß er für das an seine Pächter weitergegebene Leitungswasser sich nicht zubiel bezahlen lassen dürfe) trat nun in Aktion. — Der Besitzer des von dem Pflanzerverein in Aussicht genommenen Geländes, auf das bereits eine Anzahlung von 600 M. geleistet worden war, erklärte in letzter Stunde, er könne dem Verein das Land nicht verpachten, weil es angeblich ein sozialdemokratischer Verein sei. Wer ihm diese wissenschaftliche Behauptung zugehört hat, kann nach dem bereits Gesagten wohl kaum zweifelhaft sein. Hinzu kommt noch, daß nach der Aussage eines Mannes, der es wissen muß, die Generalpächterin sämtliches freie Land, das für den Pflanzerverein im Nordosten der Stadt in Betracht kommen konnte, aufgeschleppt haben, um die Pächter zu zwingen, auf Kolonie „Nordring“ zu bleiben und sich auf Gnade und Ungnade ihrer Generalpächterin zu übergeben. Damit war es aber noch nicht genug! Die Brauerei Engelhardt kam den Kolonisten soweit entgegen, daß sie Gespanne zur Verfügung stellte, welche den Umzug nach der neuen, vom Verbands der Laubenzolonisten gepachteten Kolonie bewerkstelligen sollten; doch schon am zweiten Sonntag lieferte die Brauerei keine Gespanne mehr, weil, wie ein Gerücht u. a. melden weiß, ihr mit Entziehung

der Rundschaft gedroht worden sei. Aber auch diesen Schlag verstand der Verband der Laubenzolonisten, dem sich der neugegründete Pflanzerverein sofort angeschlossen hatte, spielend abzuwehren, indem die Fuhrwerke einer Expeditionsfirma bestellt wurden und außerdem auch die Brauerei Gabriel u. Richter jeden Sonntag Gespanne gratis zur Verfügung stellte.

Und nun ist das Werk vollbracht, die Vereinsmitglieder sind heruntergezogen, und wer jetzt einen Spaziergang durch die Kolonie „Nordring“ unternimmt, ist erstaunt über die vielen freien Flächen, denn mehr als 70 Kolonisten dürften den Staub von den Füßen geschüttelt haben. Aber schon hat sich eine Anzahl weiterer Pächter gemeldet, die zu ihrem eigenen Bedauern nicht in der Lage waren, sofort die Konsequenzen zu ziehen, die aber noch in diesem Jahre dem Beispiel ihrer Kollegen folgen und es der Frau Vina Keucher überlassen werden, die Pacht für ihre Kolonie allein aufzubringen. Die ausgezogenen Pächter freuen sich, das Joch der „energischen“ Generalpächterin abgeschüttelt zu haben. Sie werden als freie Menschen auf freiem Boden frei reden, schalten und walten, von keinem Buderer bedrückt, von niemandem beschön, sondern von gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Vertrauen besetzt, die neugegründete Vereinskolonie zu einer wirklichen Erholungsstätte für sich und ihre Angehörigen zu gestalten wissen.

Im Staatsauschuß der Stadtverordnetenversammlung am Montag brachten unsere Genossen die Stellung der Grundeigentumsdeputation zu den Vereinen der Laubenzolonisten zur Sprache. Unsere Genossen betonten, daß die Stadt bei den Verpachtungen von Laubenzolonien sich mehr von sozialen als von fiskalischen Gesichtspunkten leiten lassen möge; man solle den Grundsätzen der Laubenzolonisten mehr entgegenkommen bei Verpachtungen zeigen als das bisher zu konstatieren sei. Vom Magistratsvertreter und dem zuständigen Dezerementen wurden zunächst verschiedene Behauptungen zurückgewiesen, die gegen die Grundeigentumsdeputation erhoben worden waren. Ausgesprochen wurde aber, daß auch die Vereine von Laubenzolonisten bei Verpachtungen berücksichtigt worden seien und in Zukunft berücksichtigt werden sollen. Man werde außerdem sich noch näher mit der Angelegenheit beschäftigen. An Entgegenkommen wolle man es aber nicht fehlen lassen.

Parteiangelegenheiten.

Wieder Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr finden für die jungen Mitglieder des Wahlvereins im Alter von 18 bis 21 Jahren zwei Versammlungen statt. Für Stadtteil Süd-Ost: Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147, Vortrag des Genossen H. Seidel über „Bildungsarbeit“. Für den Stadtteil Ost: Bei Siegel, Gr. Frankfurter Str. 30, Vortrag des Genossen E. Eichhorn über „Entwicklung und Entwicelung der Sozialdemokratie“.

Neukölln. Wegen Behinderung des Genossen J. Schulz muß für die Teilnehmer des Kurses „Redebungen“ die heutige Stunde ausfallen; dieselbe findet am Donnerstag, den 12. März, statt.

Tempelhof. Freitag, von den bekannten Stellen aus, Flugblattverbreitung.

Lichterfelde. Am Freitagabend: Allgemeine Flugblattverbreitung zu dem am Sonntag um 12 Uhr bei Wahrensdorf stattfindenden Frauentag.

Britz. Heute Donnerstag, den 5. März, 7 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Halensee. Heute Donnerstagabend bei Rische, Seefener Str. 54 Flugblattverbreitung.

Bezirk Stralau. Freitagabend 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Weißensee. Heute Freitagabend von 7 1/2 Uhr ab: Flugblattverbreitung zum Frauentag von allen Gruppenlokalen aus.

Nieder-Schöneweide. Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Wirtschaftshaus „Voreh“, Berliner Straße 101: Öffentliche Einwohnerversammlung. Tagesordnung: 1. „Sozialdemokratische Gemeindepolitik.“ Referent Genosse Ernst Obst-Schöneberg. 2. Bericht unserer Gemeindevertreter. Referent Genosse Paul Bengisch. 3. Diskussion.

Schmargendorf. Zu der am Dienstag, den 10. März, stattfindenden Gemeindevertreterwahl gibt der Vorstand bekannt: Da uns am Orte Hausbesitzer nicht zur Verfügung stehen, ist strengste Wahlenthaltung zu üben. Im Restaurant Schützenhaus, Hundeshofstraße 20, findet am Sonntag, den 7. März, ein Wintervergügen statt. Anfang 9 Uhr. Zum Frauentage wollen sich die Genossinnen den Versammlungen in Steglitz oder Wilmersdorf anschließen.

Teltow. Sonntag, den 8. März, vormittags 10 Uhr, beginnt im Lokal von Bonow der Kursus über: „Die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung.“ Wer an demselben teilnehmen will und sich noch nicht in die Liste eingetragen hat, muß pünktlich zur festgesetzten Zeit erscheinen.

Reinickendorf-Ost. Die Verbreitung der Flugblätter findet der öffentlichen Versammlung wegen bereits um 1/2 8 Uhr von den bekannten Stellen aus statt.

Berliner Nachrichten.

Schulenschluß wegen Diphtherie.

Die 171. Mädchen-Schule, Kasanienallee 85, ist vor einigen Tagen bis auf weiteres geschlossen worden. Als Grund wurde angegeben, daß unter den Kindern dieser Schule eine Häufung der Erkrankungen an Diphtherie eingetreten sei. Einige Zeitungen (nicht auch der „Vorwärts“) brachten die Mitteilung, es handle sich um 40-50 Diphtheriefälle. Hierzu äußert sich jetzt das Nachrichtenamt des Magistrats folgendermaßen:

Diese Mitteilung trifft insofern nicht zu, als bis zum Tage des Schlußes in der ganzen Schule nur acht Diphtherieerkrankungen festgestellt worden sind. Hiervon entfallen vier Fälle auf eine einzige Klasse. Von dem zuständigen Schularzt in Verbindung mit dem städtischen Untersuchungsamt alsbald eingeleitete Ermittlungen ergaben, daß in dieser Klasse außerdem noch zehn gesunde Bazillenträger vorhanden waren und acht Kinder aus unbekannter Ursache fehlten. Unter diesen Umständen war es schon in Rücksicht auf den Unterricht, angezeigt, die Klasse zu schließen. In der übrigen Schule sind nur vier weitere Diphtheriefälle bekannt geworden. Wenn trotzdem der Schluß auf die ganze Schule ausgedehnt worden ist, so geschah dies lediglich aus Gründen ganz besonderer Vorsicht, und zwar wesentlich deshalb, weil in einer Reihe von Klassen zahlreiche Kinder fehlten.

Wir halten die „ganz besondere Vorsicht“ für sehr loblich. Sie war nötig, auch wenn unter den Kindern dieser Schule nicht schon

40-50 Diphtheriefälle, sondern erst „nur 8“ festgestellt worden sind. Die Gefahr einer Weiterverbreitung der Diphtherie droht der Schule übrigens hauptsächlich von den „Bazillenträgern“, die zwar selber nicht erkranken, aber die Ansteckung auf andere Kinder übertragen. Diese „Bazillenträger“ rechtzeitig zu ermitteln und schleunigst vom Schulbesuch auszuschließen, sind die Schularzte unausgesetzt bemüht. Leider hat aber das allein nicht immer genügt, Diphtherieepidemien zu unterdrücken. Als im Januar die Schulen in der Kufbuser Straße wegen Diphtherie geschlossen worden waren, fragten wir, ob nicht diese Maßregel angefaßt der bereits seit mehreren Wochen beobachteten Häufung von Erkrankungen und Sterbefällen schon früher hätte notwendig erscheinen können. Damals antwortete der Magistrat, bei der Bekämpfung der Diphtherieepidemien sei die Schließung ganzer Schulen nicht die Hauptsache. Wir wiesen dann darauf hin, daß auch in der Mädchen-Gemeinschaft an der Straßmannstraße in letzter Zeit eine bedrohliche Häufung von Diphtherieerkrankungen beobachtet worden sein sollte. Ein paar Wochen später wurde auch diese Schule geschlossen. Aus der „ganz besonderen Vorsicht“, mit der die Schule an der Kasanien-Allee schon nach „nur 8“ Diphtherieerkrankungen geschlossen worden ist, kann man vielleicht folgern, daß an maßgebender Stelle jetzt doch wieder die schleunige Schließung ganzer Schulen für das Beste gehalten wird.

Der Sommerfahrplan der Eisenbahndirektion Berlin. Der Sommerfahrplan der Eisenbahndirektion Berlin vom 1. Mai bringt in seinem ersten Entwurf keine durchgreifenden Neuerungen. Doch sind einzelne Wünsche von Vororten berücksichtigt. So wird vor allem der Vorortverkehr vom Potsdamer Bahnhof nach Jossen bis Wandsdorf ausgedehnt. Im ganzen laufen vier Jossenerzüge bis Wandsdorf durch, ab Potsdamer Ringbahnhof 5.15 vorm., 1.38, 4.28 und 10.28 nachm., ab Wandsdorf 6.36 vorm., 3.19, 5.47 und 11.40 nachm. Die Strecke nach Lichterfelde-Ost erhält den langgewünschten letzten Zug vom Potsdamer Ringbahnhof 1.45, der bisher nur im Winter verkehrte. Auf der Strecke Görlicher Bahnhof-Königs-Wusterhausen geht vom Görlicher Bahnhof 12.40 jetzt auch werktags ein letzter Zug, der im Winterfahrplan nur Sonntags verkehrte. Eine starke Vermehrung tritt natürlich wieder im Fahrplan für die Sonn- und Feiertage im Sommer ein. Zum Teil greift die Vermehrung schon am 1. April Platz.

Arbeiten für den Westhafen.

Mit der Vergebung der ersten Arbeiten für den von der Stadt zu erbauenden Westhafen beschäftigte sich die gestrige Sitzung der städtischen Tiefbau-Deputation. Zunächst handelt es sich um die Vergebung von Erdarbeiten verbunden mit Grundwasserentfernungen. Es lagen 28 Gebote vor. Der Zuschlag wurde der Firma Habermann u. Kochert mit 1,7 Millionen Mark erteilt. Von unseren Genossen wurde bei dieser Gelegenheit auf die Entlohnung der Arbeiter hingewiesen. Nach den neuen Mietungsbedingungen ist der Unternehmer vertraglich verpflichtet, die Arbeiter tarifmäßig zu entlohnen, allein für Erdarbeiten bestehen keine tariflichen Bestimmungen, abgesehen von einigen besonderen Kategorien. Aus diesem Grunde wurde angeregt, dem Unternehmer aufzugeben, den üblichen Verhältnissen angemessene Löhne zu zahlen. Der Vorsitzende der Deputation, Stadtbaurat Krause, erklärte sich bereit, in diesem Sinne auf die Unternehmer einzuwirken. Bedingung ist nach dem Magistratsbeschluss ferner die Beschäftigung von Arbeitern aus Berlin. Im Falle Arbeiten an Subunternehmer übertragen werden, muß vorher die Zustimmung der Verwaltung eingeholt werden. Natürlich muß auch der Subunternehmer die gleichen Bedingungen erfüllen.

Aus einer Berliner Volkskaffee- und Speisehalle.

Wenn die bürgerliche Presse über die „Volkskaffee- und Speiseanstalt“ etwas zu sagen hat, dann wird man gewöhnlich und Komplimente lesen. Und es ist wahr! Ein oberflächlicher Beobachter kann der Deffentlichkeit auch nichts anderes mitteilen. Es ist ausgeschlossen, ein vollständiges Bild des Betriebes zu erhalten, wenn man kein Geldeid durch das Speisefeld lauft und sich dem Herrn Inspektor vorstellen läßt. Kann man dann viel mehr erzählen, als man unter seiner Führung gesehen und aus seinen Erklärungen gehört hat? Nein! Man muß unauffällig hingehen und mindestens eine Zeitlang als „Stammgast“ das Leben und Treiben beobachten, dann wird man Gelegenheit haben, Dinge zu sehen, die nicht alltäglich, aber empörend sind. Erst dieser Tage — so schreibt uns ein Leser — hatte ich Gelegenheit, einen solchen empörenden Fall mitzuerleben. Die Speisehalle in der Alexandrinenstraße war an jenem Abend fast bis auf den letzten Stuhl besetzt. Immer wenn es draußen kalt ist oder regnet, ist auch die Zahl der Gäste groß. Unter diesen befinden sich auch solche, die sonst keine Unterkunft haben oder denen die Mittel fehlen, sich anderwärts Unterhaltung zu suchen. Sie bleiben dann gewöhnlich bis zum Schluß des Lokals, also bis 9 Uhr sitzen. Eine große Tafel verkündet unter anderem, daß der Aufenthalt nicht über eine halbe Stunde gestattet wird, wonach sich wohl kaum jemand rührt. Jeder sitzt hier, so lange ihm wohl ist, oder bis er hinausgeworfen wird. Wenn er es aber so weit kommen läßt, dann steigt er mit einer solchen Gewalt auf den Strohdamm, daß ihm Hören und Sehen vergeht, und er gerät in die Gefahr, vorübergehende Passanten unzureichend oder unter die Räder eines vorbeifahrenden Autos zu geraten. An jenem Abend sah ich, bei einer Tasse Kaffee sitzend, wie ein unliebsamer Gast auf diese Weise hinausbefördert wurde. Von einem niedrigen Hauskneccht wurde er mit einer Hand am Kragen, mit der anderen am Sitzpunkt seines widerstandsfähigen Gestells von seinem Platz gegen die Glasür zum Ausgang gestoßen, wobei sich dieselbe noch aufhellen öffnete. Mit einem kräftigen Fußstoß war er dann auf der Straße. Nach einer kurzen Weile kam er jedoch in Begleitung eines Schutzmannes wieder. Während der Beamte an die Festsetzung der Tatsachen ging, sammelten sich auch schon Neugierige auf der Straße. Vier Hausknechte mit dem aufgeregten Hausschmeißer an der Spitze säumten jetzt gegen die Neugierigen. Ihnen folgte der Herr Inspektor. Als einer der Gaffer sich eine Bemerkung zu machen erlaubte, schwang der mutige Hausdiener sogar einen Stuhl in die Höhe, um ihn gegen die Gaffer zu schleudern. Ob die allgemeinen Prüfer ihn daran gehindert haben, seine Absicht auszuführen, oder die zugehörige Türe, läßt sich nicht sagen. Auf jeden Fall läßt sich aber feststellen, daß die Hausknechte sehr oft ein ähnlich rohes Benehmen offenbaren. In den einzelnen Fällen das Gericht anzurufen, hat gar keinen Zweck. Schon einmal

hat ein Einausgeworfener beim Gericht Rechtfertigung verlangt, er mußte aber seine Klage zurückziehen, weil ihm die Gesellschaft mit einer Gegenklage wegen Hausfriedensbruchs drohte!

Aus diesem Grunde muß endlich öffentlich gegen die Praktiken in der Volksspeisehalle Einspruch erhoben und die Direktion veranlaßt werden, Remedur einzutreten zu lassen. Oder billigt sie die hier gekennzeichnete Behandlung armer Menschen?

Zur Explosionskatastrophe in Nummelsburg.

Das letzte Opfer des Explosionsunglücks in der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Nummelsburg, der nachträglich seinen Verletzungen erlegene Schlossermeister Votke, wurde gestern auf dem Karlsruher Friedhofe unter großer Beteiligung zur letzten Ruhe gebettet. Die zahlreichen Arbeiter der Anilinfabrik, die an der Beerdigung teilgenommen hatten, versammelten sich nach der Beisetzung im Restaurant „Vellevue“, um die Katastrophe zu besprechen. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. H. schilderte den modernen Fabrikbetrieb und seine Gefahren. Er verlangte besondere Vorsichtsmaßnahmen und eine schärfere Kontrolle durch die Aufsichtsbehörden. Er betonte, daß die in Betracht kommenden Arbeiter schon häufig bei der Betriebsverwaltung der Anilinfabrik vorstellig geworden seien und darauf aufmerksam gemacht hätten, daß die Einrichtungen nicht mehr vollkommen wären. Die Arbeiter haben auch wiederholt auf Risiken hingewiesen und deren Beseitigung verlangt. Wenn sich auch heute nicht mit Bestimmtheit sagen lasse, wen die Schuld treffe, um so weniger, als auch der leitende Ingenieur unter den Toten sei, so lasse sich doch für jeden Fall behaupten, daß bei Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Vorschriften das Unglück nicht nötig gewesen wäre. Aus den Kreisen der Arbeiter wurden die verschiedensten Mitteilungen gemacht. So wurde behauptet, daß gar nicht der neue, auszubehringende Kessel explodiert sei, sondern ein anderer, und daß die Kessel nicht selten übermäßig in Anspruch genommen worden seien. Sie seien zum Teil überheizt worden. Andere Redner führten an, daß die Füllung eines Kessels, zu der sonst stets drei Stunden Zeit gebraucht wurden, einmal in einer Stunde vorgenommen worden sei. In seinem Schlußwort wies der Referent auf die Wichtigkeit einer kräftigen Organisation der Arbeiter hin, die notwendig sei, um eine größere Kontrolle der Arbeiterausschüsse in bezug auf die Sicherheitsmaßnahmen für die Arbeiter zu erwirken und eine bessere Vertretung der Wünsche der Angestellten bezüglich der Schutzvorrichtungen zu ermöglichen.

Doppelselbstmord eines Ehepaares.

Am Dienstagabend hat in der Berliner Geschäftswelt sehr bekannte Inhaber der Rugholzhandlung Louis Treitel, Herr Karl Treitel zusammen mit seiner Gattin in seiner Wohnung in der Bornimer Str. 4 Selbstmord durch Erschießen verübt. Wir erfahren darüber folgendes:

Karl Treitel, der im 63. Lebensjahre stand, war der Inhaber der von seinem Vater begründeten Rugholzhandlung und Dampfzägenwerk Louis Treitel in der Kopenstraße 64. Das Geschäft, das früher zu den ersten Firmen der Branche gehörte, war in den letzten Jahren sehr zurückgegangen, da der Vetter, Karl Treitel, an einem schweren Leiden erkrankt war. Dazu kam, daß Treitel sich durch einige Grundstückspekulationen und namentlich durch Holzankäufe in Ausland festgelegt hatte und nicht mehr Betriebskapital besaß, um das Werk, das still ging, erhalten zu können. Er schied deshalb aus der Firma aus, die sein Bruder, Otto Treitel, übernahm. Karl Treitel war zwar noch wie vor mit einem gewissen Prozentsatz an dem Betrieb des Geschäfts beteiligt, kam jedoch in letzter Zeit nur noch selten in das Geschäft. Seine mäßige finanzielle Lage und eine starke Nervenerregung, die sich durch sein Leiden herangebildet hatte, gaben schließlich zu dem Doppelselbstmord Veranlassung. Treitel hatte in der Bornimer Straße 4 eine größere Wohnung inne, die er allein mit seiner Gattin und zwei Dienstmädchen bewohnte. Dienstag nachmittag erteilte Frau T. den beiden Mädchen für den ganzen Nachmittag Urlaub und sagte hinzu, daß sie selbst mit ihrem Mann ausgehen werde und deshalb am gestrigen Morgen nicht geweckt zu werden wünsche. Die beiden Mädchen verließen gegen 6 Uhr das Haus und bald darauf bog sich Treitel zu dem Vortier des Hauses, um sich nach der Adresse des zuständigen Polizeireviere zu erkundigen. Dann schrieb die Gattin an den Bruder des T. sowie an ihre verheiratete, in Berlin lebende Tochter Abschiedsbriefe und Treitel richtete außerdem an das Polizeirevier einen Brief, in welchem er seinen und seiner Gattin Selbstmord ankündigte. Als dieses Schreiben gestern morgen auf dem Revier eintraf, begaben sich sofort zwei Beamte in die Wohnung der Ledigenmädchen. Die Dienstmädchen öffneten und waren aufs äußerste überrascht, als ihnen die Mitteilung von dem Tode ihrer Herrschaft gemacht wurde. In dem Schlafzimmer des Ehepaares fand man Treitel und seine Gattin, auf den Betten liegend, tot auf. Treitel hat erst seine Gattin durch einen Schuß in die rechte Schläfe und dann sich selbst durch einen solchen in die Herzgegend getötet. Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß die Verletzungen sofort tödlich gewirkt haben müssen und daß der Tod schon Dienstagabend eingetreten sein müsse.

Ein Mord im Nordwesten der Stadt.

Ein schweres Verbrechen ist gestern in Moabit entdeckt worden. In dem Hause Kresfelder Straße 20 wohnte seit November vorigen Jahres im zweiten Stock des Quergebäudes die am 20. Januar 1886 in Berlin geborene Witwe Maria Retzsch. Hausbewohner war es aufgefallen, daß diese sich lange nicht mehr hatte sehen lassen. Als sie sich daraufhin gestern abend gegen 9 Uhr in ihrer Behausung nach ihr umsahen, fanden sie die Frau tot auf. Sie lag auf dem Fußboden und hatte einen Strick um den Hals, mit dem sie anscheinend erdürgert worden ist. Auf ein Verbrechen läßt besonders der Umstand schließen, daß die Leiche mit einem Teppich zugedeckt war. Sofort wurde nach Auffindung der Leiche die Mordkommission benachrichtigt, die auch bald am Tatort eintraf. Mit der Frau, deren Mann Kaufmann war, wohnte deren 35 Jahre alter Sohn zusammen. Dieser war stark schwindsüchtig und die Mutter wollte ihn deshalb immer nach dem Krankenhanse bringen lassen. Davon wollte der Sohn jedoch nichts wissen. Die Frau lagte auch wiederholt Nachbarn gegenüber, daß ihr Sohn sie mit dem Seil bedroht habe und ihr oft nachstelle. Weil nun der Sohn schon seit Montag nicht mehr gesehen worden ist, muß vorläufig angenommen werden, daß er mit dem Verbrechen in Verbindung steht.

Zagow und die Schulkente.

Ein neuer Fall von Schulkentemahregelung wird wieder gemeldet. Nachdem bereits die Leiter der Bewegung in der Berliner Schulkentenschaft zur Gründung einer Schulkentenvereinigung — die Schulkenten Höhnnow, Fuhrmann, Pohlmann, Schrader und Albinus — entweder nach außen oder in die Fuhrschulkentenschaft resp. zur uniformierten Polizei strafversetzt worden sind, hat man jetzt auch den Schulkentemahregelung der verdorbenen Vereinigung gestiftet. Der veritene Schulkentemahregelung, ein älterer Beamter und schon seit

Jahren zur veritene Abteilung gehörig, hatte durch das Vertrauen seiner Kollegen und Kameraden das Ehrenamt eines Schulkentemahregelung erhalten und auch bereits namhafte Beiträge für die Vereinigung eingezogen. Durch die Weigerung des Polizeipräsidenten auf Ermittlung der für die Vereinigung aktiv tätigen Beamten wurde Edert als Schulkentemahregelung ermittelt und zur Fuhrtruppe versetzt, um namentlich zum Straßen- und Patrouillendienst verwandt zu werden. Die Zahl der Mahregelungen beträgt gegenwärtig also bereits sechs.

Bei dieser Gelegenheit wird mitgeteilt, daß unter den Frauen der Berliner Schulkente eine Bewegung im Gange ist, die dahin zielt, eine Vereinigung der Schulkentenfrauen ins Leben zu rufen. Auf diese Weise hofft man, in indirekter Weise durch die Frauen das zu erreichen, was der Polizeipräsident jetzt den Männern verbietet: Die Begründung einer Unterstützungs-kasse für die Hinterbliebenen der Berliner Schulkente. Der Plan ist jedoch noch nicht spruchreif, da erst die Schwierigkeit zu überwinden ist, auf welche Weise Angehörige der unterbezahlten Schulkente sich der geplanten Vereinigung anschließen können.

Die Arbeiten für die Tunnelstrecke der Nord-Südbahn von der Elstter Straße bis zur Vehrenstraße, die schwierigste der ganzen Strecke, weil der Spreetunnel in Frage kommt, werden dieser Tage ausgedrückt werden. Gestern wurden in der Tiefbaudeputation die Dichtungsarbeiten, die einen Teil der Tunnelarbeiten bilden, an die Firma Wien vergeben. Es handelt sich in diesem Falle um ein Objekt von etwa 400 000 M.

Beim Fall der Kupfermiede in Rellers Festsälen, Kopenstr. 29, ist eine silberne Remontoiruhr gefunden worden und eine Handtasche mit 2 Portemonnaies, 1 Photographie, 1 Spiegel, 1 Armband, 4 Taschentücher und Schlüssel verloren gegangen, abzuholen resp. abzuliefern bei W. Kühne, Gartenstr. 101.

Kleine Nachrichten. Auf einen Kindesmord läßt ein Fund schließen, den gestern Passanten der Brunnenstraße machten. Sie fanden dort vor dem Grundstück Nr. 26 ein Paket, das die Leiche eines neugeborenen Kindes enthielt. Die Polizei beschlagnahmte die Leiche und ließ sie nach dem Schaulause bringen. — Auf der Straße vom Tode ereilt wurde gestern nachmittag ein Mann von etwa 40 Jahren, dessen Persönlichkeit noch nicht bestimmt festgestellt. Der Unbekannte wurde in der Müncheberger Straße vor dem Hause 23 von einem Blutsturz befallen und von einem Schulkentemahregelung nach der Hilfswache in der Kopenstraße gebracht. Hier war er jedoch schon bei der Einlieferung verstorben. Wie es scheint handelt es sich um einen Drehorgelspieler Martin Grop. — Der Stellungskasse Kaufmann Paul Didelt aus der Kommandantenstraße 55 verlor gestern morgen einen Einbruch in den Friseurladen des Hauses Kommandantenstr. 60. Passanten, die dies bemerkten, riefen Schulkente herbei, und als Didelt sah, daß er verhaftet werden sollte, erhängte er sich im Friseurladen. — Gestern morgen gegen 4 Uhr stießen auf dem Königsplatz, Ecke Sommerstraße, zwei Droschkenautos zusammen. Das eine wurde vollständig zertrümmert. Der Insasse des Autos, der Gastwirt Karl Teich aus der Kreuzbergstr. 10, erlitt eine Gehirnerschütterung und einen Beinbruch. Er wurde in die Charité eingeliefert. Der Chauffeur hat leichte Verletzungen erlitten. — Der Ausleiter Witt von der dritten Kompanie des Infanterieregiments Nr. 42 wurde gestern vormittag in Berlin-Lichterfelde in der Brunnenwaldstraße von einer elektrischen Straßenbahn überfahren. Witt wurde schwer verletzt in das Garnisonlazarett II in Tempelhof eingeliefert.

Vorortnachrichten.

Neufölln.

Stadtverordneten-Ersatzwahlen. Am Freitag, den 6. März, in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends finden die Ersatzwahlen in zwei Bezirken der zweiten Abteilung statt.

Rochmals sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Segner mit Hochdruck arbeiten, um die Mandate zu gewinnen. Es ist Pflicht aller freirechtlich gestimmten Bürger, nicht nur ihre Wahlkraft auszuüben und ihre Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten abzugeben, sondern auch nach Kräften mitzuhelfen, die Launen und Wankelmütigen an den Wählisch zu bringen.

Die amtlichen Wahllokale sind jedem Wähler durch Einladung bekannt gegeben.

Nachstehend folgen die Lokale, von denen aus die Wahlarbeit ihre Erledigung finden und wo jede Auskunft erteilt wird. Für den 2. Bezirk, Wahlmündungsbezirk a bei Bernerl, Kaiser-Friedrich-Straße 202/203, Tel. 1943; für den 2. Bezirk, Wahlmündungsbezirk b bei Pflanz, Kaiser-Friedrich-Straße 95, Tel. 1759; für den 3. Bezirk, Wahlmündungsbezirk a bei Schenk, Rosenstraße 24, Tel. 9406; für den 3. Bezirk, Wahlmündungsbezirk b bei Kraft, Kirchhoffstraße 13, Tel. 818.

Mariendorf-Tempelhof.

Nachmals Herr Wegner. Herr Hermann Wegner, Verleger und Redakteur der „Mariendorfer Zeitung“, hat anscheinend an der einen erlittenen Niederlage noch nicht genug. Es fränt ihn, daß wir unseren Feiern davon Mitteilung gemacht haben, daß Herr Wegner bezw. sein Vertreter Herr Rechtsanwalt Dr. Vallien nach einem vom Vorsitzenden des Neuföllner Schöffengerichts angeregten, an unserem Widerstand aber gescheiterten Vergleich die Klage bedingungslos zurückgezogen hat. Wenn Herr Wegner in seinem Blatte behauptet, daß nach den Angaben des Herrn Vallien auch wir unsere Wiederklage zurückgezogen haben und die Kosten daher von beiden Parteien zu tragen seien, so ist das eben nicht zutreffend. Unsere Wiederklage, über deren Zulassung im übrigen das Gericht noch keinen Beschluß gefaßt hatte, war eo ipso in dem Moment hinfällig, als die Klage von unserm Segner zurückgenommen wurde. Infolgedessen haben wir auch keine Gerichtsosten zu tragen. Ferner betonen wir auch heute wieder von neuem, daß unsererseits absolut keine Verpflichtungen gegenüber Herrn Wegner eingegangen worden sind. Wir lehnten jegliche Erklärung ab, und trotzdem nahm Herr Dr. Vallien die Klage zurück. Dies ist der wahre Tatbestand. Einer neuen Klage, die Herr Wegner gegen uns eingereicht haben will, sehen wir mit derselben Ruhe entgegen wie der ersten.

Tempelhof.

Aus der Gemeindevertretung. Zu Schöffen wurden die bürgerlichen Gemeindeverordneten Müller und Krenner auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Die Klassenprüfungsverhandlung für Februar 1914 ergab einen Bestand von 2 190 001,42 M. einschließlich der zinsbar angelegten Beträge. Der Antrag des Gemeindevorstandes auf Einführung der Generalvormundschaft wurde einstimmig angenommen. Begleitend hierzu betonte der Bürgermeister, daß er beabsichtige, die Generalvormundschaft einem Gemeindebeamten zu übertragen, da dieser besser als die Vorkommenden in der Lage sei, die Interessen der Kinder wahrzunehmen. Es sei beabsichtigt, diejenigen unehelichen Kinder unter Generalvormundschaft zu stellen, die entweder in Tempelhof oder aber in Berlin in einer Entbindungsanstalt geboren werden und deren Mütter sich sofort in Tempelhof niederlassen. Der nächste Punkt „Einteilung des Gemeindegebietes in Fabriken- und Wohnviertel“ rief eine längere Debatte unter den Bürgerlichen hervor. Hier handelte es sich nämlich um die Interessen der Hausbesitzer. Der Gemeindevorstand beantragte, auf Grund des Verunsicherungsgegesetzes ein Ortsstatut zu erlassen, durch das erreicht werden soll, daß nur für bestimmte Teile Tempelhofs Fabrikanlagen zugelassen werden, die Verfassungen durch Rauch, Ruß, üble Gerüche oder un-

gewöhnliches Geräusch herbeiführen. Für Fabriken soll das Gebiet um den Teltowkanal und südlich an der Ringbahn bestimmt werden, alles übrige soll Wohngebiet sein. Die Herren Dr. Schmidt und Dr. Richter wollten auch den Teil an der Ringbahn, auf dem jetzt die Kaserne steht, von der Bebauung mit störenden Fabrikanlagen ausgeschlossen wissen. Nachdem Genosse Schmidt dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß man Kleinbetriebe von diesem Verbot ausnehmen möge und Syndikus Seiffert mit Bezug hierauf auf die Baupolizeiverordnung verwiesen hatte, einigte man sich dahin, den Antrag des Gemeindevorstandes mit dem Zusatzantrag Dr. Schmidt-Dr. Richter unter der Bedingung anzunehmen, daß, wenn der Erlaß der Polizeiverordnung gefährdet sein sollte, man den Zusatzantrag zurückzieht. Der Antrag, mit der Vereinigten Deutschen Holz- und Berliner Teinhalben-Gesellschaft einen Vertrag über Aufstellung von drei Zeitungsstößen zu schließen, wurde angenommen. Hiernach kommen Zeitungsstöße zur Aufstellung in der Berliner Straße an der Ringbahn, Berliner-Ecke Dorfstraße und Kaiserin-Augustia-Ecke Berliner Straße. Genosse Franz wünscht, daß keine Zensur über die zum Verkauf gelangenden Zeitungen geübt wird; er verweist hierbei auf das Verbot für den Verkauf verschiedener Zeitungen auf den Bahnhöfen. Der Bürgermeister erklärte, in dem Vertrage sei von einem solchen Verbot nichts enthalten. Der letzte Punkt der Tagesordnung „Bericht der Kommission und Beschlußfassung über Befreiung von Beamten und Lehrern von der Krankenversicherungspflicht“ wurde durch Annahme des folgenden Antrages erledigt: „Den im Dienste der Gemeinde Berlin-Tempelhof angestellten Beamten sowie den an den höheren Lehranstalten und an den Volksschulen der Gemeinde endgültig oder einstweilen angestellten Lehrern und Lehrerinnen, soweit sie nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung der Krankenversicherungspflicht unterliegen, werden für den Fall ihrer Erkrankung auf die Dauer der Regelleistungen der zuständigen Krankenkasse für jeden ärztlich bescheinigten Krankheitsstag, für den ihnen nicht ein Anspruch auf Fortzahlung des Gehalts zusteht, Bezüge im einmonatlichen Betrage des Krankengeldes zugesichert. Der Beschluß hat rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1914 ab. Der Gemeindevorsteher wird ermächtigt, im Einzelfalle vertretungsweise beschaffigten Lehrpersonen den gleichen Anspruch zu gewährleisten.“

Schöneberg.

Die städtische Schuldeputation hat beschlossen, vom 1. April d. J. ab bis zum 1. April 1915 versuchsweise den täglichen Schulbeginn an den Gemeindegemeinschaften um 8 Uhr zu lassen. Damit ist dem Wunsch vieler Eltern Rechnung getragen. Zu wünschen wäre, daß eingehende Schularzberichte über den Gesundheitszustand, die Klassenfrequenz sowie über das heutige Schulsystem zusammengestellt und veröffentlicht würden. Daraus könnte man ersehen, inwieweit der ganze Aufbau des Gemeindegemeinschaftswesens den heutigen Anforderungen noch entspricht.

Einen Parfüm-Abend veranstaltet am Sonntag, den 8. März, nachmittags 5 Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Velziger Straße 48, die Deputation für Volksunterhaltungsabende. Unter Mitwirkung des Herrn Dr. Leopold Firsichberg, Dozent der Musikwissenschaft, wird Richard Wagners „Parsifal“ auf Klavier und durch Gesang erläutert werden. Eintrittspreis 30 Pf. Eintrittskarten sind in der Expedition, Martin-Luther-Straße 69, und im Konsumladen, Apostel-Paulus-Straße 40, zu haben.

Treptow-Baumshulcnweg.

Die am Montag vorgenommene Gemeindeverordnetenwahl der beiden oberen Abteilungen hat keine Veränderungen gebracht, obwohl diesmal die lebhafteste Gegenagitatio des Berliner Ortsteiles dem Vorsitzenden des Baumshulcnweges Grundbesitzervereins einen ernsthaften Gegenkandidaten in der Person des Architekten Köhl erstehen ließ, der es auf 110 Stimmen brachte. Der bisherige Gemeindeverordnete Reumann siegte aber mit 190 Stimmen, der Geometer Klapp vereinte 306 Stimmen auf sich. Vier Stimmen waren zerplittert. Von den 622 Wählern der zweiten Klasse haben 310, dabei rund 100 Personen in einer Hand, ihr Wahlrecht ausgeübt. In der ersten Klasse herrschte absolute Einmütigkeit. Von 20 Berechtigten kamen 15 zur Wahl und verlängerten die Vollmachten der beiden bisherigen Vertreter Oberingenieur Weigert von der Anilinfabrik und Kaufmann Schuricht auf weitere sechs Jahre. An der Abstimmung beteiligten sich somit in der ersten Klasse 75 Proz. der Wahlberechtigten, in der zweiten 50 Proz., in der dritten, im Berliner Ortsteil westlich der Rielsolzstraße, 48 Proz. und in Baumshulcnweg 51 Proz. Das Verhältnis der zweiten Klasse ist allerdings nur durch die vielen Papierstimmen emporgeschraubt, während im Berliner Teil der dritten Klasse die Größe des Wahlbezirks ungünstig wirkte.

Die Wahlen zum Gewerbegericht, die für den 18. und 22. März angelegt waren, haben sich erledigt, da von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern nur je eine Liste eingereicht und diese somit gewählt ist. Dasselbe trifft auf die Arbeitgebervertreter zum Kaufmannsgericht zu, während sich bei den Arbeitnehmern allein fünf verschiedene Listen bewarben.

Steglitz.

Eingebrochen wurde zwischen 7 und 10 Uhr abends in die Wohnung unseres Genossen Ullermann, Poststeintische Str. 17. Als er mit seiner Familie gegen 10 Uhr nach Hause kam, mußte er die unangenehme Entdeckung machen, daß Diebe die Abwesenheit der Familie zu einem Besuch benutzt hatten. Gestohlen sind 140 M. bares Geld. Ein großer Posten Wäsche und andere Sachen, in einer Chaiselonguedede verpackt, lag auf dem Korridor, woraus man schließen kann, daß die Diebe gestört wurden und deshalb diese Beute im Stich ließen.

Reinickendorf.

Eine Kundgebung für die Eingemeindung nach Berlin, veranstaltet von den politischen, kommunalen und wirtschaftlichen Vereinen Reinickendorfs, findet am Freitag, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Hubertusssälen, Provinzstraße 78-79 statt. Die Bezirksleitung des sozialdemokratischen Wahlvereins empfiehlt den Genossen und Genossinnen, diese Versammlung möglichst zahlreich zu besuchen.

Behlendorf (Wannseebahn).

Die Gemeindeverreterwahlen für die 3. Abteilung finden, wie jetzt erst bekanntgemacht wird, für den Nordbezirk am Dienstag, den 10. März, nachmittags von 4 bis 9 Uhr, im „Kaiserhof“, Potsdamer Str. 50, für die Wähler der dritten Abteilung statt. Diese Abteilung wählt 2 Vertreter. Für den Südbezirk werden die Wahlen am Mittwoch, den 11. März, nachmittags von 4 bis 8 Uhr, im „Fürstentof“, Hauptstr. 2, vorgenommen. Hier ist nur ein Vertreter zu wählen.

Zu diesem Bezirk gehören folgende Straßen: Die Berliner, Anna-, Maria-, Paul-, Seehof-, Vogen-, Garten-, Charlottenburger, Grunewald-, Kirch-, Kaiser-, Burggrafen-, Anhalterer Straße und sämtliche Straßen, welche südlich der Wannseebahn liegen, einschließlich des Ortsteils Schönau.

Der Nordbezirk umfaßt die Ortsteile: Schlachtensee, Behlendorf-West, Behlendorf-Grunewald und alle Straßen des Ortsteils Behlendorf-Mitte, die nicht als zum Südbezirk gehörend aufgeführt sind.

Die Wahlbezirke sind in diesem Jahre ganz eigenartig abgegrenzt, dem Südbezirk hat man ein Villenviertel angehängt. Auffällig ist es besonders, daß alle von der Hauptstraße rechts und links abgehenden Nebenstraßen, bis auf die Scharestraße, zum Südbezirk gehören, die Hauptstraße selbst aber zum Nordbezirk gehört. Schon bei der Landtagswahl war es gelungen, durch die eigenartige Einteilung der Wahlbezirke das Dreiklassenwahlrecht noch mehr zu verschleiern. Bei den Gemeindegemeinschaften wird versucht, auf jeden Fall die Arbeiterschaft vom Gemeindeparlament

fernzuhalten. Die Beamtenvereinigung beansprucht, wie ein führendes Mitglied erklärt hat, für sich allein die Vertreterschaft der dritten Klasse, bzw. habe sie es in der Hand, die Sitze zu verteilen, und wenn die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf gegen die Beamtenvereinigung unterlassen, ist man bereit, ihnen ein Mandat zu überlassen. Will die Arbeitererschaft Zehlendorfs ihre berechtigten Interessen in der Gemeinde wahrnehmen, dann muß sie alle Kraft daran setzen, ihren Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Kaufsdorf.
Die Gemeindevertretung setzte die von den Anliegern zu erhebende Gebühr für die Straßenreinigung der Fahrdämme auf 8 Pf. pro Quadratmeter, wie im Vorjahr, fest. — Der Zulassung des Brückenarabens in der Front der Brederstraße wurde zugestimmt. Dagegen fand der Vorschlag der Ve- und Entwässerungskommission, den offenen Graben in der Frankfurter Straße gleichfalls zuzulegen und Abflusshöhren einzubetten, keine Annahme. Es wurde darauf hingewiesen, daß die hierfür entstehenden Kosten von etwa 5000 M. unzumutbar angewandt seien, da bei der in wenigen Jahren erfolgenden Kanalisation die ganze Arbeit wiederholt und die Gemeinde mithin doppelte Kosten tragen müßte. Von unseren Genossen wurden die angeführten Gründe als geltend anerkannt, gleichzeitig aber auf die gesundheitlichen Gefahren hingewiesen, die dieser Graben bildet. Deshalb beantragten unsere Genossen, periodisch eine Desinfektion des Grabens vorzunehmen, am besten im Anschluß an die jeweilige Räumung. — Die in voriger Sitzung ausgesetzte Wahl eines Baierates für den Bezirk Dorf und Süd wurde diesmal erledigt; einstimmig wurde Herr Lehrer Fischer gewählt. — Weiterhin wurde der Vertretung ein Entwurf vorgelegt, der die Anstellungsbedingungen für die im Wege des Privatdienstvertrages angenommenen Personen in der Gemeinde regelt.

Ober-Schönweide.
Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeinde. Ueber dieses Thema sprach in einer gutbesuchten Wählerversammlung Genosse Dr. Hübl. Der Redner kennzeichnete zunächst den Charakter des Dreiklassenwahlrechts, das in der hiesigen Gemeinde in der unerhörtesten Weise zum Ausdruck komme. Ständen doch 2 Wählern der ersten Klasse 200 Wähler der zweiten Klasse und 5400 Wähler der dritten Klasse gegenüber. Trotz dieses Unrechts sei es Pflicht der Wähler, vollständig zur Wahl zu erscheinen.
Als Kandidaten für die dritte Abteilung stellte die Versammlung für den ersten Bezirk den Genossen Schwarzburger und für den zweiten Bezirk die Genossen Biederer und Winkelmann auf. Dem ausscheidenden Genossen Grunow, der den Ort verläßt, wurden von Genossen Kambsrod für seine mehr als zehnjährige Tätigkeit als Gemeindevertreter Worte des Dankes gewidmet. Mit der Aufforderung, die Wahl am 8. März als Aufruf für die gute Sache zu betrachten und die dritte Abteilung wieder mit Sozialdemokraten zu besetzen, fand die imposante Versammlung ihr Ende.

Aldershof.
Die zweite Lesung des Etats fand in einer außerordentlichen Sitzung der Gemeindevertretung statt. Der Vorschlag schließt für das Rechnungsjahr 1914 in Einnahme und Ausgabe mit 916 542 M. ab. Im Ordinarium sind 61 755 M. mehr vorgesehen, nämlich 790 012 M., der Etat der höheren Schule balanciert mit 61 785 M. oder 6515 M. mehr als im Vorjahr. An Einnahmen sollen einkommen: Einkommensteuer 160 500 M. (mehr als im Vorjahr 18 450 M.); Grundsteuer 215 960 M., Gewerbesteuer 37 950 M. Die Gesamtschulden der Gemeinde betragen 2 149 200 M., sie verlangen für Zinsen und Tilgung mehr als 112 000 M. Der Schöffe Müller monierte, daß die Summe von 25 000 M., welche die Gemeinde von den V. E. M. erhalten hat, im Rechnungsjahr 1913 als Einnahme verbucht und eine größere Summe davon auch schon wieder verausgabt worden sei. Genosse Jabel wollte die 25 000 Mark auch lieber als Rotfondus sehen, betonte aber, daß dann eine Steuererhöhung unbedingt einreten müßte; hieron wollte die große Mehrheit aber nichts wissen. Den Antrag des Genossen Müller, die Steuer bei einem Einkommen bis zu 900 M. nicht zu erheben, lehnte die Mehrheit ab; nur unsere Genossen stimmten dafür. Bei dieser Gelegenheit nagelte Genosse Jabel die zweifelhafte Haltung des einen Schöffen fest, der im vorigen Jahre für unseren Antrag war, diesmal aber dagegen stimmte. Vom bürgerlichen Jugendpflegeausschuß war die Gemeinde um eine laufende Beihilfe erlucht worden. Bereitwillig lehnte der Gemeindevorstand 300 M. ein. Unsere Genossen verlangten bereits bei der ersten Lesung des Etats, daß diese Summe nicht einseitig der bürgerlichen Bewegung zuzuführen, sondern zu gleichen Teilen allen am Ort befindlichen Jugendbewegungen zugeteilt werden soll. In der Kommission war dann die gesamte Summe gestrichen worden. Bei der zweiten Lesung wurde von bürgerlicher Seite beantragt, die Summe wieder einzustellen. Wieder war es der Schöffe, der, wie er selber sagte, erst gegen die Einstellung der 300 M. war, jetzt aber dafür stimmen werde, da er sich überzeugt habe, daß die bürgerliche Jugendbewegung keine politische sei. Unsere Genossen verlangten unter allen Umständen gleiche Verdrückung aller Vereinigungen. Auf Vorschlag von bürgerlicher Seite wurde die Summe zur Verfügung gestellt. Die Vertreter der dritten Abteilung werden ein wachsam Auge haben, ob und wie hier die 300 M. Verwendung finden. Bemerkenswert ist, daß es hier ebenfalls wieder die freisinnigen Vertreter waren, die 150 M. für die Ausstellung amtlicher Wahllegitimationen zur kommenden Gemeindevahl sparen wollten und damit einen dahingehenden Antrag unserer Genossen ablehnten. Wie der Bürgermeister mitteilte, finden am Sonntag, den 22. die Wahlen der dritten Abteilung, am Montag, den 23. die der zweiten und am Dienstag, den 24., die der ersten Abteilung statt. Alle Gemeindevähler werden dann zum Ausdruck bringen, wie sie über die in der Gemeinde Aldershof geübte „Spararmei“ denken.

Hermsdorf bei Berlin.
Einen glänzenden Abschluß fand die in unserem Ort stattgefundene Gemeindevorstandswahl. Kurz vor Beginn der Wahl füllte sich der Saal von unseren Wählern. Gal: es doch, zwei unserer Genossen als Beisitzer in den Wahlvorstand zu wählen. Trotz des besonderen Hinweises der Bürgerlichen in ihrer Zeitung und in ihren Flugblättern, sich rechtzeitig einzufinden, um bei der Wahl der Beisitzer des Wahlvorstandes zugegen zu sein, vermochten sie nicht annähernd die nötige Anzahl aufzubringen, um unsere Vorschläge niederstimmen zu können. Auch die Absicht, das letzte Mandat der dritten Klasse noch zu reiten, mißlang; mit 281 gegen 134 bürgerliche Stimmen wurde unser Genosse Reunzig gewählt. Damit zieht der vierte Sozialdemokrat in unser Parlament. — Eine kleine Ueberraschung gab es noch nach Schluß der Wahlhandlung. Als der Wahlvorsteher das Resultat der Wahl bekanntgab, erklärte im Saale das Kampflied „Empor zum Licht“, vorgebracht vom Mitgliedern des Arbeitergesangvereins „Korbische Mänge“. Der markige Gesangsvortrag wirkte auf alle unsere Wähler begeisternd und anfeuernd zu neuen Kämpfen und neuen Siegen. Sogar einige Bürgerliche sollten den Sängern Beifall.

Oranienburg.
Der Studienplan für die gewerbliche Fortbildungsschule für das Sommerhalbjahr 1914 ist nunmehr, nachdem unsere Genossen verabschiedend gegen den späten Abendunterricht nach 8 Uhr abends protestiert hatten, wie folgt festgelegt worden: Für die Metallarbeiter in Oberstufe Dienstag, Mittelsstufe Mittwoch, Unterstufe Donnerstag von 6—10 Uhr vormittags; für Holzarbeiter Dienstag von 4—8 Uhr nachmittags; für Bauhandwerker Montag und Donnerstag von 6—8 Uhr nachmittags; für Nahrungsmittelgewerbe Montag von 2—6 Uhr nachmittags; für gemischte Berufe in Klasse A Dienstag von 2—6 Uhr nachmittags, Klasse B Montag von 4—8 Uhr nachmittags. Der Zeichenunterricht findet statt für Metallarbeiter in Klasse 1 Dienstag, Klasse 2 Mittwoch, Klasse 3 Donnerstag von 10—12 Uhr vormittags; für Holzarbeiter in Klasse 4 Montag, in Klasse 5 Donnerstag von 6—8 Uhr nach-

mittags; für Maurer und Fleischer in Klasse 6 Mittwoch, in Klasse 7 Freitag von 6—8 Uhr nachmittags; für Schneider, Schuhmacher, Sattler in Klasse 8 Montag von 2—4 Uhr nachmittags; für schmiedende Gewerbe in Klasse 9 Dienstag von 5—8 Uhr nachmittags. Die Turnstunden für Fabrikarbeiter usw. finden Mittwoch von 6—8 Uhr nachmittags statt. Die Fabrikarbeiter werden den Berufen zugeteilt, deren Arbeit mit der übrigen die größte Verwandtschaft hat. Die Schulpflicht besteht auch für die Zeit der Arbeitslosigkeit. — Die frühere Unterrichtszeit von 8—10 Uhr abends hatte bei vielen Eltern berechtigter Empörung hervorgerufen, da ihre Söhne oftmals erst nach 11 Uhr zu Hause anlangten und den Nachhauweg zu allerlei toten und unerläuteten Scherzen benutzten. Wenn sich hierdurch Eltern veranlaßt sahen, ihre Kinder von solch spätem Unterricht fernzuhalten, so war dies zwar gesetzlich nicht statthaft, aber man konnte es verstehen, wenn sich die Väter gegen die Folgen der nächtlichen Unruhen wie auch gegen drohende Gefahren ihrer Söhne zu schützen suchten. Es müßte somit auch die für jeden einzelnen Fall verhängte Strafe von 10 M. als eine ungerechte Härte empfunden werden.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.
Buckow. Heute Donnerstag, abends 7 Uhr, im Gemeindebureau, Dorfstr. 29.
Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Heute Donnerstag, abends 7 Uhr, bei Robert Bähse, Staatsberatung.
Spandau. Heute Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des neuen Rathauses.
Teltow. Heute Donnerstag, den 5. März, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Versammlungen.

Eine Straßenbahnerversammlung vom Betrieb der „Großen Berliner“, die am Dienstagabend in den „Russe-Sälen“ tagte, beschäftigte sich mit der Verschlechterung in der Ruhegehaltsklasse und den Folgen derselben für die Angestellten. Das Referat hatte Orimann vom Deutschen Transportarbeiterverband übernommen. Einleitend wurde erwähnt, daß die Ruhegehaltsklasse so recht das Schmerzenskind der Bediensteten sei und daß auch die letzten Satzungsänderungen nicht dazu beigetragen haben, die Angestellten hieron zu befreien. Die letzten Vorkommnisse in bezug von Abweisungen des berechtigten Ruhegehalts für Angestellte, die länger als 20 Jahre im Dienst der Gesellschaft waren, bringen den erneuten Beweis dafür, daß keine Verbesserung, sondern Verschlechterung eingetreten ist. Als besondere Härte wurde die Befestigung des ärztlichen Schiedsgerichts bezeichnet. In der Hand von Beweisen wurde festgestellt, daß das jetzt bestehende Laienschiedsgericht wiederholt trotz ärztlicher Gutachten, welche Dienstunfähigkeit bescheinigten, und trotz 23- bis 24-jähriger Dienstzeit die gestellten Anträge abgelehnt habe. Das Eigentümliche sei jedoch, daß dieser Standpunkt nicht immer eingenommen sei, sondern erst in letzter Zeit. Die Veranlassung dazu habe höchstwahrscheinlich ein Schreiben des Vorsitzenden der Klasse an das Schiedsgericht gegeben, welches im vorletzten Absatz besagt: „Es soll und muß daran festgehalten werden, daß Entlassung im Disziplinarwege keinen Anspruch auf Ruhegehalt bedingt.“ Da nun der Vorsitzende der Klasse zugleich Vorgesetzter des gesamten Schiedsgerichts ist, so ist es wohl begründlich, daß ohne Gegenbeweis der ärztlichen Gutachten lediglich nach Auslegung der Satzungen beschlossen wurde. Wundern müßte man sich allerdings darüber, daß in mindestens 10 Fällen Bedienstete, die ebenfalls nicht aus Gesundheitsrückgründen, sondern wegen dienstlicher Verfehlungen entlassen wurden, Ruhegehalt beziehen, weil in diesen Fällen noch

ärztlichen Gutachten geurteilt wurde, was richtig sei. Wegen den letzten Beschluß des Schiedsgerichts ist nun Beschwerde beim Polizeipräsidenten als Aufsichtsinstanz erhoben, und es wird erwartet, daß hier eingegriffen wird. Es würde sonst überhaupt der Willkür Tür und Tor geöffnet sein. Im übrigen sei es aber nicht hübsch und könnte wohl von einer „Ruhegehaltsklasse“ dabei nicht mehr gesprochen werden, wenn Leute, die 23 bis 25 Jahre im Dienst stehen, dem Elend preisgegeben werden. Es sei deshalb die höchste Zeit, hier eingzugreifen und nicht eher zu ruhen, bis diese Härten beseitigt sind.

In der Diskussion wurden die schlagenden Beweise des Referenten noch ergänzt und folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die in den „Russe-Sälen“, Kaiser-Wilhelm-Straße, tagende Versammlung der Mitglieder der Ruhegehaltsklasse der Großen Berliner Straßenbahn erheben Protest gegen die vom Vorstand und Schiedsgericht der Ruhegehaltsklasse getroffenen Maßnahmen in bezug von Abweisungen des berechtigten Ruhegehalts für Bedienstete, die 20 Jahre und länger im Dienst der Gesellschaft standen.“

Die Versammlung ist der Ansicht, daß nicht die Abweisungs- oder Entlassungsgründe ausschlaggebend sein können, sondern daß in erster Linie die Beschaffenheit des körperlichen und geistigen Zustandes der Antragsteller Berücksichtigung finden muß. Die Versammelten sind ferner der Ansicht, daß die hier zutage getriebenen Härten ohne weiteres beseitigt werden, wenn die bei der Beratung der Satzungen gemachten Versprechen vom Vorstand eingelöst und den gesetzlichen Bestimmungen des Pensionstafelengesetzes mehr Beachtung geschenkt wird.

Die Versammelten erwarten deshalb bestimmt, daß das königliche Polizeipräsidentium als Aufsichtsinstanz den Vorstand und das Schiedsgericht der Klasse auffordert, den von diesen in letzter Zeit eingenommenen Standpunkt zu ändern.

Sollte dieses wider Erwarten nicht geschehen und sollten Vorstand und Schiedsgericht nach wie vor auf diesem Standpunkte beharren, so verpflichten sich die Versammelten, zur geeigneten Zeit erneut zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen und nicht eher zu ruhen, bis diese Härten beseitigt sind.

Weiter bringen die Versammelten zum Ausdruck, daß es Pflicht der gesamten Mitglieder sei, sich ihrer Organisation, dem Deutschen Transportarbeiterverband anzuschließen, um dadurch diesen Wünschen mehr Nachdruck verleihen zu können.“

Jugendveranstaltungen.

Neußlin. Heim I. Idealpflege. Heute Donnerstag: Vortrag über Geschichte des 19. Jahrhunderts.

Verband der Preisvergehilfen Deutschlands (Zweigenverein Berlin und Berarke). Heute Donnerstag, abends 9 Uhr: Versammlung im Lokal Koenigsallee Str. 11/12.

Witterungsübersicht vom 4. März 1914.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Berlin	761,5	SW	2	bedeckt	3	Magdeburg	759,5	SW	1	Schnee	-1
Dresden	761,5	SW	3	bedeckt	3	Potsdam	761,5	SW	1	Schnee	-1
Hamburg	761,5	SW	3	bedeckt	3	Stettin	761,5	SW	3	bedeckt	3
Frankf. a. M.	760,5	SW	4	Daukt	3	Worms	759,5	SW	3	bedeckt	3
München	760,5	SW	3	bedeckt	3	Paris	761,5	SW	3	Regen	6
Wien	761,5	SW	1	Wolklos	1						

Wetterprognose für Donnerstag, den 5. März 1914. Ein wenig wärmer, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit wiederholten Regenschauern und lebhaften westlichen Winden. Berliner Wetterbureau

Öffentliche politische Versammlungen.

Große Protestversammlung

gegen das unerhörte Urteil
der Frankfurter Strafkammer

am
Donnerstag, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr,
im „Deutschen Hof“, Luckauer Straße 15.

Tagesordnung:
Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse.

Referenten:
Genossin Dr. Rosa Luxemburg
und
Genosse Dr. Kurt Rosenfeld.
Der Einberufer: Eugen Ernst, Lindenstraße 2.

Hermsdorf bei Berlin.
Einen glänzenden Abschluß fand die in unserem Ort stattgefundene Gemeindevorstandswahl. Kurz vor Beginn der Wahl füllte sich der Saal von unseren Wählern. Gal: es doch, zwei unserer Genossen als Beisitzer in den Wahlvorstand zu wählen. Trotz des besonderen Hinweises der Bürgerlichen in ihrer Zeitung und in ihren Flugblättern, sich rechtzeitig einzufinden, um bei der Wahl der Beisitzer des Wahlvorstandes zugegen zu sein, vermochten sie nicht annähernd die nötige Anzahl aufzubringen, um unsere Vorschläge niederstimmen zu können. Auch die Absicht, das letzte Mandat der dritten Klasse noch zu reiten, mißlang; mit 281 gegen 134 bürgerliche Stimmen wurde unser Genosse Reunzig gewählt. Damit zieht der vierte Sozialdemokrat in unser Parlament. — Eine kleine Ueberraschung gab es noch nach Schluß der Wahlhandlung. Als der Wahlvorsteher das Resultat der Wahl bekanntgab, erklärte im Saale das Kampflied „Empor zum Licht“, vorgebracht vom Mitgliedern des Arbeitergesangvereins „Korbische Mänge“. Der markige Gesangsvortrag wirkte auf alle unsere Wähler begeisternd und anfeuernd zu neuen Kämpfen und neuen Siegen. Sogar einige Bürgerliche sollten den Sängern Beifall.

Oranienburg.
Der Studienplan für die gewerbliche Fortbildungsschule für das Sommerhalbjahr 1914 ist nunmehr, nachdem unsere Genossen verabschiedend gegen den späten Abendunterricht nach 8 Uhr abends protestiert hatten, wie folgt festgelegt worden: Für die Metallarbeiter in Oberstufe Dienstag, Mittelsstufe Mittwoch, Unterstufe Donnerstag von 6—10 Uhr vormittags; für Holzarbeiter Dienstag von 4—8 Uhr nachmittags; für Bauhandwerker Montag und Donnerstag von 6—8 Uhr nachmittags; für Nahrungsmittelgewerbe Montag von 2—6 Uhr nachmittags; für gemischte Berufe in Klasse A Dienstag von 2—6 Uhr nachmittags, Klasse B Montag von 4—8 Uhr nachmittags. Der Zeichenunterricht findet statt für Metallarbeiter in Klasse 1 Dienstag, Klasse 2 Mittwoch, Klasse 3 Donnerstag von 10—12 Uhr vormittags; für Holzarbeiter in Klasse 4 Montag, in Klasse 5 Donnerstag von 6—8 Uhr nach-

Heranagefüttert

werden bleichsichtige junge Mädchen, schwächliche, bangere Personen, fräuliche Frauen, blasse, schlecht entwickelte Kinder, wenn sie regelmäßig mit

D. A. J. Weil's
Hafermark

ernährt werden. Wissenschaft und ärztliche Erfahrung haben uns den Wert der Hafermarkung schätzen gelehrt. Aber kein anderes Hafermarkpräparat übertrifft an Wohlgeschmack, Nährwert und schneller, einfacher Zubereitung Dr. med. Rud. Bell's Hafermark.
Gebrauchsvorschrift auf den Paketen.
Originalpaket = 1 Pfd. 40 Pf.
General-Depot:
D. Mader, Praterstr. 86.
Zu haben in den Filialen der
Konsumgenossenschaft
Berlin und Umgegend. *

Heines Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Spezialarzt
I. Haut-, Gorn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beintraute jeder Art, Eitrlich Gata-Ryren in u. Co. ions. Laborat. i. Blut-untersuchung. Haben i. Harn usw. gegenüber.
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, Ganoptikum
Ept. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-3.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separat Damenzimmer.

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Chne jede Anzahlung!!
Reine Rasierer, keine Rasen!
Bettwäsche, Teppiche,
Portieren, Bilder, Gardinen,
Stores, Stopp- u. and. Dackel.
HATZNER
Gustavstraße Nr. 41.

Steppdecken

Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Oranienstr. 158.

Simillseide in den Farben 4²⁵ bis 21⁰⁰
Seidona. bord. 8⁵⁰ bis 27⁰⁰
Wolltiss blau, oliv

Baumdecken 21⁰⁰ bis 125⁰⁰
Schlafdecken 2⁵⁰ bis 36⁰⁰
1 Partio graue Schnitterdecken ... 1³⁵
Nach auswärtig per Nachnahme.

Spezial-Katalog

(650 Abbild.) grat. u. franko.

SINGER

Familien-Nähmaschinen sind die vollkommensten!

Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.

SINGER CO.

Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin, Leipziger Str. 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Eine reizende Neuheit, welche die Kinder spielend Geschicklichkeit erlangen läßt und gleichzeitig Anregung verschafft, erhält auf Wunsch jeder Leber dieser Zeilen kostenfrei von Reiss's Kindermehl G. m. b. H. D. Berlin W. 57. Es ist dies eine Ausschneidepuppe mit drei verschiedenen, allerliebsten Gerändern, womit die Kinder sehr gern und lange spielen. Auf Wunsch wird auch eine Probedose des berühmten Kindermehl's un-kostenlos beigelegt.

Ein sehr wichtiger Hinweis

M. GLOGAU
Alte Jacobstr. 73.

Kredit!

erhält Jeder!

in streng diskreter, selbstredend kulantester Form

Komplette Küchen von 59 M. an
Schlafzimmer von 235 M. an
Wohnzimmer von 270 M. an
Speisezimmer von 565 M. an
Herrenzimmer von 398 M. an
Komplette Salons von 372 M. an

125
komplette Zimmer
stets auf Lager.

Beamte
ohne
Anzahlung!

Damen-
Kostüme von 32 M. an
Paletots von 26 M. an
Mäntel... von 35 M. an
Ulster... von 29 M. an

Herren-
Anzüge... von 28 M. an
Rockanzüge von 39 M. an
Ulster... von 34 M. an
Paletots von 41 M. an

Der echte Kapitän-Kautabak ist nicht nur durch seinen feinen Geschmack allein so schnell beliebt geworden, sondern auch vom gesundheitlichen Standpunkt aus, denn jedes einzelne Stück dess. (10 Pf.-Stücken oder Bündel) wird sauber verpackt zum Verkauf gebracht. Die viel gerade hier gefertigt wird, bedarf wohl keiner Erklärung.

Verkaufsstellen überall, event. d. d.
General-Vertr. C. Röcker, Berlin, Grünbergweg 110. Tel.: Köniq. 3861.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellungsuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 12 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 66, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Kunstgardenen, prachtvolle Neuheiten, jetzt 4.75, Tischdecken 1.95, Störze 2.50, Tischschabeden 6.50, Steppdecken 4.50, Teppiche meist unter Preis. Vorwärts-leier noch 5 Prozent Extrarabatt. Gardinen und Teppichhaus Georg Lange Nachfolger, Chausseest. 73/74, und Schöneberg, Hauptstr. 149. 21608*

Tafelbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des blühenden Garten-Gewächses und Obstgartens von War. Desbordes. Zweite verbesserte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3.50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69. 21608*

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44 farblichste Teppiche kostbillig; Gardinen, Steppdecken, Tischdecken halben Preis. Vorwärts-leier 5 Prozent Extrarabatt. 7858*

Klappbordwagen, Kinderbesten, gelb, zurückgekehrt, Potsdamerstr. 63.

Gadronen, Teppiche, Uhren, Bronze 1.00, billige Preise. Große Franfurter Straße 92, Reinholdsdorfer Straße 190, Schönlauer Allee 121, Reinhold, Berliner Straße 102.

Gardinen! Steppdecken! Vorwärts-leier! aussergewöhnlich billige! Vorwärts-leier 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Grün, Hagedorfer Markt 4 (Reinhold's Dorf), Sonntag geöffnet.

Vertikalband 9, Brunnenstr. 70, im Keller. 19008*

Vorläufige elegante Gartenanlage und Paletots aus feinsten Materialien 25-30 Mark, Dosen 6-18 Mark. Verlaufsbes. Germania, Unter den Linden 21.

Teppiche! (Schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Grün, Hagedorfer Markt 4, Bahnhofstraße. (Teiler des Vorwärts-leier) erhalten 5 Prozent Rabatt! Sonntag geöffnet!

Zintwaldhäuser, Zober, Sigwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reinholdsdorferstraße 47. Teiler 5 Pro.

Kindervagen! Teilerzahlung 0.50 wöchentlich an. Kleinenwahl. Kostbillig! Richardi, Reichardtstr. 80. 22428*

Beckenverkauf! Prachtteppiche, Gardinenauswahl! Tischdecken, Tischdecken, Auslieferung! Herrenanzüge, Paletots, Herrenanzüge! Schmeisler! Wandbilder, Einlegungsarbeiten! Sportbillig! Reihhaus Reichardtstr. 7.

Tischdecken (reiß gefärbt), Sit-toriatisch 1.25 bis 10 Mark. Selbstge-richtig 4.25 bis 5.50, echt Rohair-püsch 6.75 bis 36. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstr. 158. 22448

Wall's Teppichhaus, Dresdenstr. 8 (Kottbusdorfer). Zum Umzug kostbillige Ausnahmepreise für Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Dima-den. Annoncieren 10 Proz. Rabatt!

Kanarienhäusle 4.00, Blüthengend 7.00, Zusatzweiden 1.50, Pring-str. 31, Seitenflügel. 33/5

Teppiche (farbenschön), Gelegenheitsverkauf, Hagedorfer Markt, Große Franfurterstraße 9, Hagedorfer Markt, Vorwärts-leier 10 Prozent Extrarabatt.

Teppichdecken billigt! Großes Franfurterstraße 9, Hagedorfer Markt.

Gardinenhaus, Große Franfurterstraße 9, kein Laden!

John Prozent Rabatt Vorwärts-leier.

Gardinenreife, Fenster 1.55, 1.95, 2.45, 2.85, 3.50, 4.25, 5.50, 6.55 usw. G. Weissenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Franfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik an der Köpenickerstraße.

Teppiche mit Webefestern 7.50, 9.50, 11.50, 13.50, 16.50, 19.50, 22.50, 25.50, 29.50 usw. Teppichhaus, Große Franfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Heutebestände, 1-3 Fenster Tuchportieren, Plüschportieren, Radras-portieren, neuweisse Wäcker, Fenster 2.85, 3.50, 4.25, 4.85, 5.75, 6.50, 7.50, 9.50, 11.50, 14.50, 18.50 usw. Gardinen- und Teppichhaus, Große Franfurterstraße 125.

Tuchdecken, Keimdecken, Tischdecken 1.25, 1.65, 1.95, 2.45, 2.95, 3.65, 4.25, 4.85, 5.50, 6.75, 8.50, 9.70 bis 45 Mark.

Teppichdecken, Simillseide, vornehmste Ausführung 3.75, 4.85, 5.75, 6.50, 7.85, 9.50, 12.50, 14.50 usw. Große Franfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 22328*

Möbelangebot! Direkt an Privatsache verlaufene Wohnungs-Einrichtungen.

Einselne Herren-, Wohn-, Speise-, Schlafzimmer, moderne Küchen. Einzeln Dösette 90, 120, 140, Büchertische 40, 55, 75, Schreibische 28, 38, 60, Umbau 35, 50, 70, Sofa 40, 50, 75, Chaiselongue mit Decke 22.50, Anleibehranke, Kredenz, Beistelle 35, 45, 75, Bettstellen, Trumeau 30, 40, 50, Büchertische 28, Lederstühle 9, 12, 18, Auszugstische 18, 30, 45, Große farbenprächtige Salontische 38, 45, 65, Störze 2, 4, 8, Gardinen, Tischdecken 2, 4, 6, Gardinen, Bilder mit Rahmen, Freiwilliger 12, eigene Standuhren 45, 70, 100, Klubstühle, echt Leder 60, 80, 100, Leder-sofa, Tischdecken 5, Steppdecken 6, Divandecken 4.50. Alles neue, reelle, gebrauchte Waren unter Garantie zu ausfallend niedrigen Preisen für Brautleute, Hotels, Pensionate besonders empfohlen. Anhalter Bahnhöfe, Otto Hebe, Köpenickerstraße 35, direkt Hochbahnstation Köpenickerstraße. Eingang nur 25. 21778*

Möbel-Kolle, Hönstichstr. 37/39, 52 Jahre bestehend, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel auf Teilerzahlung gegen Jins-bergarantie. Verkauft gewöhnliche Möbel besonders billig. Kein Abzahlungsgeschäft. 11206*

Bildhülle vollständige Wohnungs-einrichtung, noch neu, fabelhaft billig bei Glas, Köpenickerstraße 37, vorn III (gewerblich). Händler verbeten. Befähigung auch abends. 32/0*

Vorur Sie Möbel kaufen, be-sichtigen Sie meine Möbelausstellung für Wohnungs-Einrichtungen. Kein Kaufmann. Zahlungserleichterung. Stahlschreiberstraße 57, Jagdgebäude, Darnau, Tischmeister. 21782*

Vinischlo, 40, 50, 65, Chaiselongue 18, 22, englische Bettstellen 25, Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. 20458*

Küche „Edwig“; entzückend aus-geführt, höchst dreistufig, Anrichte mit Gemüßspind, Tisch, Handtuchhalter, Robentasten, Stühle, prima Anrichte, komplett 85 Mark! Küchenmöbelhaus W. Nischow, nur Stahlschreiberstraße 25. 21808*

Nachh. Ghzinner, Salon, Kippes, Uhren usw. billig, Tempel-dorferstraße 8, I rechts, Schöneberg.

Direkt vom Händler kostbillig: Spinde, Bettische, Büchertische, Küchen, Baum, Marienburgerstraße 32. 22/1

Kindervagen, Klappwagen, Beachen, Franfurter Allee 128, III.

Ganzwändige Wohnzimmern! Kleiderkasten, extra viel, Bettische, Auszugstisch, Trumeau, 4 Stühle, prima Moquette, komplett 315, Braut-paare Rabatt. Köpferstraße, gegenüber Markt-halle. 22608*

Einfügungsbilder Möbelstücken bietet unser Totalaufbauwerk wegen vollständiger Ausführung unserer Ge-schäfte Wasserstraße 8 und Oranien-str. 37 wie wiederkehrende Ge-legenheit! Speise-, Schlaf-, Herren-zimmer, Küchen, Einzelmöbel jeder Art kostbillig einzukaufen. Ueber-zeugen Sie sich von unserem streng reellen Angebot ohne jeden Kauf-zwang in unserem Totalaufbauwerk. Lagerung: Lieferung kostenfrei. Wasserstraße 8 und Oranienstraße 37.

Möbel - Gelegenheitsverkauf! Brautleute, Köpferstraße 6. Große Auswahl neuer gebrauchter Möbel zu Spottpreisen. 11056*

Konkurrenzlos billig kaufen

Sie Ihre Möbel auch bei ganz ge-ringer Anzahlung und kleinster Rate-nzahlung nur in meinem Kaufgeschäfte. Ich stelle streng reelle Kaufpreise mit reeller Jinsbergarantie. Zahlungsfrist bei Streit, Krankheit usw. Große Auswahl in fünf Tagen. Haupt-sächlich Ein- und Zweizimmer-Einrich-tungen sowie Einzelmöbel. Lang-jährige Garantie! Umkauf gern ge-nattet. Kein Abzahlungsgeschäft! Keine Kasse! Umkaufswert ist frühzeitige Bestellung Kaufmahnung, Transport frei. Anzahlung erst bei Lieferung erforderlich. Tisch-meister Rejenske, Badstraße 66, zwei Minuten vom Bahnhof Gesund-brunnen. 22/20

Speisezimmer, modernes Möbel, 160 breit, Kredenz, Sofa, Umbau, mit großen Seitenkränzen, fast 800,- Mark 600,- Mark, hellereines Schlafzimmer mit großem Anleibehranke mit Büchereinrichtung, kom-plett, mit Kullern, Matratzen 325,- Mark, Schlafzimmer in echt Maho-goni 375,- Mark. Ferner Lager in 4 Etagen hundert kompletter Speise-zimmer, Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Küchen in allen Holz- und Eichen. Geliebtheitskante aus Verfertigungen und Lombard. Auch großes Lager von Ergänzungsmöbeln, Büchertische, Schreibische, Klappstühle, Kleiderkasten, Tischchen, Teppichen, Plansch usw. Hans Lemmer, Vorwärts-leierstr. 55, Köpenicker Platz. 22338*

Moderne Arbeitermöbel in zeit-gemäßer Ausführung, in Eiche (alle Farben) und Kirschbaum, unerreichte Auswahl, zu den allerbilligsten Preisen, in solider Arbeit, direkt vom Tisch-meister Julius Kpell, Köpenickerstr. 6, am Kottbusdorfer. 22408*

Möbel! Für brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe ich schon Stunde und Küche. Ein jedem Stück bestlicher Preis. Ueberbortierung dabei ausgeschlossen. Bei Kaufpreis-fällen und Arbeitsloshaltung anerkannt größte Mäßigkeit. Köpferstraße 20, Goldstand, Jägerstraße 38, Ede Guesenauerstraße. 22012*

Woebe, Woebe, Köpferstr. 58, Jagdgebäude, liefert als Spezialität Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl in 9 Etagen. Billigste Preise. Komplette eingerichtete Kinder-zimmer. Ein Zimmer und Küche 218,-, 346,-, modern 373,-, 463,-, 498,-, 526,-, 571,-, 611,-, 670,-, bis 1000,-. Zwei Zimmer und Küche 463,-, 582,-, 656,-, 740,-, 863,-, 945,-, 1011,-, 1101,-, 1208,- bis 2000,-. Schlafzimmer 188,-, 280,-, Eiche 345,-, 391,-, 423,-, 479,-, 504,-, Herrenzimmer, Eiche, 314,-, 426,-, englische Bettstelle mit Matratze 40,-, Umbau 53,-. Be-zahlung ohne Kaufzwang erbeten. Jährige Jahre Garantie. Eventuell Zahlungsvereinfachungen. Gedinet 8-8, Sonntag 12-2. Kein Laden. Verkauf im Jagdgebäude. Anker-buch gratis. 20768*

Fahrräder.

Privatleuten verkaufte Dreiradborrad 25.00, Freilaufäder, Herren, Damen, billig. Franfurter Allee 104, Großer.

Kaufgesuche.

Goldschmiele fast höchstzahlend Jahrgänge, alle Metalle. Bitte Nieper, nur Köpenickerstraße 157.

Platinabfälle, alte Goldschmiele, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Schmied, Goldwaagen, Quecksilber, Stanniol sowie familiäre Gold-, Silber-, platinabfallige Schmiede, Platinabfälle, alte Goldschmiele, Berlin, Köpenickerstraße 29, Teilerstr. 10/11/12/13/14/15/16/17/18/19/20/21/22/23/24/25/26/27/28/29/30/31/32/33/34/35/36/37/38/39/40/41/42/43/44/45/46/47/48/49/50/51/52/53/54/55/56/57/58/59/60/61/62/63/64/65/66/67/68/69/70/71/72/73/74/75/76/77/78/79/80/81/82/83/84/85/86/87/88/89/90/91/92/93/94/95/96/97/98/99/100/101/102/103/104/105/106/107/108/109/110/111/112/113/114/115/116/117/118/119/120/121/122/123/124/125/126/127/128/129/130/131/132/133/134/135/136/137/138/139/140/141/142/143/144/145/146/147/148/149/150/151/152/153/154/155/156/157/158/159/160/161/162/163/164/165/166/167/168/169/170/171/172/173/174/175/176/177/178/179/180/181/182/183/184/185/186/187/188/189/190/191/192/193/194/195/196/197/198/199/200/201/202/203/204/205/206/207/208/209/210/211/212/213/214/215/216/217/218/219/220/221/222/223/224/225/226/227/228/229/230/231/232/233/234/235/236/237/238/239/240/241/242/243/244/245/246/247/248/249/250/251/252/253/254/255/256/257/258/259/260/261/262/263/264/265/266/267/268/269/270/271/272/273/274/275/276/277/278/279/280/281/282/283/284/285/286/287/288/289/290/291/292/293/294/295/296/297/298/299/300/301/302/303/304/305/306/307/308/309/310/311/312/313/314/315/316/317/318/319/320/321/322/323/324/325/326/327/328/329/330/331/332/333/334/335/336/337/338/339/340/341/342/343/344/345/346/347/348/349/350/351/352/353/354/355/356/357/358/359/360/361/362/363/364/365/366/367/368/369/370/371/372/373/374/375/376/377/378/379/380/381/382/383/384/385/386/387/388/389/390/391/392/393/394/395/396/397/398/399/400/401/402/403/404/405/406/407/408/409/410/411/412/413/414/415/416/417/418/419/420/421/422/423/424/425/426/427/428/429/430/431/432/433/434/435/436/437/438/439/440/441/442/443/444/445/446/447/448/449/450/451/452/453/454/455/456/457/458/459/460/461/462/463/464/465/466/467/468/469/470/471/472/473/474/475/476/477/478/479/480/481/482/483/484/485/486/487/488/489/490/491/492/493/494/495/496/497/498/499/500/501/502/503/504/505/506/507/508/509/510/511/512/513/514/515/516/517/518/519/520/521/522/523/524/525/526/527/528/529/530/531/532/533/534/535/536/537/538/539/540/541/542/543/544/545/546/547/548/549/550/551/552/553/554/555/556/557/558/559/560/561/562/563/564/565/566/567/568/569/570/571/572/573/574/575/576/577/578/579/580/581/582/583/584/585/586/587/588/589/590/591/592/593/594/595/596/597/598/599/600/601/602/603/604/605/606/607/608/609/610/611/612/613/614/615/616/617/618/619/620/621/622/623/624/625/626/627/628/629/630/631/632/633/634/635/636/637/638/639/640/641/642/643/644/645/646/647/648/649/650/651/652/653/654/655/656/657/658/659/660/661/662/663/664/665/666/667/668/669/670/671/672/673/674/675/676/677/678/679/680/681/682/683/684/685/686/687/688/689/690/691/692/693/694/695/696/697/698/699/700/701/702/703/704/705/706/707/708/709/710/711/712/713/714/715/716/717/718/719/720/721/722/723/724/725/726/727/728/729/730/731/732/733/734/735/736/737/738/739/740/741/742/743/744/745/746/747/748/749/750/751/752/753/754/755/756/757/758/759/760/761/762/763/764/765/766/767/768/769/770/771/772/773/774/775/776/777/778/779/780/781/782/783/784/785/786/787/788/789/790/791/792/793/794/795/796/797/798/799/800/801/802/803/804/805/806/807/808/809/810/811/812/813/814/815/816/817/818/819/820/821/822/823/824/825/826/827/828/829/830/831/832/833/834/835/836/837/838/839/840/841/842/843/844/845/846/847/848/849/850/851/852/853/854/855/856/857/858/859/860/861/862/863/864/865/866/867/868/869/870/871/872/873/874/875/876/877/878/879/880/881/882/883/884/885/886/887/888/889/890/891/892/893/894/895/896/897/898/899/900/901/902/903/904/905/906/907/908/909/910/911/912/913/914/915/916/917/918/919/920/921/922/923/924/925/926/927/928/929/930/931/932/933/934/935/936/937/938/939/940/941/942/943/944/945/946/947/948/949/950/951/952/953/954/955/956/957/958/959/960/961/962/963/964/965/966/967/968/969/970/971/972/973/974/975/976/977/978/979/980/981/982/983/984/985/986/987/988/989/990/991/992/993/994/995/996/997/998/999/1000/1001/1002/1003/1004/1005/1006/1007/1008/1009/1010/1011/1012/1013/1014/1015/1016/1017/1018/1019/1020/1021/1022/1023/1024/1025/1026/1027/1028/1029/1030/1031/1032/1033/1034/1035/1036/1037/1038/1039/1040/1041/1042/1043/1044/1045/1046/1047/1048/1049/1050/1051/1052/1053/1054/1055/1056/1057/1058/1059/1060/1061/1062/1063/1064/1065/1066/1067/1068/1069/1070/1071/1072/1073/1074/1075/1076/1077/1078/1079/1080/1081/1082/1083/1084/1085/1086/1087/1088/1089/1090/1091/1092/1093/1094/1095/1096/1097/1098/1099/1100/1101/1102/1103/1104/1105/1106/1107/1108/1109/1110/1111/1112/1113/1114/1115/1116/1117/1118/1119/1120/1121/1122/1123/1124/1125/1126/1127/1128/1129/1130/1131/1132/1133/1134/1135/1136/1137/1138/1139/1140/1141/1142/1143/1144/1145/1146/1147/1148/1149/1150/1151/1152/1153/1154/1155/1156/1157/1158/1159/1160/1161/1162/1163/1164/1165/1166/1167/1168/1169/1170/1171/1172/1173/1174/1175/1176/1177/1178/1179/1180/1181/1182/1183/1184/1185/1186/1187/1188/1189/1190/1191/1192/1193/1194/1195/1196/1197/1198/1199/1200/1201/1202/1203/1204/1205/1206/1207/1208/1209/1210/1211/1212/1213/1214/1215/1216/1217/1218/1219/1220/1221/1222/1223/1224/1225/1226/1227/1228/1229/1230/1231/1232/1233/1234/1235/1236/1237/1238/1239/1240/1241/1242/1243/1244/1245/1246/1247/1248/1249/1250/1251/1252/1253/1254/1255/1256/1257/1258/1259/1260/1261/1262/1263/1264/1265/1266/1267/1268/1269/1270/1271/1272/1273/1274/1275/1276/1277/1278/1279/1280/1281/1282/1283/1284/1285/1286/1287/1288/1289/1290/1291/1292/1293/1294/1295/1296/1297/1298/1299/1300/1301/1302/1303/1304/1305/1306/1307/1308/1309/1310/1311/1312/1313/1314/1315/1316/1317/1318/1319/1320/1321/1322/1323/1324/1325/1326/1327/1328/1329/1330/1331/1332/1333/1334/1335/1336/1337/1338/1339/1340/1341/1342/1343/1344/1345/1346/1347/1348/1349/1350/1351/1352/1353/1354/1355/1356/1357/1358/1359/1360/1361/1362/1363/1364/1365/1366/1367/1368/1369/1370/1371/1372/1373/1374/1375/1376/1377/1378/1379/1380/1381/1382/1383/1384/1385/1386/1387/1388/1389/1390/1391/1392/1393/1394/1395/1396/1397/1398/1399/1400/1401/1402/1403/1404/1405/1406/1407/1408/1409/1410/1411/1412/1413/1414/1415/1416/1417/1418/1419/1420/1421/1422/1423/1424/1425/1426/1427/1428/1429/1430/1431/1432/1433/1434/1435/1436/1437/1438/1439/1440/1441/1442/1443/1444/1445/1446/1447/1448/1449/1450/1451/1452/1453/1454/1455/1456/1457/1458/1459/1460/1461/1462/1463/1464/1465/1466/1467/1468/1469/1470/1471/1472/1473/1474/1475/1476/1477/1478/1479/1480/1481/1482/1483/1484/1485/1486/1487/1488/1489/1490/1491/1492/1493/1494/1495/1496/1497/1498/1499/1500/1501/1502/1503/1504/1505/1506/1507/1508/1509/1510/1511/1512/1513/1514/1515/1516/1517/1518/1519/1520/1521/1522/1523/1524/1525/1526/1527/1528/1529/1530/1531/1532/1533/1534/1535/1536/1537/1538/1539/1540/1541/1542/1543/1544/1545/1546/1547/1548/1549/1550/1551/1552/1553/1554/1555/1556/1557/1558/1559/1560/1561/1562/1563/1564/1565/1566/1567/1568/1569/1570/1571/1572/1573/1574/1575/1576/1577/1578/1579/1580/1581/1582/1583/1584/1585/1586/1587/1588/1589/1590/1591/1592/1593/1594/1595/1596/1597/1598/1599/1600/1601/1602/1603/1604/1605/1606/1607/1608/1609/1610/1611/1612/1613/1614/1615/1616/1617/1618/1619/1

Die Kuanda-Bahn.

I. Was soll die Kuanda-Bahn?

Anfang Februar dieses Jahres hat der Gleisbau der ostafrikanischen Mittellandbahn Nigoma am langgestreckten Tanganjikasee erreicht. Kapitalistische Blätter haben nicht verfehlt, dieses Ereignis in langen Artikeln zu feiern, in denen der Bau dieser ungefähr 1250 Kilometer oder 166 deutsche Meilen langen Bahnstrecke (etwa dreimal so lang als die Bahnstrecke von Berlin über Leipzig und Hof nach Lichtenfels) als große „Kulturart“ und als Beginn einer neuen kolonialen Wirtschaftsära gepriesen wurde. Die Regierung hat dieses Ereignis gar nicht abgewartet. Bevor noch der letzte Teil der Strecke von Malagarassi nach Nigoma fertiggestellt war, hat sie von dem jetzigen Gouverneur Deutsch-Ostafrikas, Dr. S. Schnee, das Projekt einer Anschließbahn ausarbeiten lassen, die von der ungefähr 1200 Meter hochgelegenen Hauptstation Tabora aus in allmählicher Steigung durch das westliche Unjamwesi-Gebiet (bewohnt von der Völkerschaft der Unjamwesi) führt, einige kleinere Flüsse und zwei Pashhöhen von 1415 und 1560 Meter überschreitet und am sogenannten Kageraflusse ausmündet, d. h. dort, wo der die Landschaft Kuanda in südöstlicher Richtung durchziehende Kagerafluß, nachdem er den Ruwuvufluß aufgenommen hat, umbiegt und sich nach Norden wendet. Die Gesamtkosten dieser 481 Kilometer langen Bahn, deren Bauzeit drei bis vier Jahre erfordern würde, werden in einer der Etatsvorlage für das ostafrikanische Schutzgebiet pro 1914 beigegebenen Denkschrift auf rund 50 Millionen Mark veranschlagt. Die Zinsen dieser Summe, die zunächst durch eine Anleihe aufgebracht werden soll, sowie die Betriebsausgaben sollen gedeckt werden durch die Erträge der neuen Bahn und die zu erwartende allgemeine Einnahmesteigerung der ostafrikanischen Kolonie, vornehmlich aus den Mehrerträgen der Kopf- und Stättensteuer. Bis her bezahlten nämlich die Bewohner der großen Landschaften Kuanda und Urundi, deren Ostgrenze die neue Bahnlinie streift, keine Steuer; nach der Beendigung soll ihnen aber zunächst eine Kopfsteuer im Betrag von 3 Rupien (1 Kupie = 1,33 M.) auferlegt und ferner soll die heutige Kopfsteuer im angrenzenden nördlichen Tabora- und im südlichen Kuanda-Bezirk sowie im Karagwegebiet von 3 auf 5, wenn es geht, sogar auf 6 Rupien erhöht werden. Wodurch sich nach vorsichtiger Berechnung ganz bequem ein Steuernehrertrag von jährlich 2 900 000 M. herausholen läßt, während nach Verzinsung und Tilgung des Baukapitals der neuen Bahn nur rund 2 300 000 M. erforderlich sind, so daß noch ein schöner jährlicher Ueberschuß von 600 000 Mark bleibt — zur Deckung des Mehrbedarfs für Verwaltungsausgaben.

In der Denkschrift (Seite 92) heißt es über diese Steuerpläne:

„Nach neueren vorsichtigen Schätzungen und Zahlenangaben des Residenten in Nigali beträgt in Kuanda die Zahl der erwachsenen männlichen Bewohner 500 000. Bei Einführung einer Kopfsteuer von 3 Rupien könnte daher mit einer Einnahme von 1 500 000 Rupien = 2 000 000 M. gerechnet werden. Der Sicherheit halber sollen hier aber nur Steuererträge von 1 500 000 M. in Rechnung gestellt werden. In Urundi liegen die Verhältnisse ähnlich. Auch hier wird bei einer Volkszahl von 1 500 000 Eingeborenen (gegen etwa 2 000 000 in Kuanda) mit einer beträchtlichen Steuereinnahme gerechnet werden können, die mit 1 000 000 Mark nicht zu hoch geschätzt erscheint. Außerdem haben auch die nördlich der Tanganjikabahn liegenden Gebiete des Tabora-Bezirks, die angrenzenden südlichen Teile des Bezirks Kuanda und die südlichen Landschaften der Residentur Rufoba durch die geplante Bahn so große wirtschaftliche Vorteile, daß sie mit höheren Steuerleistungen zur Verzinsung der Bahn beitragen können. Die Leiter der genannten Bezirke haben sich dahin ausgesprochen, daß in denjenigen Teilen ihrer Bezirke, in denen durch die Bahn Abnahmlichkeiten geschaffen sind oder noch geschaffen werden, eine Erhöhung des Steuerfußes von 3 auf 5 oder nötigenfalls auf 6 Rupien der Leistungsfähigkeit der Eingeborenen angemessen und ohne Schwierigkeiten durchführbar sei. Die Gebiete, um die es sich handelt, liefern bisher die höchsten Erträge zu den Gesamteinnahmen an Kopfsteuer im Schutzgebiete. Im Jahre 1912 sind in den drei genannten Bezirken bei einem Kopfsteuerfuß von 3 Rupien schon über 1 200 000 Rupien = 1 600 000 M. eingegangen. Jede Kupie, um welche der Steuerfuß erhöht wird, bringt also eine Mehreinnahme von 400 000 M. jährlich. Kann infolge des Bahnbaues eine Kopfsteuererhöhung nicht auf 4 Rupien, wie in der Denkschrift des Jahres 1911 vorgeesehen war, sondern auf 5 Rupien in den drei Bezirken durchgeführt werden, so ergibt sich insgesamt eine Mehreinnahme an Steuern in Kuanda, Urundi und den von der Bahn berührten Bezirken von 2 900 000 M.“

Begründet wird der Bahnbau, wie immer, mit der Notwendigkeit einer weiteren Erschließung Deutsch-Ostafrikas für die Kultur und den Handel. Zwar zum Plantagenbau wie auch zum Ackerfarmbetrieb sind die meisten Teile der Landschaften Kuanda und Urundi wenig geeignet. Beide sind Berg- und Weidegebiete, für die Rinder-, Ziegen- und Schafzucht trefflich geeignet. Zwar werden in den günstiger gelegenen Teilen überall auch Hirse, Mtama oder Masaka, eine Art Sorghum (das sogenannte Negerkorn), Bataten (Süßkartoffeln), Bohnen und Erbsen angebaut, in einigen wärmeren Flußtalern neuerdings auch Mais und vereinzelt etwas Weizen, daneben Bananen (die der ärmeren Bevölkerung vielfach zur Vereitung von Pombe, eines süßlich-bierartigen Getränks dienen), Tabak und hin und wieder auch Zuckerrohr. Im ganzen sind die Erträge an Acker- und Gartenprodukten aber im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ziemlich gering und werden von den Eingeborenen notwendig selbst gebraucht. Auf Einrichtung großer Plantagenwirtschaften oder eine größere Ausfuhr wertvoller Landprodukte ist deshalb nicht zu rechnen; eine Tatsache, die die Schneische Denkschrift trotz ihres reichlichen Optimismus selbst mit den Worten zugesteht: „Viehzucht und Ackerbau werden auch in Zukunft die wirtschaftlichen Grundlagen für die Wirtschaft und den Handel Kuandas und Urundis bleiben; für Großplantagen und Großfarmen bieten die dichtbesiedelten Gebiete keinen Platz.“

Nur in einzelnen Teilen Nord-Urundis, gegen den Manjaru und Njavarongo zu, stehen noch Gebiete von geringer Ausdehnung für die Besiedelung offen, das nicht bewohnte Land ist aber meistens Buschsteppe. Ob es nach seiner Bodenbeschaffenheit und seinen Wasserverhältnissen für eine europäischer Besiedelung

in Frage kommt, ist unsicher. In dem übrigen Kuanda- und Urundigebiet könnten vielleicht an einzelnen Stellen kleinere Parzellen Land für Europäer herausgeschnitten werden.“

Um so günstigere Bedingungen bieten beide Bergländer, die fast so groß sind wie Sachsen, Württemberg und Baden zusammen, der Viehzucht — vornehmlich der Rinder-, Ziegen- und Schafzucht; denn Waldbestände treten nur ganz spärlich auf (Kuanda ist fast walddlos), wohl aber sind die meist 1500 bis 1800 Meter hochgelegenen, in einzelnen Teilen Kuandas (namentlich am Ostrand des 1450 Meter hohen Ribusees) sich bis zu 2800 Metern hinziehenden Weidestrecken durchweg mit dichtem Graswuchs bedeckt, da die Hochebene vielfach von Seen, Bächen oder von den Bergabhängigen herabströmenden Flüssen und Flüsschen durchzogen ist (der obengenannte Ribusee ist ungefähr viermal so groß wie der ganze Bodensee). Daher hat sich denn auch hier in dem Zwischenengebiet nicht nur eine bedeutende einheimische Viehzucht entwickelt, sondern es hat auch eine erstaunliche Menschenhäufung stattgefunden. Kuanda und Urundi haben eine dichtere Bevölkerung als Ostpreußen; sie sind der Schätzung nach (genaue Zählungen gibt es nicht) von fast 3 1/2 Millionen Eingeborenen bewohnt. Und der gesamte Viehbestand wird von der Schneischen Denkschrift auf ungefähr 2 Millionen Rinder und ebensoviel Kleinvieh (Ziegen und Schafe) geschätzt; eine Schätzung, die freilich zu den bisherigen Annahmen im starken Kontrast steht, wie denn beispielsweise die erste vor einem Monat erschienene vom Reichskolonialamt herausgegebene Denkschrift über die deutschen Schutzgebiete die Zahl der Rinder in Urundi nur auf 250 000 Stück schätzt, nicht wie die Denkschrift über den Kuanda-Bahnbau auf 1 000 000.

Diese reichen Viehbestände der Eingeborenen gilt es nach der Denkschrift dem deutschen Kapital durch eine Bahn nutzbar zu machen. Viehwertungs-gesellschaften bietet Kuanda-Urundi ein dankbares Feld für ihre Tätigkeit. Und nicht minder winken dem Handel durch die Ausfuhr von Häuten, Fellen, Hörnern und Sufen hohe Profite; denn noch stehen die Preise für diese Artikel recht niedrig. Aber es muß schnell gebaut werden; denn schon beginnt sich ein höchst einträgliches Häute- und Fellhandel nach der englischen Ugandakolonie zu entwickeln. Trägerkolonnen schleppen aus dem Innern Nord-Kuandis die Felle und Häute nach dem deutschen Hafenplatz Rufoba am Westufer des Viktoriasees, von dort gehen sie per Schiff nach Port Florence am Nordostufer des Sees und werden dann auf der englischen Ugandabahn nach Nombassa transportiert. Im Jahre 1912 sind von Rufoba aus nach der deutschen Zollstatistik bereits für 1 1/2 Millionen Mark Häute aller Art nach Uganda ausgeführt worden. Und was das Schlimmste ist, dieser Handel geht heute fast ausschließlich durch die Hände von Arabern, Indern, Engländern. Der deutsche Händler sieht zu. Also her mit einer Bahn, die diesen Handel über Tabora nach Dar-es-Salam lenkt!

Vom kapitalistischen Standpunkt aus betrachtet, ist diese Argumentation, wenn auch vielleicht etwas rosig angepudert, durchaus vernünftig. Es ist daher ganz begreiflich, daß unsere Herren Imperialisten sämtlich für die friedliche Erschließung des ostafrikanischen Zwischenengebietes durch eine Bahn schwärmen, nur über die Trasse der Bahn sind sie sich noch nicht einig. Aber selbsterweise scheint, nach einzelnen Äußerungen der Parteipresse zu schließen, diese schöne Argumentation selbst bei einem Teil der Mitglieder unserer Reichstagsfraktion eingeschlagen und in ihnen die Neigung gereift zu haben, unter gewissen Bedingungen für die im Etatsvorschlag eingeforderte erste Rate der Bahnbaukosten zu stimmen. So wird in einem Artikel „Wandlungen in der Kolonialpolitik“ der „Chemnitzer Volksstimme“ erzählt, daß in der deutschen Kolonialpolitik mehr und mehr humanitäre Grundsätze Geltung erlangt hätten, die „Kulturaufgaben im ziemlich raschen Tempo“ wüchsen, und für die einzelnen Kolonien der Reihe nach Kulturprogramme „vorgesehen“ worden wären.

Dann heißt es in bezug auf die geplante neue Kuanda-Bahn:

„In Ostafrika ist vor wenigen Tagen an der Mittellandbahn, die von Dar-es-Salam bis zum Tanganjikasee führt, das Gleis bis an den See herangerückt worden, und in ganz kurzer Zeit wird die Strecke Wegs in drei Tagen vom Buge durchquert werden, auf der bisher in 45–60 Tagesmärschen viele Tausende von Regern ihre Lasten schleppen und in großer Zahl zugrunde gingen.“

Eine neue Bahnlinie, die von Tabora nach dem Kageraflusse führen soll, soll mit einem Kostenaufwande von 50 Millionen Mark die ertragreichen Gebiete von Uganda und Urundi mit ungefähr 4 1/2 Millionen Einwohnern dem modernen Handel und Verkehr erschließen. 400 Kilometer soll diese Eisenbahn lang sein. Zwischen 400 und 500 Kilometer schiffbarer Wasserstraßen werden durch sie erschlossen werden. Neue große Entwidlungs-möglichkeiten im Herzen Afrikas werden sich dort innerhalb weniger Jahre auf-tun.

Allerdings sind mit diesen Bahnbauten unstreitig auch nicht geringe Gefahren für Leben und Eigentum der bei den riesigen Bauten beschäftigten Arbeiter verknüpft, und wenn nicht mit allergrößter Sorgsamkeit und Vorsicht verfahren wird, kann in den großen Sultanaten zwischen dem Viktoriassee und Tanganjikasee ein Kolonialkrieg entbrennen, der ungeheuerliche Opfer an Geld und Menschen erfordern würde. Zu verkennen ist aber nicht, daß raschere kulturelle Entwicklung, die Unterdrückung von Barbarei, die Verhütung von Greueln und der Vernichtung von Menschenleben sowohl durch brutale Weise als auch durch verheerende Seuchen nur zu erreichen ist, wenn moderne Verkehrswege, seien es Automobilstraßen, wie sie in Südamerica geplant sind, seien es Eisenbahnen, die riesengroße Länderereien erschließen und eine ordnungsmäßige Verwaltung ermöglichen.“

Das Rathos des Verfassers ist gut — seine Angaben aber sind nicht immer richtig. So verwechselt er z. B. Uganda, das englischer Besitz ist, mit Kuanda, gibt als Bevölkerungsziffer 4 1/2 Millionen an, während selbst nach höchster Schätzung die beiden Landschaften nur von 3 1/2 Millionen Menschen bewohnt werden, schätzt die Bahnstrecke auf nur 400 Kilometer, statt 481 Kilometer usw. — Aber das sind Nebensachen, da es sich hier nur um die Kennzeichnung einer gewissen Stimmung handelt, um die Auffassung, die projektierte Bahn von Tabora bis zum Kageraflusse sei eine Kulturart, durch die die kulturelle Entwicklung in Ostafrika gefördert, die Barbarei unterdrückt, Greuel verhütet und die Ver-

nichtung von Menschenleben gehemmt und gehindert werde. Diese Ansicht zwingt dazu, Ruhen, Zweck und voranschreitliche Folge des geplanten Bahnbaues etwas näher zu untersuchen. Und da die innerkolonialen Verhältnisse Deutsch-Ostafrikas ziemlich kompliziert sind, kann leider die Untersuchung nicht ganz kurz sein. Der zweite Artikel soll zunächst die Frage behandeln: „Welchen Zwecken dient der Bahnbau?“

Reichstag.

227. Sitzung. Mittwoch, den 4. März 1914, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Kraetke, v. Falkenhayn. Zunächst wird gemäß den Anträgen der Geschäftsordnungs-Kommission die Genehmigung zur Einleitung von Privatklageverfahren gegen die Abgg. Bruhn (Ant.) und Bod (Soz.) nicht erteilt.

Es folgt die Zweifelsinterpellation des Zentrums.

Kriegsminister v. Falkenhayn

erklärt, daß die Interpellation im Laufe der nächsten Woche beantwortet werden wird.

Hierauf werden die zurückgestellten Abstimmungen aus dem Marineetat und dem Etat der Verwaltung der Reichseisenbahnen erledigt.

Die Offizierspfeifeinstalt in Kiel wird dem Antrage der Budgetkommission gemäß gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen abgelehnt.

In bezug auf die Strecke Straßburg-Weis wird nach dem Antrag der Budgetkommission der viergleisige Ausbau beschlossen.

Hierauf wird die

zweite Beratung des Postetats

fortgesetzt.

Abg. Diez (Z.):

Im Verkehr mit der Schweiz sollte das Grenzpostamt endlich eingeführt werden. Die postlagernden Sendungen müssen verboten werden. Sie bezwecken im allgemeinen die Anknüpfung oder Fortsetzung unläuterer Beziehungen. Zu welchem Resultat haben die Verhandlungen darüber bisher geführt? Zum mindesten müssen solche Sendungen die volle Adresse des Absenders enthalten. Das Postamt muß den Beamten in vollem Umfange gewahrt bleiben. Allerdings wäre es gut, wenn die Petitionen erst den Instanzenweg gehen, ehe sie an den Reichstag gelangen. Voraussetzung ist dabei natürlich, daß die Verwaltung die Petitionen nicht jahrelang unbeantwortet liegen läßt.

Staatssekretär Kraetke:

In der Sache der postlagernden Sendungen schweben noch Ermittlungen.

Abg. Jäger (natl.):

Im Interesse der Arbeiter habe ich fast die gleichen Wünsche zu erörtern und Wünsche vorzutragen wie im letzten und vorletzten Jahre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Wünsche sind auch dem Staatssekretär nicht unbekannt, sondern ihm alle von den Arbeiterschaften unterbreitet worden. Die Streckenbaukolonnen verlangen Unterkunftsräume, einen einheitlichen Lohn und bei auswärtiger Beschäftigung eine Zulage, wie das bei allen anderen Verwaltungen üblich ist. Die Handwerker verlangen auch einheitliche Löhne und Bezahlung eines Teils des Lohnes während militärischer Übungen, was auch bei anderen staatlichen Verwaltungen längst durchgeführt ist. Die Nichtanrechnung der Arbeitsjahre der Telegraphenarbeiter auf das Befoldungsdienstalter bedeutet für diese eine große Härte; sie stehen dadurch stets um drei Jahre hinter Postboten, die zur gleichen Zeit eingetreten sind, zurück. Ein Telegraphenarbeiter, der vor zehn Jahren einen Zusammenstoß verursacht hatte, wurde deshalb nicht Beamter. Ich bitte, diese Verfassung zurückzunehmen. Die Schmiebe wünschen wie die anderen Handwerker Zulassung zur Beamtenlaufbahn. Die Befugnisse der Arbeiterversammlungen sollten erweitert werden. Arbeiterversammlungen, die sich besonders für ihre Kollegen ins Zeug legen, werden vielfach „aus dienstlichen Gründen“ verfehrt. Ferner wird ein Reichsarbeiterauschuss gewünscht. Direkte Vorgesetzte sollten an den Ausschüssen nicht teilnehmen. — In den Betriebskrankenkassen der Post fehlt die Familienhilfe.

Abg. Hubrich (Sp.):

Das deutsche Postwesen steht noch immer an der Spitze gegenüber allen anderen Ländern. — Herr Dertel beschwerte sich über die achtmalige Briefbestellung in Berlin. Früher hatten wir die zehnmalige Bestellung. Ich glaube, wir brauchen wirklich nicht aus diesem Hause heraus die Verwaltung zu rückschrittlichen Maßnahmen aufzufordern; das besorgt sie schon selbst. (Sehr wahr! links.) — Notwendig ist eine Erhöhung der Tagelöhner für nichtangelegte Post- und Telegraphen-Assistenten. — Die Wünsche der Postagenten sollten ebenfalls in Erwägung gezogen werden; ihre Wünsche nach Dienstaufwandsentschädigung werden meine Freunde warm unterstützen. — Den Landbriefträgern, die sich Pferde halten müssen, sollten höhere Weiträge zu den Futterkosten bewilligt werden. — Die Fahrt- und Ueberladegebühren des im Bahnpostdienst beschäftigten Personals bedürfen dringend einer Regelung; seit 1876 sind diese Gebühren unverändert geblieben (Hört! hört! b. d. Sp.). — In bezug auf Arbeitszeit und Erholungsurlaub haben sich die Verhältnisse gegen früher erheblich verbessert. Aber im einzelnen ist doch noch viel zu wünschen. Der Rechner führte noch eine Reihe von Klagen einzelner Gruppen von Beamten und Unterbeamten an, und befristete dann eine Resolution, die den Reichstagsrat dahin zu wirken ersucht, daß das von den unteren Beamten geforderte Leistungsmaß an wöchentlichen Dienststunden angemessen herabgesetzt und ihr Erholungsurlaub erweitert wird. Beim 25jährigen Regierungsjubiläum des Kaisers wurden Angehörigen der Armee und Marine erlassene Disziplinarstrafen im Gnadenwege erlassen. Es hätte doch nahegelegen, einen ähnlichen Gnadenweg auch für die Zivilbeamten anzulegen. — Gegen die Beamtenorganisationen anzukämpfen, noch dazu mit kleinen Mitteln, hat gar keinen Zweck; der Organisationsgedanke ist bereits viel zu tief in die Beamtenchaft bis in die Kreise der höheren Beamten eingedrungen, das sollte auch der Staatssekretär einsehen. Da den höheren Postbeamten die offene Vereinsgründung vom Staatssekretär untersagt wurde, haben sie sich im geheimen organisiert, das beweisen die 2800 Unterschriften unter der Petition der höheren Beamten um Verbesserung ihrer Lage. Der Organisationsgedanke ist in Paris, und auch der Staatssekretär wird ihn nicht aufhalten können. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Haegy (Eis.):

Bei der hiesigen Angelegenheit ist schon in der Kommission der Eindruck erweckt worden, daß der Staatssekretär sich nicht schuldig vor seine Beamten gestellt, sondern zugegeben hat, daß Befehlungen vorgekommen sind. Tatsächlich sind in Vabern in jener Zeit über 100 000 Poststücken an den Oberst v. Reuter ausgegeben worden, die mit außerordentlicher Pünktlichkeit bestellt worden sind. Wie kommt man denn dazu, wenn einige beleidigende Sendungen darunter waren, den Postbeamten aus der Bestellung einen Vorwurf zu machen? Es ist ja nun eine Untersuchung angestellt worden, und ich frage den Staatssekretär, wie es mit der Untersuchung steht, sind wirklich Sendungen mit so

beleidigender Aufschrift festgestellt worden, daß die Beleidigung sofort erkennbar war, und wie viel Sendungen sind an jenem Tage überhaupt eingelaufen und bestellt worden? Der Gesamtindruck ist jedenfalls, daß der Staatssekretär keine Beamten nicht bedeckt, sondern gegen beschimpfende Beleidigungen preisgegeben hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Postassistent wurde aus dem Elßah nach Ostpreußen versetzt lediglich weil er von einem anderen Postassistenten angegriffen wurde, er habe ein preußenfeindliches Lied in einer lustigen Gesellschaft gesungen. Dabei kann er durch einwandfreie Zeugen nachweisen, daß er das Lied nicht gesungen hat. Dem Mann, der die falsche Anzeige erstattet hat, wird nachgesagt, er habe sich damit als Reserveoffizier empfehlen wollen. Ich empfehle dem Staatssekretär, die Akten dieses Falles genau zu prüfen; dem Assistenten ist offenbar schweres Unrecht geschehen. Den Wünschen der anderen Redner in bezug auf Verringerung der Beamtenverhältnisse kann ich mich anschließen. Eine andere Regelung der postlagernden Sendungen wünsche ich auch wir. Zum Schluss bitte ich, dem Bundesstaat Elßah-Lothringen ein besonderes Postfachamt zu gewähren.

Staatssekretär Kraeffe:

Ueber die Haberner Angelegenheit habe ich lediglich gesagt, daß Verletzungen vorgekommen sind und unterdrückt werden. — Den anderen von dem Redner angeführten Fall kenne ich nicht.

Abg. Koste (Soz.):

Nach dem gestrigen Vorstoß des Staatssekretärs gegen den Abg. Zuberl muß man fast annehmen, der Staatssekretär empfinde jede Rede, die nicht in eine Lobeshymne endet, als persönliche Beleidigung. Aber es liegt ja scharfer Kritik reichlich Anlaß vor. Post, Telephon und Telegraph müssen auf der Höhe stehen, die der Entwicklung unseres gewerblichen Lebens entsprechen. Die Post soll nicht möglichst hohe Ueberhöfe erzielen, sondern den Verkehr, Handel und Industrie fördern. Bei Einführung von Neuerungen läßt die Postverwaltung die wünschenswerte Beweglichkeit vermissen, ich verweise nur auf die ganz genügende Verwendung von Automaten. Sein geringes Verständnis für die Bedürfnisse des Handels und der Industrie hat der Staatssekretär durch seine Ausführungen über die Fernsprechgebührenordnung bewiesen; es schmerzt ihn immer noch, daß die von ihm geplante Verteuerung vom Reichstag nicht angenommen worden ist. Der Reichstag hat alle Veranlassung, solchen Plänen energisch entgegenzutreten. (Sehr richtig! links.) — Man sagt, daß manche Leute glauben, auch mit der Postverwaltung auf Hintertreppen Geschäfte machen zu können.

Hoffentlich erklärt der Staatssekretär, daß solche Hoffnungen bei der Postverwaltung nicht auf Erfüllung rechnen können. — Geklagt wurde hier über Mißbrauch von postlagernden Briefen. Die Erleichterung des Verkehrs mit postlagernden Sendungen würde wesentlich den Verkehr zu ernsten und geschäftlichen Zwecken treffen, der gelegentliche Mißbrauch würde andere Wege finden. (Sehr richtig! links.) — Die Herren rechts haben sich lediglich der auf dem Lande sitzenden Postagenten angenommen. Auch wir wünschen angemessene Bezahlung für geleistete Arbeit. Aber man darf doch nicht übersehen, daß die meisten Postagenten dieses Amt nur im Nebenberuf ausüben. — Die von den Herren rechts vorgebrachten Argumente gegen die Frauenarbeit bei der Post, die alle Jahre hier wiederholt werden, sind dadurch nicht überzeugender geworden. Dieser Kampf der Rechte gegen die Beschäftigung von Postgehilfinnen bedeutet übrigens eine schwere Schädigung des Mittelstandes. Töchter von Arbeitern oder gar Sozialdemokraten werden bei der Post ja nicht beschäftigt, sondern Töchter des Mittelstandes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen für diese Gehilfinnen angemessene Bezahlung und keine Überanforderung. — Der Resolution Dubrich für die unteren Beamten das Leistungsmaß an wöchentlichen Dienststunden herabzusetzen und den Erholungsurlaub zu erweitern, stimmen meine Freunde zu.

Das Verfahren, auf Grund einseitiger Angaben von Beamten hier Verlesungen vorzubringen, hat natürlich sein Nützliches. Aber wollen sich die Beamten vertrauensvoll selbst an die Behörde wenden, so könnte das für sie leicht unliebsame Folgen haben. Schutz vor Mißregelungen wäre nur gegeben, wenn Beamtenausschüsse eingesetzt würden. Dann brauchen wir solchen Meintraubler nicht anzubringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wendet sich der Staatssekretär aber gegen diese Beamtenausschüsse und sollte er das nächste Mal wieder belien, in der Art wie gestern auf unsere Beschwerden zu antworten, so kann er sicher sein, daß das Echo aus dem Hause das nächste Mal noch viel intensiver sein wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn er gestern auf die Fälle von Beschwerden nicht ein Wort des Entgegenkommens gedehnt hat, so offenbar, weil es sich dabei nur um Beschwerden armer Leute handelte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Den Vorwurf Ehrerts, daß er seine Beamten in Javern gegen schwere Beschuldigungen nicht mit einem Wort in Schutz genommen hat, hat der Staatssekretär nicht widerlegen können. Er hat die Beamten glatt fallen lassen und hat auch vollständig desavouiert, was seinerzeit in der offiziellen Mitteilung der Post an die Presse stand, wo die Beamten durch die Hast des Betriebes in jenen Tagen entschuldigt wurden. Uebrigens sind ja auch sonst gegen Postbeamte in Javern und Straßburg schwere Beschuldigungen anlässlich der

Telegramme des Kronprinzen

und des Herrn v. Pellet-Rarbone erhoben worden, ohne daß der Staatssekretär ein Wort gefunden hätte, um seine Beamten in Schutz zu nehmen. Selbst gegen den schweren Vorwurf des Landesverrats, den Theobald Fiegler in Straßburg gegen die elßahischen Beamten erhoben hat, hat der Staatssekretär kein Wort der Abwehr gefunden. Da war es selbstverständlich, daß dies merkwürdige Verhalten hier scharf kritisiert wurde. Wenn auch wir das getan haben, so sind wir dabei uneigennützig gewesen als alle anderen Parteien, denn wir sind uns klar, daß die Postbeamten es nicht wagen können, sich als Sozialdemokraten zu bezeichnen. Der Staatssekretär hat nun so getan, als wenn wir ganz allgemein sonst hier Vorwürfe gegen Beamte erhoben. Er kann dabei nur einen Fall meinen, den er uns bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit vorwirft. Dabei hat der Abg. Sasse in dem betreffenden Falle sofort seine Vorwürfe zurückgenommen, als sie sich in dem gerichtslichen Verfahren, das bis dahin schwebte, als unberechtigt erwiesen hatten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Sasse, der heute leider nicht anwesend sein kann, hat mich gebeten, der Erwartung Ausdruck zu geben, daß der Staatssekretär nun endlich aufhört, mit dieser ganz haltlosen Beschuldigung uns gegenüber zu kommen. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Zu dem Herrn v. Pellet-Rarbone habe ich lediglich gesagt, daß wir auch in Zukunft dafür eintreten werden, daß die Postbeamten geschützt werden, sowohl gegen Ueberstrenge wie gegen ungenügende Bezahlung als auch gegen sonstiges Unrecht, das ihnen zugefügt wird. Und diese unsere Haltung wird sicher ihre Wirkung nicht verfehlen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kuchhoff (Z.):

An die Abmachung, daß über die Beamtergehälter nicht geredet werden sollte, haben sich nicht alle Redner gehalten. Dadurch kommen die Parteien, deren Redner das Abkommen eingehalten haben, in eine lächerliche Lage. Ich möchte deshalb ausdrücklich betonen, daß wir mit den vorgebrachten Wünschen der Beamten natürlich auch einverstanden sind. Die Betriebskrankenkassen der Post bedürfen dringend eines erhöhten Zuschuß. Von einer Selbstverwaltung ist bei ihnen keine Rede. Sie werden von höheren Beamten anstatt von Mitgliedern verwaltet. Die Beitragserhöhung ist jetzt über den Kopf der Mitglieder hinweg beschloffen worden. — In Versammlungen der Postbeamten hingegen, ist unsere Pflicht: um uns über die Verhältnisse zu orientieren. Man soll nicht so ängstlich sein gegenüber den Organisationen. Es sind doch keine Kampfgesellschaften, sondern Verbände, die

gerade Hilfsgruppen der Verwaltung sein wollen. Beamtenausschüsse würden dem ganzen Betriebe zum großen Vorteil gereichen. Ueberall herrscht heute die Selbstverwaltung, ich habe selbst als Oberlehrer meinen Schülern Selbstverwaltung gegeben. Dadurch ist das Vertrauen der Schüler zum Lehrer nicht vermindert, sondern verstärkt worden. Da ist auch nicht mehr die Zeit, die Beamenschaft zu bevormunden. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Kraeffe:

Herrn Koste erwidere ich, daß es sich nicht nur um den Fall Sachse handelt. Am 19. Januar 1904 brachte der Abg. Haase zur Sprache, daß an eine russische Studentin gerichtete Briefe auf der Post geöffnet worden seien. Ihm wurde damals erwidert, er möge das beim Postetat vordringen. Am 22. Februar 1904 führte ich dann aus, ich hätte bis jetzt erwartet, daß derartige Fälle vorgebracht würden, das sei nicht geschehen. Die Ermittlungen hätten im übrigen ergeben, daß zu der erhobenen Beschuldigung der Verletzung des Briefgeheimnisses kein Anlaß vorliege. — Dann hat 1908 Abg. Singer behauptet, daß die an sozialdemokratische Abgeordnete gerichteten Briefe geöffnet würden, und hat eine Verfügung empfohlen, durch die den Beamten eingeschärft würde, daß das Briefgeheimnis unverletzlich sei. Das habe ich damals entschieden abgelehnt, weil das eine Beschuldigung der Beamten sein würde. Und selbst im Falle Sachse muß ich Herrn Koste entgegenreten. Herr Abg. Sachse hat erst seinen Vorwurf zurückgenommen, als ich ihm vorgeworfen hatte, daß er es nicht getan habe. (Abg. Koste: Früher konnte er es gar nicht!) Also mein Vorwurf war gerechtfertigt. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Dertel (L.):

Wer unbefangenen urteilt, wird die Berechtigung der letzten Ausführungen des Staatssekretärs anerkennen müssen. Auf Javern gehe ich nicht mehr ein. Ich bleibe dabei, daß der Staatssekretär seine Pflicht verletzt hätte, wenn er anders gehandelt hätte. (Sehr richtig! rechts.) In einem Punkte bin ich mit dem Staatssekretär auch nicht zufrieden. (Ironisches Hört! hört! links.) Er hat den Postagenten gegenüber ein warmes Wohlwollen betont. Hoffentlich erreicht dies Wohlwollen in nächsten Jahre einen solchen Wärmegrad, daß es auch Laten erzeugt, vor allem die Erhöhung der Durchschnittsbezüge der Postagenten. Wie Herr Kuchhoff, so betone auch ich, daß wir eine ganze Reihe Wünsche im Interesse der höheren und mittleren Beamten, auch der Landbriefträger auf dem Herzen haben, sie aber dem Abkommen gemäß nicht geäußert haben, wie andere Herren, denen ihre uneigennützigste Liebe für die Beamten keine Ruhe ließ. (Beifall und Beifall rechts.)

Abg. Straube (Sp.):

Mit der Liebe der Konserativen für die Beamten stimmt fast alle überein, daß sie als einzige Partei gegen die Beamtenausschüsse sind. (Sehr richtig! links.) Redner äußert weiter eine Reihe Wünsche einzelner Beamtenkategorien. Beamten, die in den Gemeinderat usw. gewählt wurden, ist wiederholt die Ausübung dieses Ehrenamts unmöglich gemacht worden. Nach der Erklärung des Staatssekretärs zweifle ich nicht daran, daß in diesen Fällen Remedur eintreten wird. — Ueber die Haltung des Staatssekretärs in der Haberner Angelegenheit sind wir in der Budgetkommission geradezu erschrocken gewesen; in keiner anderen Verwaltung ist es bis jetzt denkbar gewesen, daß die Beamten in solcher Weise von dem Chef der Verwaltung preisgegeben worden sind. (Sehr richtig! links.) zumal absolut nichts von den Beamten zur Last gelegt werden kann, als schlimmstenfalls sehr entschuldigbare Versehen. Trotzdem sind von der rechten Seite und ihrer Presse, der „Kreuz-Zeitung“, die schwersten Beschuldigungen bis zu der des Hochverrats gegen die Postbeamten in Javern erhoben worden. Ich bitte den Staatssekretär um Auskunft, warum diese ungeheuerliche Beschuldigung nicht largestellt worden ist, und was für Versehen denn eigentlich in Javern vorgekommen sind.

Staatssekretär Kraeffe:

Ich habe lediglich auf Anfrage in der Kommission bestätigt, daß tatsächlich eine große Anzahl Sendungen schwer beleidigenden Inhalts an den Oberst v. Reuter ausgehändigt worden sind. (Zuruf links: Und die Beschuldigung der „Kreuz-Zeitung“?) — Herr Straube hat mir in bezug auf die Fernsprechgebührenordnung Vorträge gemacht, die ich als Injuration zurückweisen muß.

Vizepräsident Dove:

Den Ausdruck „Injuration“, von einem Abgeordneten gebraucht, würde ich durch Ordnungsruf rügen. (Lebhafter Bravo! links.)

Abg. Haase (Soz.):

Der Staatssekretär hat den gegen den Abg. Sachse erhobenen Vorwurf trotz der wiederholten Nichtigstellung nicht zurückgenommen. Sachse hat in gutem Glauben und loyal gehandelt, und sich nur in dem einen Punkte geirrt, daß nicht ein Beamter der Post rechtswidrig gehandelt hat, sondern ein Polizeibeamter. Seine irrtümliche Behauptung hat er hier bei der ersten Gelegenheit richtig gestellt. Das hätte der Staatssekretär schon längst anerkennen müssen. Er hat allen Anlaß, sich an die eigene Brust zu schlagen. Wenn ein Abgeordneter aus einer Fülle von Erregungen einen Schlag zieht, klagen die Herren schnell über Verallgemeinerung, der Staatssekretär aber hat ganz allgemeine Vorwürfe gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten erhoben, und in seiner Verlegenheit um Beweise auf einen Vorgang von vor zehn Jahren zurückgegriffen. Die Tatsachen aber hat er unrichtig dargestellt. Ich sprach damals nicht zum Postetat, sondern zum Etat des Auswärtigen Amtes, und brachte zur Sprache, daß die russische Regierung ein Spionennetz schärfster Art eingerichtet hatte, und daß die Spizel die Dreistigkeit und Gewissenlosigkeit besaßen, sich an Postbeamte heranzumachen, um sie zu Pflichtwidrigkeiten zu verleiten. Die Richtigkeit dieser Tatsachen hat der preussische Minister des Innern damals im preussischen Abgeordnetenhause zugestanden. (Hört! hört! v. d. Sozdem.) Die Postbeamten besaßen soviel Mähdgrat, den Anordnungen der Spizel zu widerstehen, und nur ein einziger war einem Augenblick schwach geworden. Ich halte diese menschliche Schwäche für begreiflich, und habe den Beamten nicht bloßgestellt. Als der Staatssekretär schon damals mit großer Entschiedenheit die Sache so darstellte, als ob ich die Postbeamten angegriffen hätte, erwiderte ich ihm, daß ich das keineswegs getan, daß ich auch nicht verlange, daß der betreffende Postbeamte, der den

Verleumdungen eines Schurken

unterlegen ist, zur Rechenschaft gezogen werde, sondern ich verlange, daß den Spizeln, die die Beamten von ihrer Pflicht abwendig zu machen suchten, das Handwerk gelegt werde. Wenn der Staatssekretär nach 10 Jahren noch nicht das Verständnis für die Motive gewonnen hat, aus denen heraus ich damals gesprochen habe, und wenn er noch nicht den Unterschied begriffen hat, der darin besteht, ob man russische Spione im Interesse der Reichlichkeit angreift, oder Postbeamte, so beweist er nur, daß manche Menschen einer Entwicklung nicht fähig sind. (Vizepräsident Dove: In bezug auf den Staatssekretär ist dieser Ausdruck nicht zulässig.) Gegen den allgemeinen Vorwurf, den der Oberst v. Reuter gegen die Postbeamten erhoben hat, gegen die Vorwürfe der konservativen Presse, der „Kreuz-Zeitung“, ist der Staatssekretär nicht empfindlich, da hat er eine durchaus feste Haut. Wir verstehen es ja vollständig und wissen den Zweck der Uebung zu wärigen, wenn der Staatssekretär, um Herrn v. Reuter, die „Kreuzzeitung“ und ähnliche Organe zu schämen, eine Witze gegen die Sozialdemokratie reitet. Aber auch die bürgerlichen Parteien in diesem Hause werden zugestehen müssen, daß er Vorbeeren dabei nicht gemietet hat. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kraeffe:

Es bleibt bestehen, daß der Abg. Haase damals gesagt hat, daß ein an eine russische Studentin gerichteter Brief auf der Post

geöffnet worden ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist ja wahr!) Und ich habe es für wünschenswert und notwendig gehalten, daß der Abg. Haase diesen Vorwurf widerrufen hätte.

Abg. Dr. Straube (Sp.):

fragt den Staatssekretär nochmals, weshalb gegen die „Kreuzzeitung“ nicht vorgegangen worden ist, die den Vorwurf des Hochverrats gegen Postbeamte erhoben hat.

Staatssekretär Kraeffe:

Es sind nur allgemeine Bemerkungen durch die Zeitungen gegangen, direkte Beleidigungen nicht. (Lebhafter Widerspruch links.) Wie der einzelne Beamte bestraft wird, wird im Wege der Verwaltung geregelt, Auskunft darüber zu geben, halten Sie wohl selbst nicht für angebracht, ich würde einem solchen Wunsche jedenfalls nicht entsprechen. Damit schließt die Debatte.

Abg. Haase (Soz.) [persönlich]:

Der Staatssekretär hat behauptet, ich hätte am 22. Februar 1904 einem Postbeamten den Vorwurf der Pflichtverletzung gemacht. In diesem Tage habe ich überhaupt nicht gesprochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und der Herr, der so vorgeht, indigniert sich die Legitimation, anderen in diesem Hause Vorlesungen über Intorelligkeit zu halten. Ich habe am 19. Januar gesprochen, und nur Tatsachen vorgebracht. Der in Betracht kommende Beamte hat seine momentane Schwäche selbst tief bedauert, es wäre unverantwortlich von einem Abgeordneten, wenn er unter solchen Umständen einen Beamten hier als Meißer liefern würde. (Sehr wahr!) Deshalb habe ich aus Mitleid den Namen verschwiegen und habe außerdem noch erklärt, daß ich nicht der Postverwaltung einen Vorwurf mache, sondern den Spizeln. Loyal kann man nicht handeln. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aus den Ausführungen des Staatssekretärs geht jedenfalls hervor, wie weit das Maß seiner Gewissenhaftigkeit und Verehrbarkeit geht. (Präsident Sacmpf ruft den Redner zur Ordnung.)

Staatssekretär Kraeffe:

Im Verlesen der Daten habe ich mich allerdings geirrt. Es war am 22. Februar, als ich meine Bertwunderung darüber ausdrückte, daß der Abg. Haase seinen Vorwurf nicht zurücknahm. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Es war doch wahr!) Damit ist die Debatte wieder eröffnet.

Abg. Haase (Soz.):

Zwischen der Anschauungsweise des Herrn Staatssekretärs und der meinigen wie wohl des ganzen Hauses besteht eine unüberbrückbare Kluft. Es ist allerdings Pflicht, etwas zurückzunehmen, was man im Irrtum hier behauptet hat. Was ich aber vorgebracht habe, entsprach der Wahrheit. Ich habe doch erklärt, weshalb ich den betreffenden Beamten — wie ich jetzt hinzufüge, auf seinen eigenen Wunsch — damals nicht genannt habe. Vielleicht versteht das der Herr Staatssekretär schließlich auch. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte schließt auf neue.

Die Resolution Dubrich (Sp.) auf Herabsetzung des Leistungsmahes der Unterbeamten an wöchentlichen Dienststunden und auf Erweiterung ihres Erholungsurlaubs wird angenommen. Die Weiterberatung wird verlagt auf Donnerstag 1 Uhr. Schluß 7 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung, Mittwoch, den 4. März 1914. Vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Trotzu zu Solz, Sydow. Das Ausgrabungsgeiz wird zunächst in dritter Lesung endgültig angenommen. Ebenso wird der Gesetzesentwurf betreffend die Ausdehnung des Moorhutzgesetzes auf die Provinzen Pommern und Schleswig-Vollstein angenommen.

Der Handelsetat.

Zur Beratung steht ein nationalliberaler Antrag, der rechtzeitige Maßnahmen fordert, die bei der in Aussicht stehenden Neuregelung der handelspolitischen Verhältnisse einen wirksamen Schutz der deutschen wirtschaftlichen Interessen gewährleisten.

Abg. Hoersch (L.):

Zu dem nationalliberalen Antrag sprechen wir die Hoffnung aus, daß an der bisherigen, gegenständlichen Zollschuttpolitik festgehalten werde. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationallib.) Die neuen Handelsverträge müssen rechtzeitig vorbereitet werden. Die herzerforschende Art, in der gestern der Abg. Deumer den nationalliberalen Antrag begründete, hat unsern vollen Beifall. Rußland und Oesterreich sind beiderseits ihre Position uns gegenüber zu stärken. Dem müssen wir wo möglich entgegenzutreten können. Seit der Einführung des Schutzzolles ist unsere Produktion erheblich gestiegen; die industrielle Ein- und Ausfuhr hat sich vermehrt. Ferner können wir einen Rückgang der Auswanderung als Beweis des wachsenden Wohlstandes konstatieren. Nicht die Landwirtschaft, sondern die Industrie hat eine enorme Menge von Wünschen aufgestellt. Wir sind bereit, zusammen mit der Industrie die Frage der Handelsverträge zu lösen. Die Bemerkungen, die neulich der Abg. Fuhrmann gegen uns richtete und von denen die gefürchten Ausführungen des Abg. Deumer erteiltlich abfloßen, werden uns nicht hindern, stets das Wohl des Ganzen im Auge zu behalten. Unsere Handelspolitik ist noch wenig fortgeschritten und zu stark begrenzt. Mit manchen Staaten haben wir noch gar keine Handelsverträge und dieser Mangel hat der landwirtschaftlichen Entwicklung geschadet. Die Einfuhr der Futtermittelgerste muß eingeschränkt werden. Die Abwanderung des Geldes ins Ausland, die zum Teil im Interesse der Industrie erfolgte, darf nicht die Wirtenschaft begünstigen. — Die Zusammenziehung des jetzigen Reichstages läßt uns in eine sehr düstere Zukunft blicken. (Sehr wahr! rechts.) Mit einer so schwierigen Vorlage, wie diejenige, betreffend die Handelsverträge ist, dürfte die Regierung nicht vor den gegenwärtigen Reichstag treten, wo die Majorität oft nur auf einem oder zwei Augen steht. Durch die Verstärkung der Sozialdemokratie ist die Situation der Regierung viel bedenklicher geworden, als sie es zur Zeit der Auflösung des Postariffs war. Auch die Volkspartei wünscht den Abbau der Zölle. Da ist eine Sammlung aller Freunde der bewährten Schutzpolitik notwendig. (Lebhafter Beifall rechts.)

Handelsminister Dr. Sydow:

Die Bedeutung der Frage greift weit über mein Ressort hinaus. (Der Minister gibt darauf die Erklärung ab, die wir an leitender Stelle wiedergeben.) So weit diese Erklärung. Nach dem Befolgen habe ich der Annahme des Antrages Dr. v. Krause und Gen. keine Einwendungen entgegenzusetzen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Herold (Z.):

Begründet einen vom Zentrum gemeinsam mit den Freikonservativen eingebrachten Antrag, der den nationalliberalen Antrag dahin ergänzt, daß der Schutz der deutschen wirtschaftlichen Interessen, auf Grund der bisherigen Wirtschaftspolitik, gewährleistet werden soll. Unser Zufall bringt das Leitmotiv des nationalliberalen Antrages deutlicher zum Ausdruck.

Abg. Frhr. v. Jedlik (H.):

Die Annahme des nationalliberalen Antrages und unseres Zusages wird eine wirksame Standgebung für Inland und Ausland im Sinne unserer bewährten Wirtschaftspolitik sein. Wir hoffen, daß auch der jetzige Reichstag eine schützamerische Wehrbesitz, die die Angriffe der Freikonservativen abzuwehren fähig ist. Unsere Schutzpolitik ist die Voraussetzung für den Wohlstand unserer Nation.

und den Schatz der schaffenden Arbeit. Wie begründen die Erklärung der Regierung und erwarten die Annahme des nationalliberalen und unseres Antrages durch eine imposante Mehrheit. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Pashuade (Sp.):

Zweifellos wird dieser Wunsch des Freiherrn v. Hedlitz erfüllt werden. Die Konservativen möchten am liebsten den Reichstag auflösen; aber es fehlt ihnen jetzt eine zugkräftige Wahlparole. Früher war die Mehrheit der Nationalliberalen gegen die Hochschulpolitik. Die Mehrheit der Hochschulpolitik ist die Herrschaft der Kartelle und Trusts.

Vom dem Zolltarif von 1902 kann es nur einen Abstieg geben. Gleichwohl fordert man jetzt noch Zölle auf die wichtigsten Lebensmittel. Je mehr die Zölle in die Höhe geschraubt werden, desto schwerer werden sich Handelsverträge abschließen lassen. Sie (nach rechts) schädigen durch Ihre Handelspolitik die wirtschaftliche Stellung Deutschlands zum Ausland. (Beifall links.)

Abg. Leinert (Soz.):

Nach der gestrigen Rede des Abg. Dr. Deumer können wir nicht für den nationalliberalen Antrag stimmen. Der Zusatzantrag des Zentrums und der Freikonserwativen macht uns das noch unmöglicher; denn durch diesen Zusatz ist die scheinbare Harmlosigkeit des nationalliberalen Antrags vollkommen aufgehoben worden. Die ganze Aktion läuft darauf hinaus, die Regierung zugunsten der Industrie und des Großgrundbesitzes scharf zu machen. Die Erklärungen des Ministers wurden heute mit Beifall aufgenommen. Aber die Anklage, die der Abg. Deumer gestern gegen den Staatsminister Dr. Delbrück ausgesprochen hat, wäre nicht nötig gewesen. Der Zweck dieser Anklage bestand in der Forderung nach zollpolitischen Maßnahmen durch die Regierung. Man hat gesagt, daß die Fortführung der Zollpolitik im Interesse der Arbeiterklasse liege. Der Abg. Frh. v. Hedlitz hat in diesem Zusammenhang auf die Lohnsteigerungen der letzten Jahrzehnte hingewiesen. Aber beachten Sie doch den himmelweiten Unterschied zwischen der Lage der Arbeiter und der Lage derjenigen, denen der Zollschutz unmittelbar zugute kommt. Sie (nach rechts) stellen es ja so dar, als ob es sich bei Ihrer Zollschutzpolitik um einen Akt der Eigenmütigkeit handele. Das ist natürlich nicht der Fall. Der Abgeordnete Dr. Deumer hat die Zollpolitik ausschließlich vom Standpunkt des Produzenten aus betrachtet und in diesem Zusammenhang den Professor Brentano angegriffen. Das ist falsch. Die Bestrebungen der Schwerindustrie gehen dahin, einen Zoll zu einführen und den Eisenzoll zu erhöhen. Im Unterschied dazu erstrebt die Industrie der Fertigfabrikate Zölle auf die Fertigfabrikate und eine Verbilligung der Rohstoffe. Damit stimmen wir überein. Der ganze Zolltarif ist nichts als eine Frage des Verdienstes der Interessenten.

Der Großbetrieb hat sich unter der Herrschaft des Zollschutzes in einer Weise entwickelt, die der nationalen Wohlfahrt gefährlich wird. Der Zollschutz ist der Anstoß zu der Kartellierungsbewegung in der Großindustrie geworden. Die Bildung von Kartellbetrieben ist eine Folge unserer Handelsverträge. Die Veranlagungen zum Wehrbeitrag werden es uns zeigen, wie die Zahl der Millionen in Deutschland angewachsen ist. Die Verkaufsziffern und Kartelle haben zahlreiche kleine und mittlere Produzenten ruiniert und die Großbanken zum Herrn der ganzen Volkswirtschaft gemacht, da sie nur die Betriebe, die ihnen passen, florieren, die anderen brachliegen lassen. 158 Großbanken, darunter 8 in Berlin, beherrschen das Wirtschaftsleben eines 65-Millionen-Volks durch ihre tausende Aufsichtsratsstellen. Ihr Umsatz steigt kolossal, ebenso ihre Gewinne, sie machen die Großbetriebe allmächtig gegen die Arbeiter; wie gegen die Konkurrenz, die sie durch Kreditentziehung in die Kartelle hineinzwängen.

Herr Dr. Delbrück würde als Sekretär eines Kartells das dreifache Einkommen haben — da hat Herr Deumer schon recht, wenn er ihn einen schlechten Geschäftsmann nennt, weil er Staatssekretär mit nur 36 000 M. bleibt! Diese herrschende Wirtschaftspolitik begünstigt freilich die

Flucht aus dem Staatsdienst,

die man so oft beobachten kann.

Vergebens versucht man das Handwerk durch Kreditbanken selbständig zu machen, es hat die Selbständigkeit längst verloren. Der „Vund der Landwirte“ ist selbst ein mächtiger Großindustrieller und wird über kurz oder lang mit der Großindustrie viel enger zusammenwirken. Das „Kartell der schaffenden Stände“ ist der Kofferei des Mittelstandes an das ihn ruinierende Großkapital, doch mit ihm, statt gegen ihn vorzugehen. Ihnen (nach rechts und zu den Nationalliberalen) ist es recht, daß sich die Kleinen vor den Wagen des „lächerlichen Zolltarifs“ spannen und ihnen zu noch größeren Profiten aus der Hochschulpolitik verhelfen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nach vor einigen Jahren hat die Industrie, z. B. in der „Vergewerks-Zeitung“ die schärfsten Anklagen gegen agrarische Rücksichtslosigkeit erhoben, die die Löhne entwertet und die Arbeit den Menschen berahst macht, weil sie den Familien der Arbeiter und Angestellten kein auskömmliches Dasein verschafft. Und der christliche Gewerkschaftsführer und Zentrumsmann Stegerwald hat auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongress eine Widerlegung der Wirtschaftspolitik gefordert. Davon hat aber Abg. Herold nichts gesagt. Die christlichen Arbeiter kommen eben für ihre Partei mit ihren Interessen gar nicht in Betracht! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) 1902 hat Dr. Arendt zum Kampf gegen Kapital und Proletariat gerufen. Heute ist die Kraft, die gegen das Kapital gebraucht werden sollte, auch der gegen das Proletariat hinzugesetzt! Selbst Dr. Hahn mußte einmal zugeben, daß durch das Anheben der zollgeschützten Produktion durch die Großbetriebe die Proletarisierung steigt. Neue höhere Agrarzölle würden die Grundpreise noch mehr steigern und der „Produktionsschwarz“ läme nur den Wüterkäufern annehe.

Heute hat ja auch der Minister das Kartell der schaffenden Stände empfohlen — hinter dem nichts anderes steht als der organisierte Raubzug auf die Taschen der Arbeiter und Angestellten, der durch den Zolltarif von 1902 so herrlich eingeleitet wurde. Alles wird auf die Konsumenten abgewälzt: die Zölle, die indirekten Steuern und selbst der Wehrbeitrag. Wundern muß man sich nur noch, daß noch so viele Arbeiter die Raubpolitik gegen sie selbst unterstützen, die sie zu elendem Leben in traurigen Wohnungen und zum ständigen Risiko der Arbeitslosigkeit verurteilt. Die Regierung hat selbst eine Befoldungserhöhung für ihre Unterbeamten mit der Zollsteuerung der Lebenshaltung begründet — und da soll sich die der Arbeiter gehalten haben?

An der schweren Krise seit 1909 trägt die kapitalistische Wirtschaftsordnung die Schuld, aber verschärft wird sie durch den Zollschutz, denn die Arbeiter können die Löhnerung nicht durch Lohnsteigerung ausgleichen und um sie noch zu fnebeln, wenn sie sich nicht gutwillig ausbeuten lassen, hat sich das Kartell der schaffenden Stände gebildet.

Man behauptet, daß die Nahrungsmittel infolge der Lohnsteigerungen geteuer seien. (Sehr wahr! rechts.) Das Umgekehrte ist aber der Fall: die Löhnerung zwingt die Arbeiter höhere Löhne zu erlangen. Nun wird überall zum

Kampf gegen höhere Löhne und längere Arbeitszeit

gerufen und Ausnahmegeetze und noch höhere Zölle sollen die Strömung sein. Im Hansabund hat der Prof. Duisberg gefordert, daß der „Kotau vor den Massen“ aufhören müsse! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und hier sehen wir, wie Herr Deumer im Verein mit Dr. Hahn eine Wirtschaftspolitik noch verschärfen will, die die Massen aufs schwerste schädigt und unendlich viele ehemals Selbständige proletarisert hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und der Volkspartei.) Die entsetzliche Höhe der Arbeits- und Obdachlosigkeit ist dieser Politik zu danken — auch der christliche Redakteur Joos von der „Westfälischen Arbeiterzeitung“ hat das auf dem Berliner Arbeiterkongress anerkannt und in Gegensatz zu dem Lurus der Herrschenden gebracht. Von den fürchterlichen Leiden des Arbeiterdaseins, von seinen Gefahren, vom Elend der Verunglückten, voran die Schuttpolitik nicht das mindeste gebessert hat, sieht Herr Deumer nichts — aber dieser „Antwalt der Arbeiter“, der die Schuttpolitik den Arbeitern als einen Segen einreden will, tritt hier stets für Ausnahmegeetze gegen die Arbeiter im Profitinteresse der Großindustrie ein. Warum reden Sie nicht von den ungeheuren Sündenern der Kapitalisten, von den Riesendividenden der Banken und Aktiengesellschaften? Um Sie es doch! Aber dann wird das Volk freilich erkennen, daß die „nationale“ Wirtschaftspolitik nur den durch die Zölle herbeigebauerten Millionen neue Millionen in die Taschen schieben will. Reden Sie doch davon, daß die Gesellschaft „Phönix“ ihren Verwaltungsräten außer dem Gehalt noch 62 000 M. Lantime zahlte!

Nach Deumer und dem Minister leben die Arbeiter rein im Spharaffenland. Ueber neun Zehntel der erwachsenen erwerbsfähigen Bevölkerung haben unter 900 M. Jahreseinkommen — das versteuerte Vermögen ist aber seit 1907

von 88 auf 104 Milliarden gestiegen

und darunter sind die Gendel-Donnersmard, Hohensolze, Schaaßgottsch, Ziele-Winler mit Vermögen von Tausenden Millionen und Jahreseinkommen von Millionen und Millionen. Ungeheuerlich steigt der Reichtum der Reichen. Unerbört ist es, da den Arbeitern einen erbärmlichen Wohlstand vorzuzurechnen. Der Fleischverbrauch geht in Deutschland zurück.

Auf der Jährerversammlung des Bundes der Landwirte sagte ein Redner, daß der 8 M. Mitgliedsbeitrag der Landwirte bei jedem Saß Getreide 4 M. Mehrertrag eingebracht hätte. Das ist Ihre selbstlose Politik. Den Arbeitern aber wollen Sie nach dem Minister des Innern gelbe Vereine in den Rücken fallen lassen, damit sich die, die andere für sich arbeiten lassen, noch mehr bereichern können. Herr Pashuade fragte, welchen Widerspruch Dr. Deumer feiere. Es ist der Widerspruch des Sozialismus gegen die Arbeiternebelung. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Diese Debatten aber werden den Massen zeigen, daß selbst die von Herrn Hoersch so beklagten 110 Sozialdemokraten im Reichstag noch nicht genug sind, daß dieser Raubpolitik der raffenden Stände der Bund der schaffenden Hände entgegen gesetzt werden muß. (Leb! Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Schifferer (natl.):

Wir sind mit dem Antrag v. Hedlitz einverstanden, ebenso mit der Regierungserklärung zufrieden, die das Ausland vor handelspolitischen Angriffen warnt. Die Angriffe des Abg. Hoersch lehne ich ab, denn der Augenblick ist zu groß.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte über den nationalliberalen Antrag wird angenommen. Es folgt die allgemeine Besprechung. Hierzu liegt ein konservativer Antrag vor, der gesetzliche Maßnahmen fordert zum Schutz der elektrischen Kleinindustrie und der Inflationen und der Stromverbraucher gegenüber der Geschäftsbearbeitung der Elektrizitätsgesellschaften.

Abg. Hammer (L.)

Begründet diesen Antrag und entwickelt ausführlich die konservativen Handwerkerforderungen und bekämpft den Monopolcharakter der Elektrizitätsgesellschaften.

Minister v. Sydow

sagt ausführliche Vertheidigung der konservativen Forderungen zu und kündigt eine Warenhaussteuer vorlage an. (Beifall rechts.) Weiter erklärt der Minister, daß Erwägungen schweben, um durch einen staatlichen Eingriff die Uebermacht der Elektrizitätswerke zu beschränken.

Das Haus verläßt sich auf Donnerstag 11 Uhr. Fortsetzung der Beratung des Handelsrats. Schluß 5 Uhr.

Aus aller Welt.

Explosionskatastrophen.

Mehrere folgenschwere Explosionen haben in Hamburg, Zagorja und in der französischen Ortschaft Paililles eine ganze Anzahl Menschenleben vernichtet.

In Hamburg ereignete sich in einem Lager für Schuppen der Firma Schwalbe beim Verladen von Patronen eine Explosion, durch die 650 000 Metallpatronen in die Luft gingen. Der Schuppen wurde vollständig zertrümmert; zwei Arbeiter wurden getötet und drei schwer verletzt. Eine Person wird vermisst; es wird vermutet, daß sie durch die Gewalt der Explosion in die Elbe geschleudert wurde und ertrunken ist. Durch die Explosion ist in der Umgebung der Unglücksstätte erheblicher Sachschaden angerichtet worden.

Anaungetakt ist noch eine Explosion, die sich in der Wohnung des Arbeiters Wiganaki in Zagorja zutrug. Wiganaki war mit einem Kollegen Bellinski in seiner Wohnung, als plötzlich eine heftige Detonation erfolgte. Als die Wohnung geöffnet wurde, bot sich den Eintretenden ein grauenhafter Anblick dar. Beide Arbeiter lagen vollständig zerrissen am Boden. Was eigentlich vorgefallen war, konnte noch nicht ermittelt werden. In der Wohnung wurde eine abgebrannte Fündschnur gefunden.

Bei der Explosion eines Apparates zur Herstellung von Nitroglycerin in der Dynamitfabrik in Paililles im französischen Pyrenäengebiet sind mehrere Personen getötet worden. Hier verstimelte Leichname sind aufgefunden worden. Man befürchtet, daß viele Personen verletzt sind.

Unschuldig im Zuchthaus.

Der Kaufmann Georg Ehrhardt, ein wegen Erpressung mit sechs Jahren Zuchthaus vorbestrafter Mann, wurde im vorigen Jahr von der Frankfurter Strafkammer wegen verschiedener Diebstähle in Frankfurt a. M. zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß Ehrhardt unschuldig verurteilt worden war, da man den richtigen Täter gefast hat. Daraufhin hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt a. M. telegraphisch die Entlassung Ehrhardts aus dem Zuchthaus verfügt, indem sie gleichzeitig dem Sträfling mitteilte, daß sie einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens zu seinen Gunsten gestellt habe.

Rettung aus Seenot.

Der Dampfer „Stadt Norden“ ist in der letzten Nacht bei Norderey mit einer großen Ladung Mehl gesunken. Die gesamte Mannschaft wurde unter sehr schwierigen Umständen durch das Nordereyer Rettungsboot nach Norderey gebracht, wo alle Personen völlig erschöpft und zum Teil erkrankt daniederliegen. Der Dampfer selbst und seine gesamte Ladung sind verloren.

Die Mannschaft eines zweiten gestrandeten Schiffes, des Fischfahrzeugs „Therese“, wurde durch das Rettungsboot der Station Cuxhaven gerettet.

Kleine Notizen.

Von einem Hunde totgebissen. Von einem tragischen Mißgeschick wurde die Familie des Fleischermeisters Hochstetter in Dortmund betroffen. Das 1 1/2 Jahre alte Töchterchen wurde, als es mit dem Hofhund spielte, von diesem in den Kopf gebissen und starb kurze Zeit danach an den erhaltenen Verletzungen. Der Hund wurde getötet und der Kadaver zur Untersuchung eingeliefert.

Der Schiffe als Sittlichkeitsverbrecher. Ein peinlicher Vorfall ereignete sich bei einer Verhandlung beim Schöffengericht in Oshersleben. Der als Schiffe fungierende Privatmann Schmidt aus dem Dorfe Hammerleben wurde während der Sitzung auf Ersuchen der königlichen Staatsanwaltschaft wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis übergeführt.

Ein Nachakt. In der Petersburger Schrapnellrohrenfabrik wurde der Chef der Werkstätten, Gardehauptmann Stahl, hinterhals von einem Meister überfallen und durch zwei Schläge mit einer Eisenstange auf den Kopf getötet. Der Mörder flüchtete und warf sich in eine elektrische Maschine, von der er zermalmt wurde. Es handelt sich um einen persönlichen Rachakt.

Eine Sintflut. Ein Sturm von ungewöhnlicher Heftigkeit hat die Insel Mikataki im Cool-Wahyipel verwüstet. Eine riesige Meeresswoge überflutete die Insel Mikataki, so daß die ganze Ansiedelung zerstört wurde. Die Bewohner sind in verzweifelter Lage.

Marktpreise von Berlin am 3. März 1914, nach Ermittlungen des Hpt. Bollgebrüder. Weiz (runder), gute Sorte 16,90—17,20, Dunst 00,00—00,00, Weiz (runder), gute Sorte 14,70—15,00, Roggenstroh 0,00 bis 0,00, Heu 0,00—0,00.

Rattillienpreise. 100 Alogr. Orben, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00, Schellbohnen, weiße 35,00—36,00, Linsen 40,00—41,00, Kartoffeln (Kleinhl.) 4,00—7,00, 1 Allogramm Nudeln, von der Sorte 1,50—2,40, Rindfleisch, Saugfleisch 1,30—1,50, Schweinefleisch 1,40—1,60, Kalbfleisch 1,40—2,40, Hammelfleisch 1,50—2,40, Butter 2,40—3,00, 60 Stück Eier 4,00—6,00, 1 Allogramm Karpfen 1,20—2,40, Halm 1,50—3,20, Lamber 1,40—3,20, Gänse 1,40—3,80, Enten 1,50—2,20, Schewe 1,80—3,20, Glei 0,80—1,80, 60 Stück Kacke 3,50—4,1/2.



H. Esders & Dyckhoff

Berlin C Gertraudenstrasse 8-9 Petri-Kirche

Herren-, Knaben- und Damen-Kleidung

Zur Konfirmation

Anzüge

ein- und zweireihig, aus marengo Cheviots
M. 22⁰⁰ 24⁰⁰ 27⁰⁰ 30⁰⁰ bis 48⁰⁰

Anzüge

1- u. 2-reihig aus schwarz- u. blauen Cheviots u. Tschkammgarnen
M. 12⁵⁰ 14⁰⁰ 17⁰⁰ 20⁵⁰ 24⁰⁰ 27⁰⁰ bis 52⁰⁰

Anzüge

Smokingform, aus schwarzen Tschkammgarnen. M. 36⁰⁰ 42⁰⁰ 46⁰⁰ 52⁰⁰

Prüfungs-Anzüge

hochmod. Fassons in engl. gemusterten Stoffen M. 12⁵⁰ 16⁰⁰ 19⁰⁰ 21⁰⁰ 24⁰⁰ bis 45⁰⁰

Hüte M. 2.25 bis 3.50
Wäsche in gr. Auswahl
Krawatten 65 Pf. bis M. 1.50
Handschuhe M. 1.95 u. höher.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vom vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrager ist ein Buchhändler und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbeziehung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

G. G. 64. Unverehel. Erbschaften ja. — **C. N. 1.** Unter Aufsicht und Leitung des Reiches. Das Gründungskapital kommt aus Privatmitteln. 2. Ja. — **Genosse 113.** Unverehel. Erbschaften sind Sie zur Bezahlung der Mahngeldsätze verpflichtet, sofern Sie die Steuer sofort bezahlen. Sie können sich bei der Steuerdeputation beschweren. — **G. N. 37.** 1. In 6 Jahren. Der Antrag auf Strafverfolgung muss jedoch vor Ablauf von 3 Monaten gestellt sein. 2. Ohne Angabe des Schuldgrundes nicht zu beantworten. 3. Es gibt eine Anzahl von Berufsgenossenschaften, je nach der Art des

Berufes, in denen der Arbeitnehmer tätig ist. — **L. 30.** Unverehel. Erbschaften können Sie den ganzen Betrag jetzt verlangen. — **A. S. 3. 3. 14.** Ein solcher Anspruch besteht, wenn Erbschaften sechs Jahre gültig haben und zurzeit ein Sohn beim Militär ist. — **Samter 100.** Beschweren Sie sich bei dem Landratsamt. — **M. N. 83.** 1. Ja. 2. Ja, falls die Ehe nach dem 31.12. 1899 geschlossen ist, jedoch in sogenannter Vermögensgemeinschaft. 3. In der Regel 14 Tage. 4. Ohne nähere Sachdarstellung nicht zu beantworten. — **Treptow 79.** Ja, sofern der Betrag durch Rechtsansprüche, die durch die Abwesenheit bedingt sind, nicht aufgebraucht wird. — **Warnung.** Fordern Sie unter Stellung einer Frist Herausgabe des Schuldtitels. Bleibt die Aufforderung erfolglos, so reichen Sie bei dem Amtsgericht, bei dem der Prozess früher geschwebt hat, Klage ein. — **B. 87.** Nein, wenn die Klägerin nicht selber vermögend war. — **Karlshorst 301.** 1. Ja. 2. Für vier Tage. Die Höhe des Betrages kann nur auf Grund des Kassenbuchs berechnet werden. 3. u. 4. Nein. 5. Ja. — **G. N. 24.** Dazu sind Sie berechtigt, selbst dann, wenn Ihr jetziger

Arbeitgeber in der Nähe des Gewerkschaftsbüros steht. — **W. N. 15.** 1. Nr. 4. Es kann Herausgabe beim Entschädigung verlangt werden. Eine Klage muss bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Dienstgeber wohnt, erhoben werden. 5. und 6. Bis Sonnabendabend. — **Frühstück.** Ein gesetzlicher Anspruch darauf besteht nicht. Es ist Sache der Vereinbarung mit dem Unternehmer. — **Kunstst. 36.** Die Frau kann weiter wohnen bleiben. — **M. Lange 36.** Die Nichtstempelsteuer beträgt 2 M. pro Kalenderjahr. Sie sind zur Zahlung nur dann verpflichtet, wenn dies im Mietvertrag vorhergesehen ist. — **G. N. 11.** 1. Nein. 2. Ein Schätzmittel. 3. Nein, falls die Form gewahrt ist. — **G. N. 64.** 2 M. für das Kalenderjahr, falls im Mietvertrag Ihre Zahlungspflicht vorhergesehen ist. — **G. N. 6.** Meldung beim Vollzeitschulung. Ausbildung erfolgt in der Charité. Kosten etwa 300 M. — **Elka 14.** Nur dann, wenn der Schneiderin ein Verzeichnis nachzuweisen ist. Ihr Brief läßt ein Verzeichnis nicht erkennen. — **Z. 3. 478.** Eine Klage gegen die Frau auf Herausgabe der Handscheine ist unverschuldet durchführbar.



Wichtig!

Am nächsten Sonnabend, den 7. März, eröffnen wir unsere ganz bedeutend erweiterten Verkaufsräume

Chausseestrasse 113

Wir haben zu dieser Gelegenheit ganz besondere Anstrengungen gemacht, um Ihnen etwas in jeder Beziehung Ungewöhnliches zu bieten.

In erster Linie wird Sie die geradezu überwältigende Auswahl überraschen, in der die modernen Fassons, die neuen und allerneuesten, zu Ihrer Verfügung stehen. Die bedeutend erweiterten Verkaufsräume u. entsprechend vergrößertes Personal werden Ihnen das Kaufen bei uns noch um vieles bequemer und angenehmer machen.

Aber geblieben sind unsere Preise billig — billig — billig!

Wegen der Vorbereitung bleibt unser Geschäft Chausseestrasse 113 am Sonnabend, den 7. März, bis 5 Uhr nachmittags geschlossen.



Richtige Konfektion zu richtigen Preisen!

Das moderne Blusen-Kostüm aus guter blauer Twillware mit sehr geschmackvollem seidnen Schottenkragen, auf Solde 28.25

Einfarbiges Kostüm in prachtvollen Farben aus gutem Stoff mit moderner Tunique, aparter Rückengarnierung, auf Solde 29.75

Eleg. Strassen-Kostüm aus dem vielverlangten weichen, anschlängelnden Gabadine-Stoff, in blau und farbig, auf Solde 38.25

Königstrasse 33
am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestr. 113
beim Stettiner Bahnhof.

Sonntags geschlossen!

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.
Frankfurter Viertel, Bezirk 285.
Den Mitgliedern zur Nachricht, das unter Genosse
Karl Krause
M. Andreasstr. 11, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, das unser Kollege, der Tischler
Karl Krause
Kleine Andreasstr. 11, im Alter von 27 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. März, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
84/8 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, sage ich allen Freunden und Bekannten, sowie dem Kollegen der Firma Geil u. Co. meinen herzlichsten Dank! Insbesondere Herrn Dr. Schütte für seine wertvollen Worte.
Joseph Altmann nebst Kindern.

Sozialdemokratischer Wahlverein Köpenick.
Den Mitgliedern zur Nachricht, das unter Genosse
Ernst Bartz
am 3. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
201/17 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Königs-Wusterhausen und Umg.
Am 28. Februar verstarb unsere langjährige Genossin
Wilhelmine Dietze
geb. Meister
Ag. Wusterhausen, Amstgarten 2.
Ehre ihrem Andenken!
Die Einäscherung findet am Freitag, den 6. März, nachmittags 6 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstr. 37/38, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Nachruf.
Herner verstarb am 15. Februar in dem Wimmer-Stadionheim der Samariter-Anstalt Hirttenwalde (Sprze) unser aller Parteioberer, der Reisende
Karl Klein
Bezirk Wilbau
im Alter von fast 74 Jahren an Altersschwäche. Derselbe wurde ebenfalls während des Sozialistengesetzes von der Ausweisung betroffen und hat bis zuletzt treu zu unserer Fahne gehalten.
Ehre seinem Andenken!
201/16 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederharnim.
Bezirk Lichtenberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, das unter Genosse
Bruno Wittlinger
Friedrich-Karl-Str. 12 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Warzahn aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
14/6 Die Bezirksleitung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, das unser Kollege, der Kollfuhler
Wilhelm Kulemann
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Prinzessallee, aus statt.
62/19 Die Bezirksverwaltung.

Am 2. März verstarb unser Kollege
Fritz Schneider
im Alter von 49 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen der Pianofabrik von Matz u. Co.
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 5. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.
107/8

Am Sonnabend, 28. Februar, verschied nach schweren Leiden unsere liebe Mutter
Wilhelmine Dietze
geb. Meister.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Einäscherung findet am Freitag, den 6. März, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstr. 37/38, statt. 11408

Am Montag, den 2. März, entschlief nach schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Susanne Schneider
Vonnierstr. 17.
Dies zeigt tiefbetrubt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 6. März, um 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Wustföhrer Gemeinde-Friedhofes, Rarrendorfer Weg, aus statt. 11291

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, das unser Mitglied, der Schlosser
August Lindenau
Sprengelstraße 2, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
114/2 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzsenden bei der Beerdigung unseres Sohnes, des Schullehrers
August Sonnenberg
sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie dem Lotteriekollegen unsern herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen Eltern und Geschwister Sonnenberg

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und für die zahlreichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, des Restaurateurs
Rudolf Schwanz
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem sozialdemokratischen Verein für den fünften Wahlkreis unsern herzlichsten Dank.
Am Namen der trauernden Hinterbliebenen: **Elise Schwanz** geb. Meyer 11455 und Kinder.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter sagen wir hiermit allen Freunden, Bekannten und Verwandten, dem Vorstand der freien Volk- und Schamwirts Deutschlands (Zahlstelle Berlin), dem Sparverein „Fröhliche Weihnacht“ sowie den Sängern meinen herzlichsten Dank.
Richard Dummer nebst Sohn.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen wir allen Beteiligten unsern herzlichsten Dank.
Witwe Sziedat
nebst Kindern.
11591

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzsenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Sattlermeisters
Adolf Milleville
sagen wir hiermit allen Freunden, Bekannten und Verwandten sowie dem Wahlverein des 6. Kreises (Bez. 745) unsern innigsten Dank.
11594
Witwe Ida Milleville nebst Kindern.

Asthma
wird in heilbaren, wenn auch veralteten Fällen behoben durch meine glänzend bewährten Asthmastropfen.
Anfällen sofortiger Hilfe durch indische Asthmakräuter.
Kart. 2.00 M. Garant. unschädlich! Vor-Nachh. jed. Art sei gewarnt!
Otto Reichel, Berl. 43, Eisenbahnstr. 4

Radjahretarten Wandertarten
hält stets vorräthig
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Caden)

Möbel-Angebot.
Sollte Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei keiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratezahlungen. Anfragen: Postkarte 806. Postamt 27.
Keine Kassierer. Größte Kulanz.